

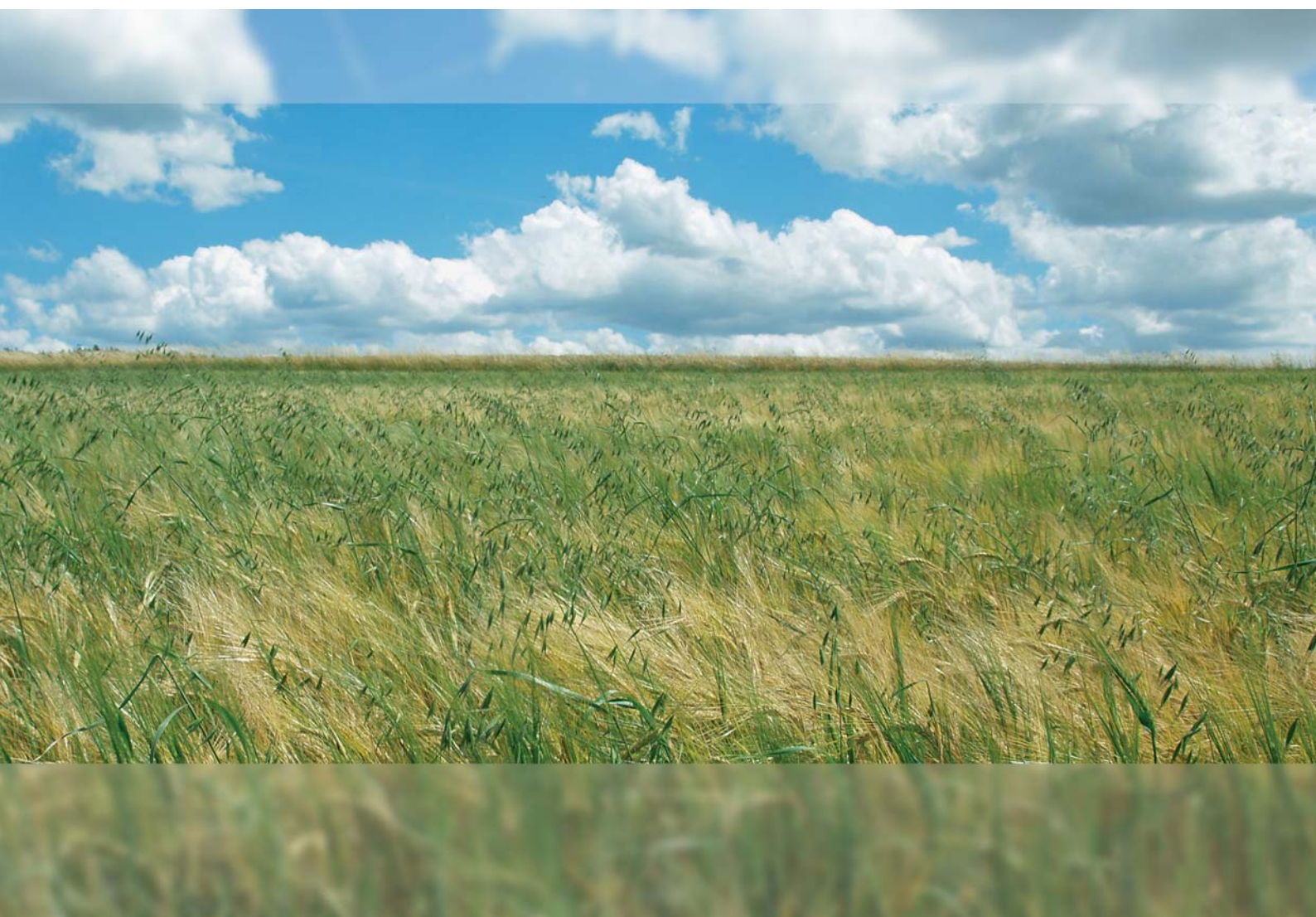


Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT


08 | 2018

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Aus dem Inhalt:

Landwirtschaft
Einbürgerungen 2017
Gesundheitswesen



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Iris Stadler

Im Jahr 2016 wirtschafteten 7,1 Prozent der in der Agrarstatistik erfassten landwirtschaftlichen Betriebe nach den EU-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau. Diese 1241 Betriebe bearbeiteten insgesamt 61 266 Hektar bzw. 8,8 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

B e i l a g e : Faltblatt „Landwirtschaft 2018“

08 | 2018

STATISTISCHE MONATSHEFTE

71. Jahrgang

kurz + aktuell	507
----------------	-----

Industrie ■ Baugewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Erwerbstätigkeit ■ Tourismus ■ Familien ■ Soziales ■ Bildung
Gesundheitswesen ■ Verkehr ■ Finanzen

Aus der amtlichen Statistik	522
-----------------------------	-----

Verbraucherpreise	523
-------------------	-----

Rheinland-Pfalz in Karten: Baumobstfläche 2017 nach Verwaltungsbezirken	524
--	-----

Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischer Wirtschaftsweise	525
---	-----

Einbürgerungen 2017	540
---------------------	-----

Nachwuchskräfte im Gesundheitssektor – Entwicklung der Zahlen der Auszubildenden und Studierenden	548
--	-----

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	561
-------------------------------	-----

Neuerscheinungen	577
------------------	-----

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2018

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Höhere Industrieproduktion im Mai

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im Mai 2018 gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, um 3,3 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

In der Konsumgüterindustrie war der Güterausstoß im Mai um zwölf Prozent höher als im April. Der Output der Vorleistungsgüterindustrie stieg um 2,4 Prozent. Die Hersteller von Investitionsgütern drosselten hingegen ihre Produktion (–2,7 Prozent).

In zwei der drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes war die Ausbringung im Mai geringer als im April. Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie gehört und gemessen am Umsatz in Rheinland-Pfalz die drittgrößte Industriebranche ist, sank die Produktion um 5,1 Prozent. Der Güterausstoß der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt und die zweitgrößte Branche ist, fiel um 0,9 Prozent geringer aus als im Vormonat. Die Chemische Industrie, die der Vorleistungsgüterindustrie angehört und die umsatzstärkste Branche ist, steigerte hingegen ihren Output um 7,2 Prozent.

Die bereinigte Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie lag im Mai 2018 deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats (+21 Prozent). In zwei der drei industriellen Haupt-

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Mai 2018		Jan. bis Mai 2018			
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu					
	April 2018	Mai 2017	Jan. bis Mai 2017			
Entwicklung der Produktion						
Industrie	3,3 %	↑	21,3 %	↑	15,5 %	↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	2,4 %	↑	4,4 %	↑	2,9 %	↑
Investitionsgüterproduzenten	-2,7 %	↓	-0,8 %	↘	4,8 %	↑
Konsumgüterproduzenten	12,3 %	↑	90,4 %	↑	60,0 %	↑
Chemie	7,2 %	↑	9,2 %	↑	2,0 %	↑
Fahrzeugbau	-0,9 %	↘	3,7 %	↑	4,9 %	↑
Maschinenbau	-5,1 %	↓	-5,6 %	↓	5,4 %	↑
Entwicklung der Auftragseingänge						
Industrie	2,1 %	↑	8,3 %	↑	8,5 %	↑
Inland	-2,0 %	↓	1,2 %	↗	7,4 %	↑
Ausland	4,2 %	↑	12,7 %	↑	8,9 %	↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	2,8 %	↑	6,4 %	↑	5,0 %	↑
Investitionsgüterproduzenten	1,8 %	↗	6,0 %	↑	6,5 %	↑
Konsumgüterproduzenten	-1,4 %	↘	21,8 %	↑	24,0 %	↑
Chemie	4,1 %	↑	8,1 %	↑	3,8 %	↑
Fahrzeugbau	2,0 %	↑	8,4 %	↑	8,4 %	↑
Maschinenbau	0,9 %	↗	-1,6 %	↘	1,9 %	↗

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – 2 Einschließlich Energie.

gruppen war der Güterausstoß höher als im Mai 2017. Besonders stark fiel der Zuwachs in der Konsumgüterindustrie aus, was allerdings mit einem Sondereffekt in einem Teilbereich der Konsumgüterproduktion zusammenhängt. Von den drei größten Branchen erhöhten zwei ihren Output im Vorjahresvergleich; im Maschinenbau war die Ausbringung rückläufig.

Mehr Auftragseingänge der Industrie im Mai

Im Mai 2018 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfäl-

zischen Industrie gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex 2,1 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Dieser Zuwachs ist auf die günstige Entwicklung des Auslandsgeschäfts zurückzuführen (+4,2 Prozent). Aus dem Inland gingen weniger Bestellungen ein als im April (–2 Prozent).

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen war das Ordervolumen im Mai höher als im April. In der Vorleis-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



tungsgüterindustrie stiegen die Auftragseingänge um 2,8 Prozent. Die Nachfrage nach Investitionsgütern lag 1,8 Prozent über dem Niveau des Vormonats. In der Konsumgüterindustrie gingen weniger Aufträge ein als im April (-1,4 Prozent).

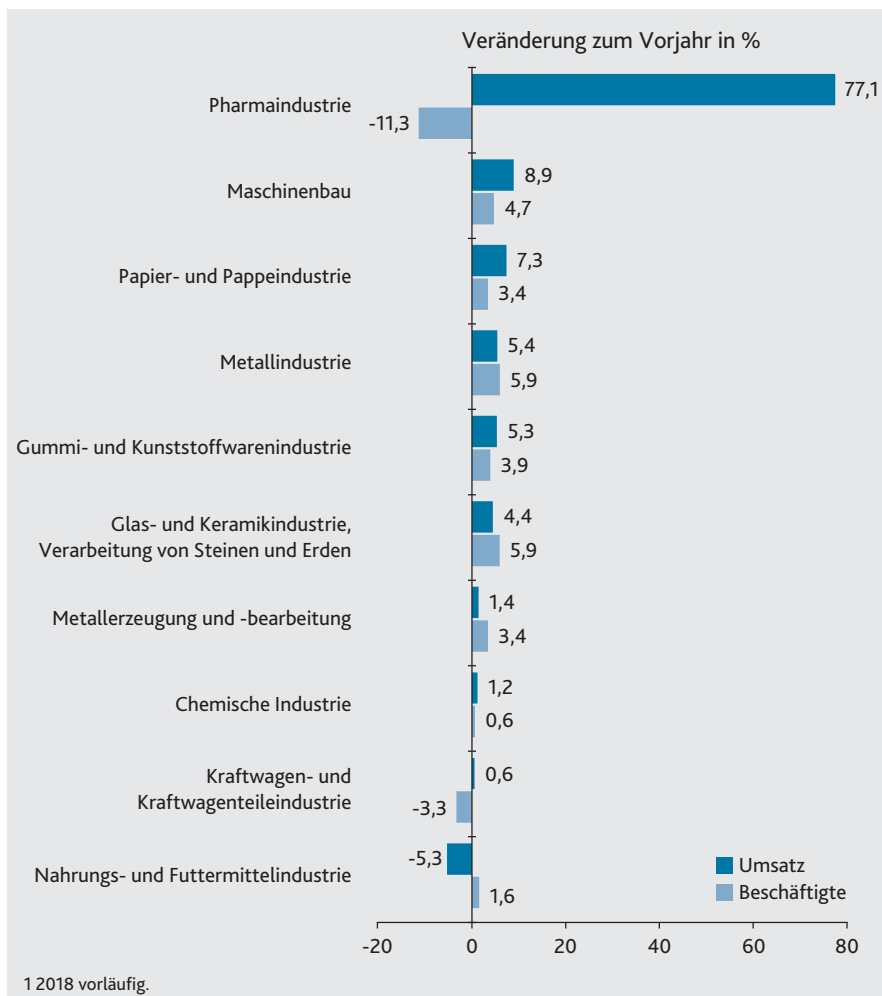
Alle drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes verzeichneten Zuwächse gegenüber dem Vormonat: In der Chemische Industrie erhöhte sich das Ordervolumen um 4,1 Prozent. Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen gingen im Mai zwei Prozent mehr Bestellungen ein als im April. Im Maschinenbau stieg die Nachfrage leicht um 0,9 Prozent.

Die bereinigten Auftragseingänge lagen im Mai 2018 deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats (+8,3 Prozent). Dazu trug ein leichtes Plus im Inlandsgeschäft und ein starker Anstieg der Nachfrage aus dem Ausland bei (+1,2 bzw. +13 Prozent). Das Ordervolumen stieg in allen drei Hauptgruppen. Während die Bestellungen in der Chemische Industrie sowie in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie zunahmen, gingen im Maschinenbau weniger Aufträge ein als im Vorjahresmonat.

Industrieumsätze von Januar bis Mai über dem Vorjahresniveau

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie sind kräftig gestiegen. Die Industriebetriebe erwirtschafteten von Januar bis Mai 2018 Erlöse in Höhe von 41,72 Milliarden Euro; das waren 6,7 Prozent mehr als

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis Mai 2018¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +3,3 Prozent).

Der Inlandsumsatz war um 4,3 Prozent und der Auslandsumsatz um 8,5 Prozent höher als im Zeitraum von Januar bis Mai 2017 (Deutschland: +2,5 bzw. +4,1 Prozent). Auf das Auslandsgeschäft entfielen 57,8 Prozent der Erlöse (Deutschland: 50,5 Prozent). Die rheinland-pfälzische Exportquote lag damit einen Prozentpunkt über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

In den Industriebetrieben waren von Januar bis Mai 2018 im Durchschnitt 258 400 Personen tätig. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stieg die Beschäftigtenzahl um 2,1 Prozent (Deutschland: +2,6 Prozent). Es wurden 164,7 Millionen Arbeitsstunden geleistet, was ein Minus von 0,5 Prozent bedeutet (Deutschland: +0,5 Prozent).

In neun der zehn umsatzstärksten Industriebranchen lagen die Erlöse in den ersten fünf Monaten 2018 über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Mai 2018		Jan. bis Mai 2018
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	April 2018	Mai 2017	Jan. bis Mai 2017
Auftragseingang	19,7 %	33,2 %	7,5 %
Hochbau insgesamt	22,9 %	29,9 %	5,8 %
Wohnungsbau	42,2 %	39,4 %	0,0 %
gewerblicher Hochbau	-0,3 %	-12,8 %	-3,9 %
öffentlicher Hochbau	28,4 %	112,1 %	32,7 %
Tiefbau insgesamt	16,8 %	36,6 %	9,1 %
gewerblicher Tiefbau	4,6 %	-0,6 %	-24,4 %
Straßenbau	16,4 %	47,9 %	19,0 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	31,3 %	51,1 %	27,8 %
Baugewerblicher Umsatz	-1,0 %	0,7 %	3,3 %
Hochbau insgesamt	-7,3 %	-2,2 %	3,5 %
Wohnungsbau	-3,0 %	-2,3 %	6,7 %
gewerblicher Hochbau	-3,8 %	-6,4 %	-4,7 %
öffentlicher Hochbau	-20,6 %	8,6 %	18,3 %
Tiefbau insgesamt	5,3 %	3,6 %	3,1 %
gewerblicher Tiefbau	7,8 %	30,1 %	19,5 %
Straßenbau	6,9 %	3,4 %	1,7 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-0,7 %	-17,0 %	-7,8 %

1 Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

Die größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchte die Pharmaindustrie (+77 Prozent). Dahinter folgten der Maschinenbau und die Papier- und Pappeindustrie (+8,9 bzw. +7,3 Prozent). Nur die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln mussten Erlösrückgänge hinnehmen (-5,3 Prozent).

In acht der zehn umsatzstärksten Branchen waren in den ersten fünf Monaten 2018 mehr Personen tätig als ein Jahr zuvor. Die größten Steigerungen verzeichneten die Hersteller von Glas und Glaswaren und die Hersteller von Metallerezeugnissen. In der Pharmaindustrie und bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen war die Beschäftigung rückläufig.

Bauhauptgewerbe im Mai 2018: Aufträge höher, Umsätze niedriger als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Mai 2018 mehr Aufträge und niedrigere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge stiegen im Vergleich zum April – kalender- und saisonbereinigt – um 20 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz verringerte sich dagegen um ein Prozent. Gegenüber den ersten fünf Monaten 2017 nahm das Ordervolumen um 7,5 Prozent zu, der Umsatz stieg um 3,3 Prozent.

Im Vergleich zum April 2018 übertrafen die bereinigten Auftrags-eingänge das Vormonatsergebnis sowohl im Hochbau als auch im Tief-

bau (+23 bzw. +17 Prozent). Mit Ausnahme des gewerblichen Hochbaus (-0,3 Prozent) stieg die Nachfrage nach Bauleistungen in allen Baubereichen an. Den stärksten Zuwachs verzeichnete der Wohnungsbau (+42 Prozent). Kräftige Auftragszuwächse gab es außerdem im sonstigen öffentlichen Tiefbau sowie im öffentlichen Hochbau (+31 bzw. +28 Prozent). Gegenüber den ersten fünf Monaten 2017 wurden sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau Auftragszuwächse registriert (+9,1 bzw. +5,8 Prozent).

Die bereinigten Erlöse im Hochbau gingen gegenüber April 2018 um 7,3 Prozent zurück. Für den Tiefbau errechnet sich dagegen ein höherer Umsatz als im Vormonat (+5,3 Prozent). Die stärksten Einbußen verzeichnete der öffentliche Hochbau (-21 Prozent). Im gewerblichen Hochbau sowie im Wohnungsbau kam es ebenfalls zu Umsatzrückgängen (-3,8 bzw. -3 Prozent). Dagegen übertrafen der gewerbliche Tiefbau sowie der Straßenbau den Vormonatsumsatz deutlich (+7,8 bzw. +6,9 Prozent). Gegenüber den ersten fünf Monaten 2017 erhöhten sich die baugewerblichen Umsätze sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau (+3,5 bzw. +3,1 Prozent).

Bruttoinlandsprodukt steigt 2016 in den meisten Städten und Landkreisen

Fast alle rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirke verzeichneten 2016 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen. Die Summe

**Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2016
nach Verwaltungsbezirken**


aller produzierten Waren und Dienstleistungen nahm in den kreisfreien Städten mit +1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr etwas geringer zu als in den Landkreisen (+2,3 Prozent).

Den höchsten Zuwachs der Wirtschaftsleistung verzeichneten die Landkreise Bad Kreuznach und Trier-Saarburg mit +6 bzw. +5,6 Prozent sowie die kreisfreie Stadt Kaiserslautern mit +5 Prozent. Dagegen verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt in den Landkreisen Germersheim (-1,2 Prozent), Eifelkreis Bitburg-Prüm (-0,8 Prozent) sowie Alzey-Worms (-0,4 Prozent).

Die Summe der in Rheinland-Pfalz produzierten Waren und Dienstleistungen betrug 2016 nominal 138,5 Milliarden Euro. Davon wurden 60 Prozent in den Landkreisen und 40 Prozent in den kreisfreien Städten erbracht. Die drei größten Städte des Landes – Ludwigshafen, Mainz und Koblenz – erwirtschafteten nahezu ein Viertel der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung. Auf die vier wirtschaftsstärksten Landkreise – Westerwaldkreis, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz und Neuwied – entfielen rund 19 Prozent des Landeswertes.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen – auch als Arbeitsproduktivität bezeichnet – ist 2016 gegenüber dem Vorjahr im Landesdurchschnitt um 1,4 Prozent auf 69 180 Euro gestiegen. In den kreisfreien Städten lag der Pro-Kopf-Wert mit 74 085 Euro deutlich über dem Wert in den Landkreisen (66 216 Euro). Der Durchschnitt der Städte wird

allerdings maßgeblich von Ludwigshafen beeinflusst; dort war die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen mit 107 198 Euro 55 Prozent höher als im Landesdurchschnitt. Unter den Landkreisen wies Mainz-Bingen mit 90 396 Euro den höchsten Pro-Kopf-Wert auf. Die niedrigste Arbeitsproduktivität wurde unter den kreisfreien Städten in Pirmasens mit 54 391 Euro und unter den Landkreisen in Cochem-Zell mit 58 150 Euro registriert.

Den höchsten Anteil an der Bruttowertschöpfung haben in den meisten Verwaltungsbezirken die Dienstleistungsbereiche. Durchschnittlich wurden in den Landkreisen 64 Prozent und in den kreisfreien Städten 66 Prozent der Wertschöpfung im tertiären Sektor erwirtschaftet. In den Städten Koblenz, Neustadt an der Weinstraße und Mainz lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche sogar über 80 Prozent. In der kreisfreien Stadt Ludwigshafen und im Landkreis Germersheim dominierte dagegen das Produzierende Gewerbe die Wirtschaftsstruktur mit einem Anteil von 69 bzw. 58 Prozent. Im Landesdurchschnitt lag der Anteil des sekundären Sektors bei gut 34 Prozent und der Anteil des tertiären Sektors bei knapp 65 Prozent.

Zwischen 2000 und 2016 hat sich das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in den Landkreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich entwickelt. Mit +53 Prozent fiel der Zuwachs in den Landkreisen deutlich größer aus als in den kreisfreien Städten mit +39 Prozent. Am stärk-

ten zugelegt hat die nominale Wirtschaftsleistung in den Landkreisen Germersheim (+104 Prozent), Mainz-Bingen (+82 Prozent) und dem Donnersbergkreis (+66 Prozent) sowie in der kreisfreien Stadt Speyer (+62 Prozent). Dagegen nahm das Bruttoinlandsprodukt im Landkreis Kusel nur um 17 Prozent und in der kreisfreien Stadt Pirmasens um 19 Prozent zu. Bei der längerfristigen Betrachtung

von nominalen Veränderungsraten ist zu beachten, dass hier auch Preissteigerungen enthalten sind.

Arbeitskosten entsprechen dem Bundesdurchschnitt

Die Nettoarbeitskosten, die Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz durchschnittlich pro geleistete Arbeitsstunde aufwenden müssen, lagen 2016 bei 33,09 Euro. Die Arbeitskosten im

Nettoarbeitskosten 2016 nach Wirtschaftsabschnitten



Land entsprachen damit genau dem Bundesdurchschnitt.

Insgesamt zeigt sich in den Daten noch immer ein ausgeprägtes Gefälle zwischen den westdeutschen Bundesländern einschließlich Berlin (34,19 Euro pro Arbeitsstunde) und den ostdeutschen Bundesländern (26,14 Euro pro Arbeitsstunde).

In Rheinland-Pfalz lagen die Arbeitskosten 2016 um 5,9 Prozent über dem Niveau der Erhebung von 2012. Damit fiel der Anstieg vergleichsweise niedrig aus; im Bundesdurchschnitt legten die Arbeitskosten um 7,8 Prozent zu.

Die Arbeitskosten je Stunde variieren zwischen den Wirtschaftsbereichen beträchtlich. Im Produzierenden Gewerbe, zu dem der Bergbau, das Verarbeitende Gewerbe, die Energieversorgung, der Bereich „Wasser- und Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen“ sowie das

Baugewerbe zählen, beliefen sich die Arbeitskosten pro Stunde 2016 auf 38,15 Euro. Im Dienstleistungssektor kostete eine Arbeitsstunde mit 30,82 Euro deutlich weniger. Unter den einzelnen Branchen wies das Gastgewerbe mit 16,24 Euro die niedrigsten Arbeitskosten auf. Mehr als dreimal so hoch waren sie im Bereich Energieversorgung (52,54 Euro).

Außerdem ist ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Arbeitskosten und der Unternehmensgröße erkennbar: Während die geleistete Arbeitsstunde in kleinen Unternehmen mit zehn bis 49 Beschäftigten durchschnittlich 24,81 Euro kostete, lag der Wert in Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten bei 39,54 Euro.

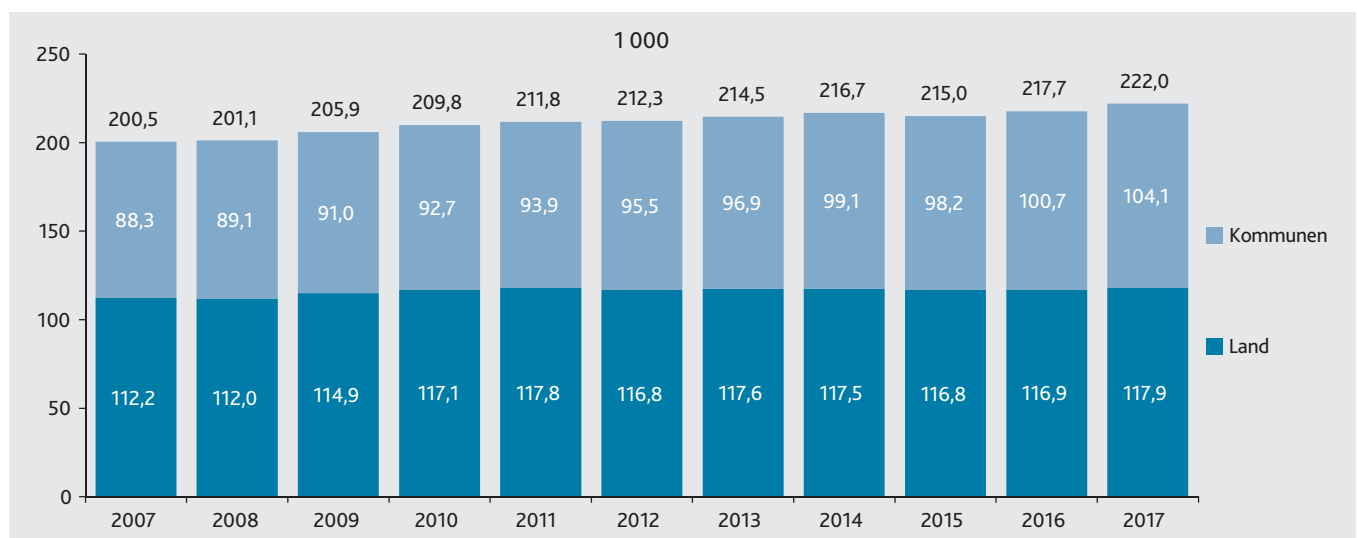
Öffentlicher Bereich ist Arbeitgeber für 222 000 Menschen

Im Jahr 2017 ist die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Bereich in Rheinland-Pfalz auf gut

222 000 Menschen angestiegen (+2 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Von den Beschäftigten entfielen 104 100 auf die Kommunen und 117 900 auf das Land. Während die Zahl beim Land nur geringfügig anstieg (+0,8 Prozent), wuchs sie bei den Kommunen spürbar um 3,9 Prozent. Bei den Kommunen entfiel rund ein Viertel des Zuwachses auf den Bereich der Kindertagesstätten (+750 Beschäftigte).

Während rund 64,5 Prozent der Beschäftigten einer Vollzeitbeschäftigung nachgingen (143 300 Vollzeitbeschäftigte; +1,4 Prozent), arbeiteten rund 26 Prozent in Teilzeit mit einem Beschäftigungsumfang von mindestens 50 Prozent (58 600 Teilzeitbeschäftigte; +3,9 Prozent). Nochmals 6,9 Prozent hatten einen Teilzeitvertrag, der weniger als 50 Prozent der regulären Arbeitszeit entsprach (15 400 Teilzeitbeschäftigte; +4,5 Prozent). Zudem befan-

Beschäftigte des öffentlichen Bereiches 2007–2017



den sich 2,1 Prozent der Beschäftigten in einem Altersteilzeitmodell (4 800 Beschäftigte; –8,5 Prozent).

Wie in den Vorjahren nahm die Bedeutung der Altersteilzeit damit weiter ab. Bei den Beschäftigten des Landesdienstes befanden sich 3,5 Prozent in Altersteilzeit, bei den Kommunen waren es hingegen nur 0,6 Prozent. Im Jahr 2017 sank die Zahl bei den Landesbeschäftigten auf 4 200 (–8 Prozent), im Kommunalbereich sogar auf nur noch rund 600 Personen (–14 Prozent).

Die Beschäftigten von Land und Kommunen hatten in gut 86 Prozent der Fälle einen dauerhaften Arbeitsvertrag. Die Zahl erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent auf 192 000. Rund 8,8 Prozent der Beschäftigten befanden sich in einem befristeten Arbeitsverhältnis (19 500 Beschäftigte; +4,2 Prozent), weitere 4,7 Prozent in einer Ausbildung (10 500 Beschäftigte; +1,7 Prozent). Zwischen den Landes- und den Kommunalbediensteten waren hierbei kaum Unterschiede zu entdecken: Zeitverträge machten im Land 8,6 Prozent und bei den Kommunen neun Prozent der Beschäftigungsverhältnisse aus. Knapp 86 Prozent der Landesbeschäftigten und gut 87 Prozent der Kommunalbeschäftigten hatten dagegen einen dauerhaften Arbeitsvertrag. Die Ausbildungsquote lag beim Land bei 5,5 Prozent und bei den Kommunen bei 3,8 Prozent.

Im Jahr 2017 betrug das steuerpflichtige Bruttomonatseinkommen im Durchschnitt 3 175 Euro. Damit stieg

es im Vorjahresvergleich um 1,9 Prozent. Spitzenverdiener sind im öffentlichen Bereich relativ selten: Lediglich ein Prozent der Beschäftigten verdiente monatlich mehr als 7 000 Euro.

Im öffentlichen Bereich waren mehr Frauen beschäftigt als im Vorjahr. Ihr Anteil an den Beschäftigten des Landes und der Kommunen wuchs leicht um 0,5 Prozentpunkte auf gut 58 Prozent. Es zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede hinsichtlich des Beschäftigungsumfangs: Bei den Vollzeitbeschäftigten lag die Frauenquote nur bei rund 43 Prozent (+0,5 Prozentpunkte); bei den Teilzeitbeschäftigten waren hingegen rund 86 Prozent Frauen (–0,1 Prozentpunkte).

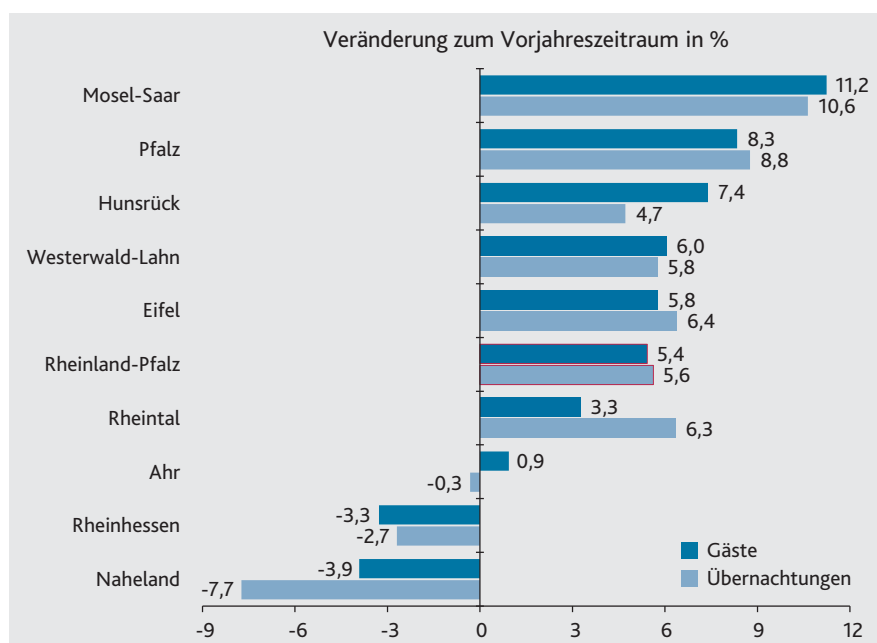
Werden lediglich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes betrachtet, d. h. ausschließlich die Beschäf-

tigten in den klassischen Behörden und Verwaltungen sowie in Sonderrechnungen bzw. Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, so ergibt sich folgendes Ergebnis: Die Zahl der Beschäftigten stieg hier um 1,6 Prozent auf 194 900. Während die Zahl im Landesdienst nur leicht auf 116 400 stieg (+0,8 Prozent), war bei den Kommunen ein Zuwachs auf 78 500 Beschäftigte (+2,8 Prozent) zu beobachten.

Deutliches Plus im Tourismus in den ersten fünf Monaten

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten von Januar bis Mai 2018 mehr Gäste und Übernachtungen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Es übernachteten 3,34 Millionen Gäste im Land, das waren 5,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Übernachtungen stiegen

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Mai 2018 nach Tourismusregionen



um 5,6 Prozent auf 8,39 Millionen. Bei der Interpretation der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass die Feiertage Christi Himmelfahrt, Pfingsten und Fronleichnam 2018 in den Mai, im Vorjahr hingegen teilweise in den Juni fielen.

In sechs der neun Tourismusregionen lag das Übernachtungsaufkommen über dem Niveau des Vorjahreszeitraums, wobei die Region Mosel-Saar mit einem Zuwachs um elf Prozent den Spitzenplatz einnahm. Mit einer Steigerung um 8,8 Prozent belegte die Pfalz Rang zwei. An der Ahr, in Rheinhessen und im Naheland waren die Übernachtungszahlen dagegen niedriger als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres. Einen Anstieg der Gästezahlen gab es in sieben der neun Tourismusregionen, wobei die Regionen Mosel-Saar, Pfalz sowie der Hunsrück die Spitzenpositionen belegten.

Alle elf touristischen Betriebsarten konnten von Übernachtungszuwächsen profitieren. Besonders kräftig stiegen die Übernachtungen auf den Camping- und Reisemobilplätzen (+29 Prozent). Die Ferienhäuser und Ferienwohnungen sowie die Pensionen verbuchten ebenfalls zweistellige Zuwachsraten. Neun der elf touristischen Betriebsarten registrierten in den ersten fünf Monaten des Jahres höhere Gästezahlen. Auch hier lagen die Camping- und Reisemobilplätze mit einem Plus von 26 Prozent vorne.

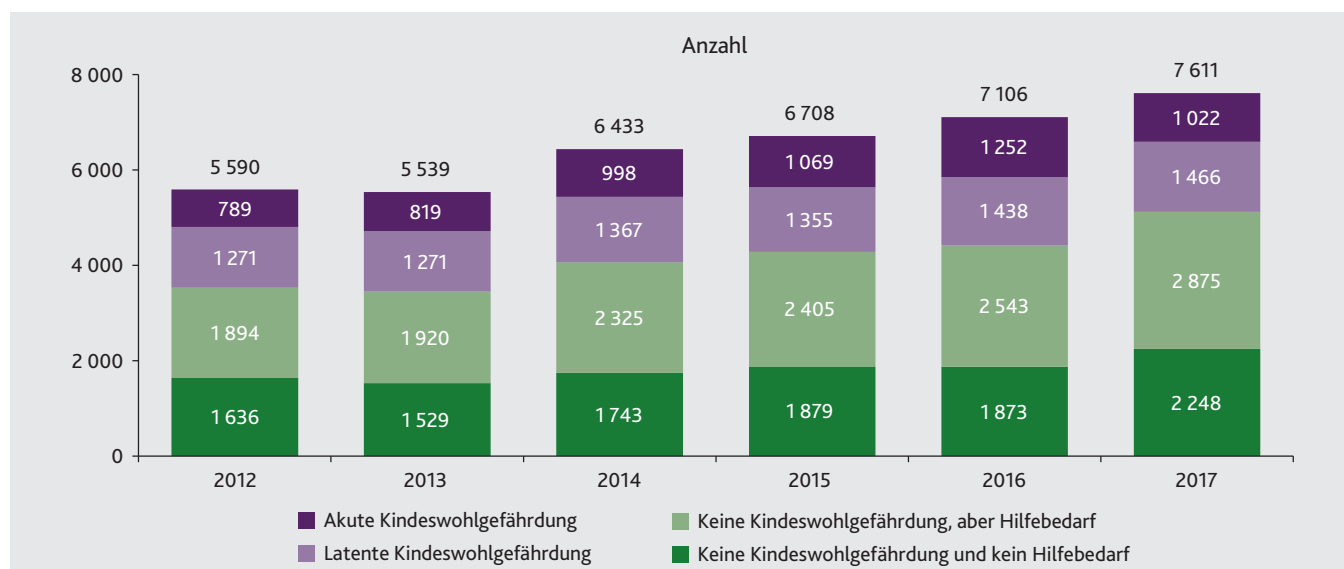
Von Januar bis Mai besuchten 2,71 Millionen Gäste aus dem Inland Rheinland-Pfalz (+5,8 Prozent). Die Zahl ihrer Übernachtungen stieg um 6,6 Prozent und belief sich auf 6,77 Millionen. Aus dem Ausland kamen 631 700 Besucherinnen und Besucher (+3,6 Prozent), die 1,62 Millionen Übernachtungen buchten (+1,7 Prozent).

Gefährdung des Kindeswohls: Weiterer Handlungsbedarf in fast 5 400 Verdachtsfällen

Die rheinland-pfälzischen Jugendämter haben auf der Grundlage von Verdachtsmeldungen im Jahr 2017 etwas mehr als 7 600 Verfahren zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung abgeschlossen, 505 bzw. sieben Prozent mehr als im Vorjahr. In 5 363, also 70 Prozent der Fälle lag tatsächlich eine akute oder latente Gefährdung bzw. die Notwendigkeit von Hilfebedarf vor. Gegenüber 2016 stieg die Zahl dieser Fälle um 2,5 Prozent.

In 2 488 Fällen, also bei einem Drittel der Verdachtsmeldungen (33 Prozent), wurde im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte eine akute oder latente Gefährdung des Kindeswohls erkannt. Dabei sind Jungen (52 Prozent) etwas häufiger betroffen als Mädchen (48 Prozent). Eindeutig als Kindeswohlgefährdung (akute

Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2012–2017
nach Ergebnis des Verfahrens



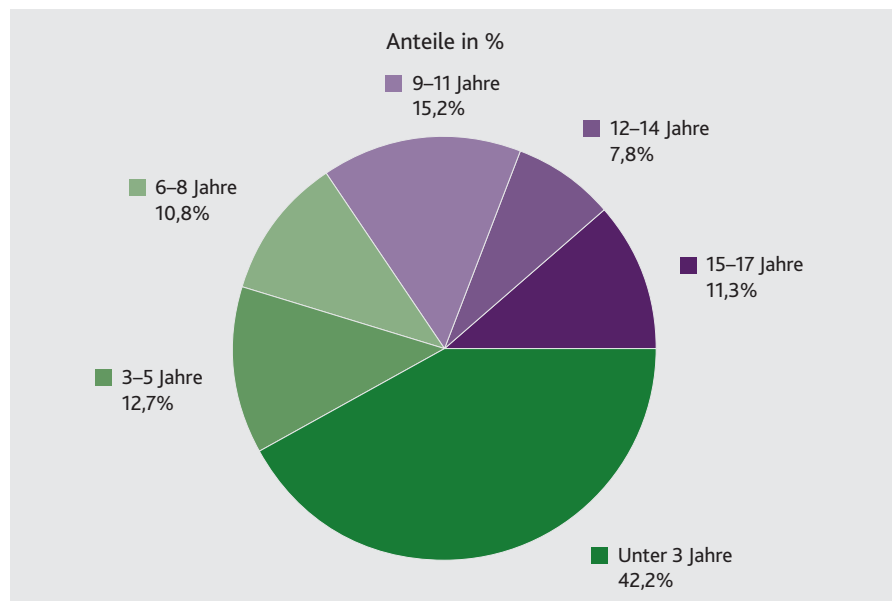
Kindeswohlgefährdung) beurteilten die Jugendämter 1022 Verfahren (13 Prozent). Kann die Frage, ob gegenwärtig tatsächlich eine Gefahr besteht, nicht eindeutig beantwortet, eine Kindeswohlgefährdung aber nicht ausgeschlossen werden, so liegt eine latente Gefährdung vor. Die Einschätzung der Fachkräfte führte in 1466 Fällen (19 Prozent) zu einem solchen Ergebnis. Gegenüber 2016 sank damit die Zahl der Gefährdungen um 7,5 Prozent.

Keine Gefährdung des Kindeswohls lag bei 5 123 aller Verdachtsfälle vor (67 Prozent). Allerdings wurde bei weit mehr als der Hälfte dieser Verfahren (2 875 Fälle) ein Hilfebedarf festgestellt, etwa in Form von Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die Mütter und Väter. Kein weiterer Hilfebedarf bestand dagegen in 2 248 Verdachtsfällen.

Die meisten Fälle akuter Kindeswohlgefährdung entfielen auf die Gruppe der unter 3-Jährigen (23 Prozent). Die 6- bis 9-jährigen Kinder waren mit 26 Prozent bei latenten Gefährdungen und mit 24 Prozent in Fällen mit Unterstützungsbedarf am häufigsten betroffen.

In den meisten Fällen, bei denen eine akute oder latente Kindeswohlgefährdung festgestellt wurde, gab es Anzeichen für Vernachlässigung (57 Prozent). In 36 bzw. 27 Prozent der Ermittlungen wiesen die Kinder und Jugendlichen Anzeichen für psychische bzw. körperliche Misshandlungen auf. In fünf Prozent der Fälle wurden Anzeichen für sexuelle

Adoptierte Kinder und Jugendliche 2017 nach Altersgruppen



Gewalt festgestellt. Mehrfachnennungen waren möglich.

Auf Initiative von Polizei, Gericht oder Staatsanwaltschaft wurden 2 028 Verfahren in die Wege geleitet. Verdachtsmeldungen von Bekannten oder Nachbarn der Kinder und Jugendlichen führten zu 979, anonyme Meldungen zu 787 Verfahren.

204 Adoptionen im Jahr 2017 – Die meisten Kinder bleiben im vertrauten Umfeld

Im Jahr 2017 wurden in Rheinland-Pfalz 204 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren adoptiert. Das waren 33 Adoptionen weniger als ein Jahr zuvor (–14 Prozent).

In 127 Fällen erfolgten die Adoptionen durch den Stiefvater, die Stiefmutter oder durch Verwandte und damit in einem für das Kind vertrauten Umfeld

(62 Prozent). Familienfremde Paare oder Personen adoptierten 77 Mädchen und Jungen; 71 Prozent dieser Kinder hatten das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet.

Von allen 2017 adoptierten Kindern und Jugendlichen waren 86 bzw. 42 Prozent jünger als drei Jahre, 22 von ihnen waren noch kein Jahr alt. Knapp 22 Prozent der adoptierten Minderjährigen hatten nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (44 Personen).

Bei den Adoptionsvermittlungsstellen waren Ende vergangenen Jahres 54 Kinder und Jugendliche zur Adoption vorgemerkt (ohne Auslandsvermittlungsstellen). Gleichzeitig lagen den Vermittlungsstellen insgesamt 357 Bewerbungen von Ehepaaren und Einzelpersonen vor, 140 davon bei Auslandsvermittlungsstellen.

Zahl der Wohngeldhaushalte leicht gesunken

Ende 2017 bezogen in Rheinland-Pfalz knapp 26 400 Haushalte Wohngeld. Das waren rund 1800 bzw. gut sechs Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Die überwiegende Mehrheit der betroffenen Haushalte (23 500 bzw. 89 Prozent) erhielt Wohngeld als Zuschuss zur Miete (Mietzuschuss), den übrigen Empfängerhaushalten (2 900 bzw. elf Prozent) wurde es als Zuschuss zu den Kosten selbst genutzten Wohneigentums gewährt (Lastenzuschuss). In 95 Prozent der Fälle handelte es sich um „reine Wohngeldhaushalte“, d. h. alle Haushaltsmitglieder hatten einen Anspruch auf Wohngeld. In den übrigen fünf Prozent der Haushalte wohnten Personen mit und ohne Wohngeldanspruch zusammen (sogenannte wohngeldrechtliche Teilhaushalte).

Im Jahr 2017 brachten Bund und Land insgesamt rund 49,6 Millionen Euro für Wohngeld auf. Die Wohngeldausgaben lagen somit leicht über dem Vorjahresniveau (+0,2 Millionen Euro bzw. +0,5 Prozent). Im Durchschnitt hatte ein Empfängerhaushalt Ende 2017 einen monatlichen Wohngeldanspruch von 154 Euro (2016: 158 Euro).

Die höchsten Zuschüsse wurden 2017 mit durchschnittlich 211 Euro je Monat und Empfängerhaushalt im Rhein-Pfalz-Kreis gewährt, gefolgt von den kreisfreien Städten Ludwigshafen (192 Euro) und Mainz (190 Euro). Am niedrigsten fielen die Zuschussbeträge in den kreisfreien Städten Pirmasens (115 Euro) und Zweibrücken (117 Euro) aus.

Pirmasens weist bezogen auf die Bevölkerung die relativ höchste Zahl an Empfängerhaushalten auf. Auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner entfallen dort fast 14 Haushalte

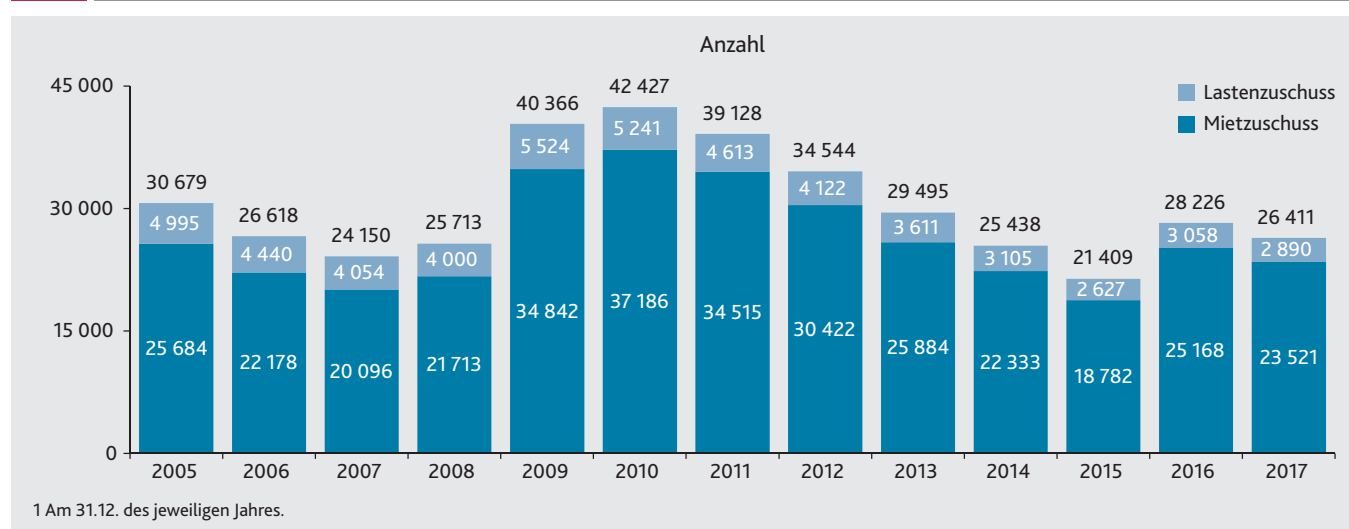
mit Wohngeldbezug. Mit zwölf bzw. elf Haushalten folgen Trier und Koblenz. Mit einem Wert von etwa drei weist der Landkreis Trier-Saarburg die niedrigste Quote aus.

Wohngeld ist ein vom Bund und den Ländern je zur Hälfte getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Er wird einkommensschwachen Haushalten gewährt, damit diese die Aufwendungen für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Die Höhe des Wohngeldes richtet sich nach der Zahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, der zu berücksichtigenden Miete bzw. Belastung sowie dem Gesamteinkommen des Haushaltes.

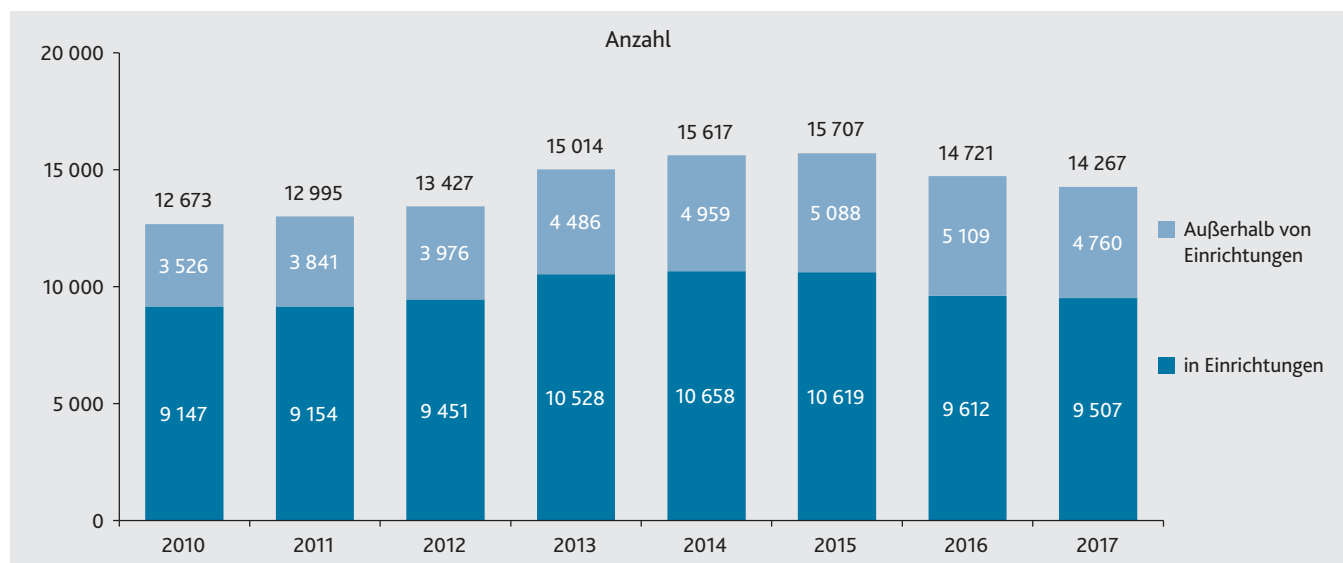
Ende 2017 erhalten rund 14 300 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt

Ende vergangenen Jahres erhielten in Rheinland-Pfalz knapp 14 300 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt

Empfängerhaushalte von Wohngeld 2005–2017¹



Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt 2010–2017



gemäß Kapitel 3 des Sozialgesetzbuches XII. Gegenüber 2016 reduzierte sich die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger um rund 450 Personen bzw. 3,1 Prozent.

Zu den hier ausgewerteten Berechtigten gehören insbesondere befristet Erwerbsunfähige, Vorruhestandler mit niedriger Rente, längerfristig Erkrankte, aber auch Menschen mit Behinderungen und pflegebedürftige Personen, die in Einrichtungen leben und die Hilfe zum Lebensunterhalt als Taschengeld erhalten. Nicht enthalten sind alle Personen, die aufgrund anderer Rechtsnormen – etwa Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II – Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beziehen.

Zwei Drittel der Leistungsempfängerinnen und -empfänger lebten in Einrichtungen (9 507 Personen). Gegenüber dem Vorjahr ist ihre Zahl geringfügig um etwa 100 bzw. 1,1 Pro-

zent gesunken. Die Zahl der Hilfebedürftigen außerhalb von Einrichtungen lag Ende vergangenen Jahres bei rund 4 800 Personen (–349 Personen bzw. –6,8 Prozent).

Bei den Leistungsbezieherinnen und -bezieherinnen lagen Frauen (49 Prozent) und Männer (51 Prozent) fast gleichauf. Die größte Gruppe der Hilfsbedürftigen findet sich in der Altersgruppe der 18- bis 64-Jährigen mit rund 9 600 Personen (68 Prozent), gefolgt von den 3 600 Personen (25 Prozent), die älter als 65 Jahre sind, überwiegend in Einrichtungen leben und dort Hilfe zum Lebensunterhalt als Taschengeld erhalten. Fast 1 100 (7,6 Prozent) Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren erhalten ebenfalls Hilfe zum Lebensunterhalt. Unberücksichtigt sind bei diesen Angaben die Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen, die aufgrund anderer Vorschriften außerhalb des 3. Kapitels SGB XII Hilfe erhalten. Das

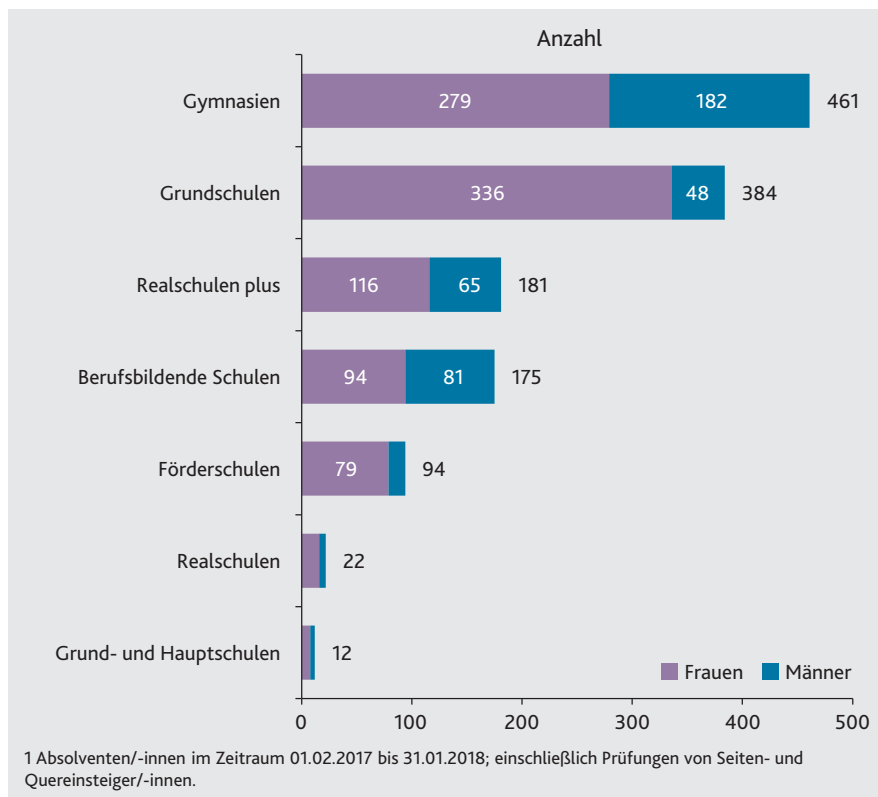
Durchschnittsalter aller Leistungsempfängerinnen und -empfänger betrug 51,5 Jahre, wobei die weiblichen Hilfebedürftigen im Schnitt etwa 7,5 Jahre älter waren als die männlichen (Frauen: 55,3 Jahre, Männer: 47,9 Jahre).

Landesweit wurden 2017 netto rund 53,6 Millionen Euro und damit 3,5 Prozent mehr für Hilfe zum Lebensunterhalt aufgewendet als im Jahr zuvor. Neben der Anhebung der Regelsätze zum 1. Januar 2017 ist der Ausgabenanstieg trotz des Rückgangs der Empfängerzahlen auch darin begründet, dass die Leistungsempfängerinnen und -empfänger zum Stichtag am Jahresende gemeldet werden, während bei den Ausgaben alle gezahlten Beträge des laufenden Jahres nachgewiesen sind.

Weniger ältere Lehrkräfte

Im Schuljahr 2017/18 waren rund 9 900 Lehrerinnen und Lehrer bzw.

Bestandene pädagogische Prüfungen¹ 2017 nach Lehramt und Geschlecht



24 Prozent der hauptamtlichen Lehrkräfte 55 Jahre oder älter. Das waren in dieser Altersgruppe knapp 2700 Lehrkräfte weniger als 2012/13 (–21 Prozent). Vor fünf Jahren lag der Anteil älterer Lehrkräfte bei 30 Prozent.

Der Ruhestand ist nicht der einzige und auch nicht der häufigste Grund für den Abgang einer Lehrkraft. So verließen 2017 rund 52 Prozent der Lehrkräfte eine Schule aufgrund einer Versetzung, Abordnung oder Entlassung, weitere acht Prozent wegen Beurlaubung oder Auslandsschuldienst. In den Ruhestand gingen hingegen nur 36 Prozent, darunter jede bzw. jeder Vierte vor dem 64. Lebensjahr. Knapp vier Prozent

schieden wegen Dienstunfähigkeit oder Tod aus.

Demgegenüber steht der Lehrernachwuchs, dessen Ausbildung sich in zwei aufeinander aufbauende Phasen gliedert. In der ersten Phase werden im Rahmen des Lehramtsstudiums der Bachelor und Master of Education erworben. In Rheinland-Pfalz setzen alle Lehrämter in der Regel einen Masterabschluss oder das Erste Staatsexamen voraus. Nach vorläufigen Berechnungen schlossen 2017 rund 2000 Studierende ein lehramtsbezogenes Masterstudium erfolgreich ab.

Auf das akademische Studium folgt der Vorbereitungsdienst, der sowohl in Ausbildungsschulen als auch an

staatlichen Studienseminaren absolviert wird. Der Vorbereitungsdienst verknüpft das pädagogische, fachdidaktische und fachliche Wissen mit der Berufs- und Unterrichtspraxis. Die zweite Ausbildungsphase wird mit der Zweiten Staatsprüfung abgeschlossen, die 2017 rund 1300 angehende Lehrkräfte bestanden haben. Die meisten Absolventinnen und Absolventen haben ihren Abschluss im Lehramt Gymnasium (35 Prozent) erworben, gefolgt von Grundschule (29 Prozent) und Realschule plus (14 Prozent).

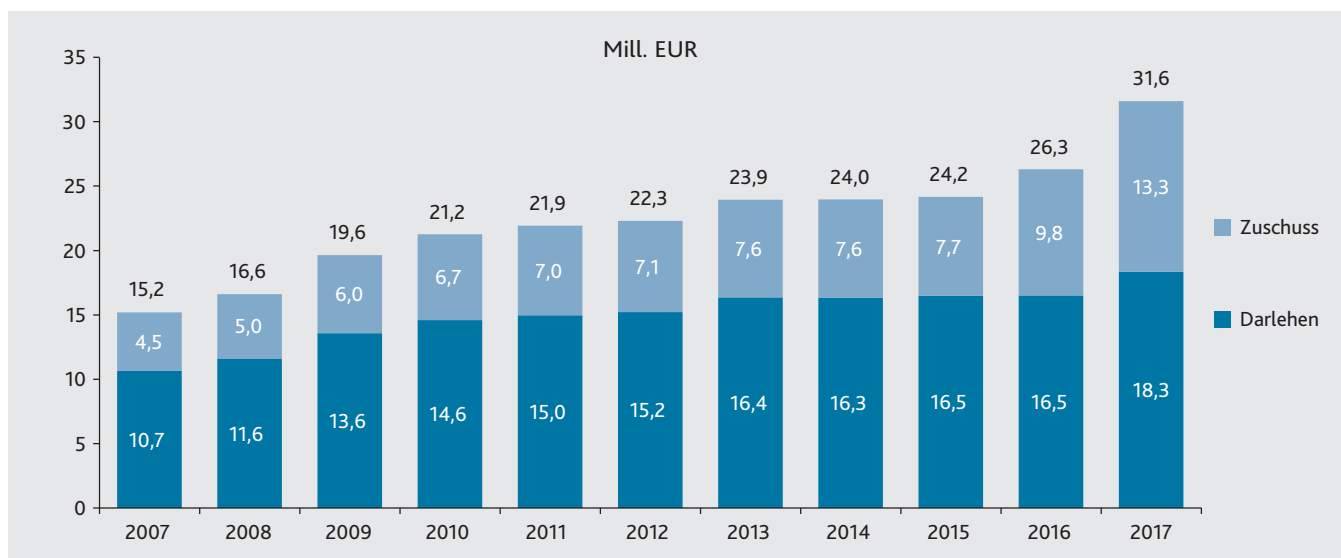
Der Lehrernachwuchs blieb auch 2017 eine weibliche Domäne: Rund 70 Prozent der Absolventinnen und Absolventen des Studienseminars waren Frauen. Besonders hoch war der Anteil der Absolventinnen der Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen (88 Prozent) und an Förderschulen (84 Prozent).

Aufstiegs-BAföG: Deutliche Erhöhung der Förderbeträge

In Rheinland-Pfalz wurden 2017 knapp 32 Millionen Euro zur Förderung von Fortbildungsaktivitäten im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) bewilligt, davon 13 Millionen als Zuschüsse. Das waren rund 5,3 Millionen Euro bzw. 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Insbesondere die Zuschüsse stiegen deutlich (+35 Prozent).

Rund 7700 Fortzubildende erhielten eine Förderung im Rahmen des AFBG, auch Aufstiegs-BAföG genannt. Das waren 550 Personen bzw. 7,7 Pro-

Bewilligte Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2007–2017 nach Förderungsart



zent mehr als im Vorjahr. Durchschnittlich erhielten die Geförderten mit etwa 4 200 Euro rund 440 Euro mehr als im Vorjahr. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Förderbeträge und Zuschüsse im Rahmen des 3. Gesetzes zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsgesetzes zurückzuführen.

Die von Bund und Ländern finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderung ist ein Förderangebot für Bürgerinnen und Bürger, die eine auf einen ersten beruflichen Abschluss aufbauende Fortbildung absolvieren. Seit Mitte 2016 können zudem auch an einer beruflichen Fortbildungsmaßnahme interessierte Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudiengangs Fördermittel im Rahmen des AFBG beantragen. Ziel ist es, den Ausbau der beruflichen Qualifizierung zu unterstützen und die Fortbildungsmotivation des Fachkräftenachwuchses zu stärken.

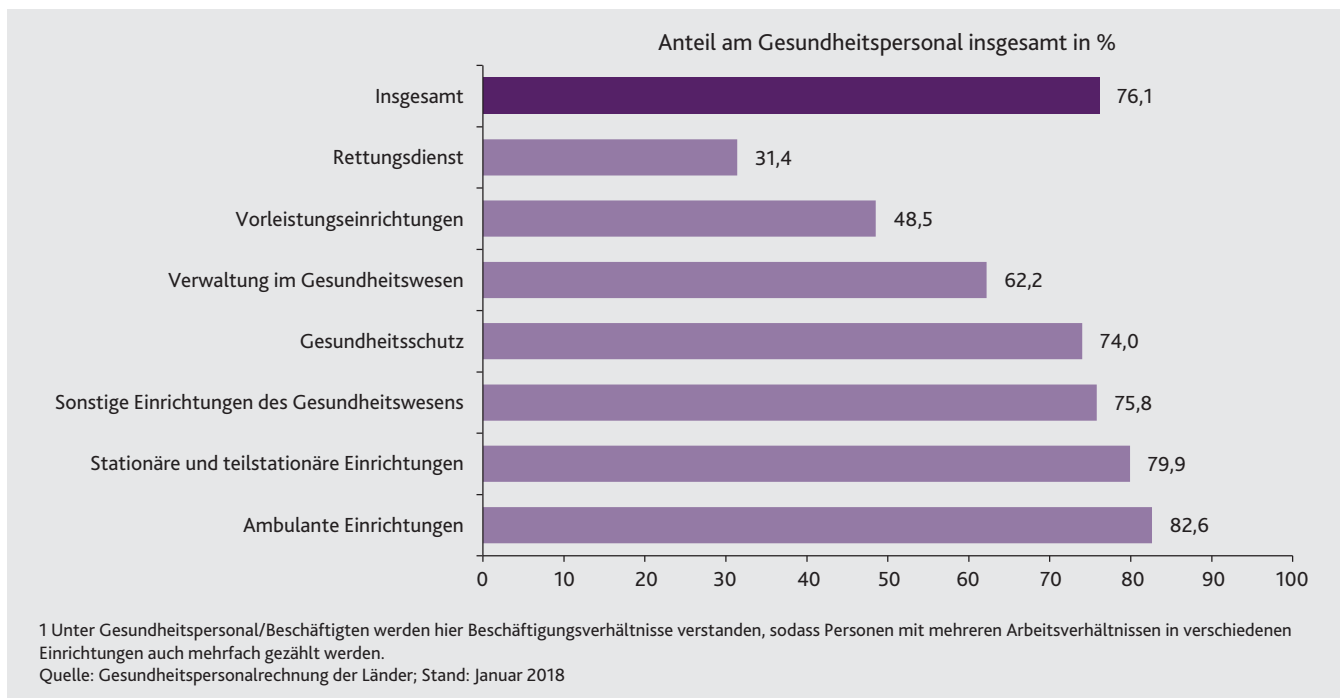
Unabhängig vom Einkommen werden die Gebühren für den Lehrgang und die Prüfung mit bis zu 15 000 Euro sowie für das Meisterprüfungsprojekt mit bis zu 2 000 Euro gefördert. Die Förderung setzt sich aus Darlehen und staatlich finanziertem Zuschuss zusammen. Abhängig vom Einkommen kann zudem ein Beitrag zum Lebensunterhalt mit Aufschlägen für Verheiratete und Kinder sowie für die Kinderbetreuung von Alleinerziehenden bezuschusst werden.

Beschäftigungszuwachs im Gesundheitswesen setzt sich fort

Im Jahr 2016 ist die Zahl der im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen Beschäftigten erneut gestiegen. Rund 262 400 Personen und somit 1,6 Prozent mehr als im Vorjahr waren im Gesundheitswesen tätig (Deutschland: +2,1 Prozent). Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden in

stationären und teilstationären Einrichtungen.

Die Zahl der Beschäftigten in Gesundheitseinrichtungen hat seit Beginn der Zeitreihe 2008 kontinuierlich zugenommen. Bis 2016 erhöhte sie sich insgesamt um 17 Prozent (Deutschland: +19 Prozent). Die meisten neuen Arbeitsplätze im Vergleich zum Vorjahr entstanden mit rund 1 900 Beschäftigten im Bereich der stationären und teilstationären Einrichtungen (+2 Prozent). Zu dieser Einrichtungsart zählen Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen. Besonders stark nahm die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse in den Krankenhäusern zu. Der zweithöchste Anstieg im Gesundheitswesen erfolgte in den ambulanten Einrichtungen, zu denen u. a. Arztpraxen, Apotheken und ambulante Pflegeeinrichtungen gehören. Im Jahr 2016 erhöhte sich

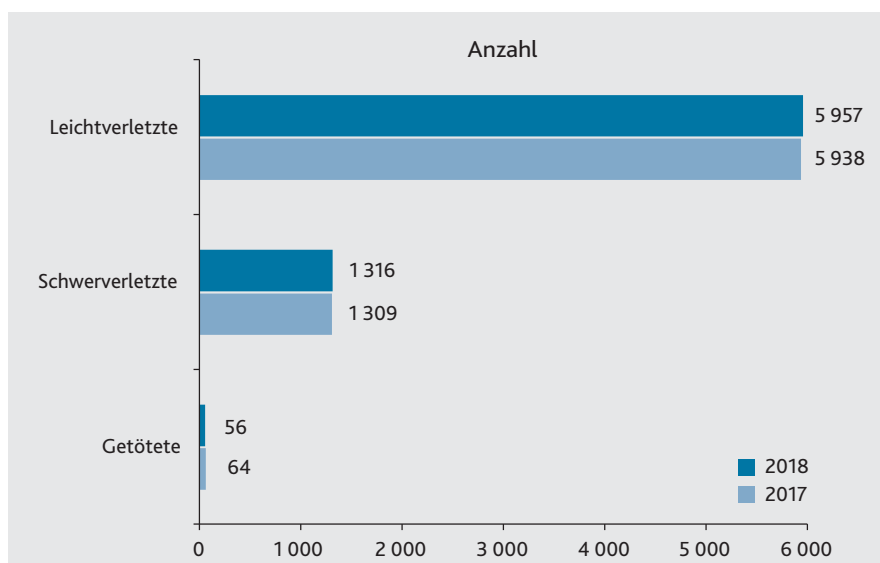
Weibliches Gesundheitspersonal¹ 2016 nach Art der Einrichtung

die Beschäftigtenzahl dieser Einrichtungen um knapp 1500 auf 104 700. Besonders viele neue Arbeitsplätze entstanden im Teilbereich ambulante Pflege (+1000 bzw. +7,1 Prozent).

Charakteristisch für das Gesundheitswesen ist der hohe Anteil weiblichen Personals. Im Jahr 2016 waren mehr als drei Viertel aller Beschäftigten im Gesundheitswesen Frauen

(Deutschland: ebenfalls 76 Prozent). Besonders hoch fiel der weibliche Beschäftigungsanteil in den ambulanten (83 Prozent) und den stationären bzw. teilstationären Einrichtungen (80 Prozent) aus. Dabei gab es den höchsten Frauenanteil in der ambulanten sowie stationären und teilstationären Pflege.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Mai 2017 und 2018



Weniger Verkehrstote im Mai

Im Mai 2018 verloren auf rheinland-pfälzischen Straßen zwölf Menschen ihr Leben. Dies waren sieben Todesopfer weniger als im Vorjahresmonat.

Auch im gesamten bisherigen Jahresverlauf sind weniger Verkehrstote zu beklagen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Von Januar bis Mai 2018 verloren 56 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, das

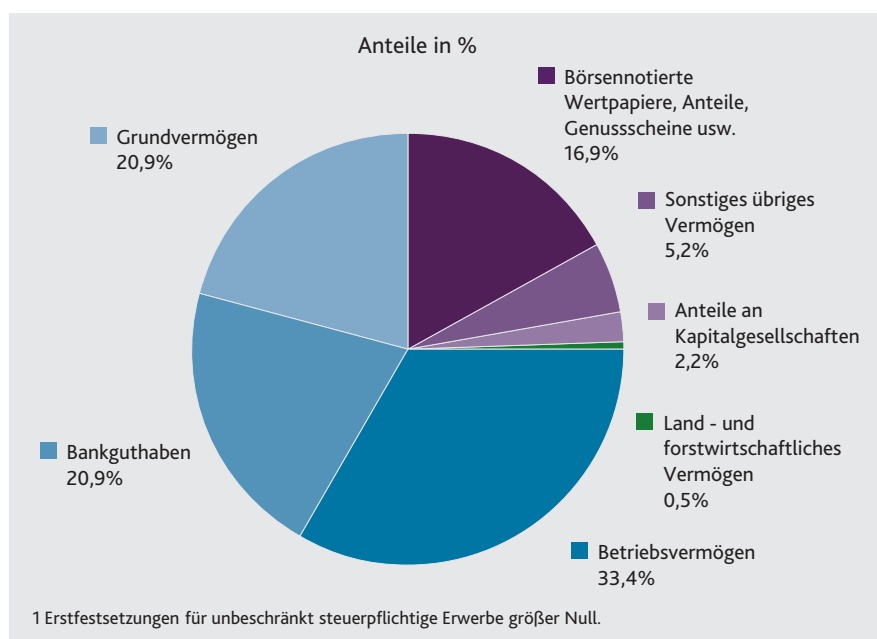
waren acht weniger als in den ersten fünf Monaten 2017. Die Zahl der Schwerverletzten stieg leicht um 0,5 Prozent auf 1316, die der Leichtverletzten erhöhte sich um 0,3 Prozent auf 5 957. Die Polizei registrierte in den ersten fünf Monaten 2018 insgesamt 58 474 Straßenverkehrsunfälle, 0,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Darunter waren 52 896 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden. Im Vergleich zu 2017 war das ein leichter Rückgang um 0,2 Prozent.

Anstieg der festgesetzten Erbschaft- und Schenkungsteuer 2017

Erstmals seit dem Jahr 2014 konnte die festgesetzte Erbschaft- und Schenkungsteuer 2017 wieder zulegen. Sie erhöhte sich von knapp 237 Millionen Euro 2016 auf rund 259 Millionen Euro. Dies war ein Anstieg um 9,5 Prozent. Die Fallzahlen waren jedoch weiter rückläufig. Insgesamt wurde für 5 630 Erbschaften und 1 265 Schenkungen eine Steuerfestsetzung getätigt. Diese Werte lagen um neun bzw. 5,2 Prozent unter denen des Vorjahres.

Den 2017 getätigten Erstfestsetzungen der Erbschaft- und Schenkungsteuer lagen veranlagte Vermögensübertragungen in Höhe von rund 2,56 Milliarden Euro zugrunde. Dabei

Veranlagte Vermögensübertragungen¹ aufgrund von Erbschaften und Schenkungen 2017 nach Vermögensarten



beliefen sich die Übertragungen infolge von Erbschaften auf 1,3 Milliarden Euro und die Übertragungen infolge von Schenkungen auf 1,2 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr ging damit der Wert der in der Statistik erfassten Erbschaften um 12,5 Prozent zurück, wohingegen der Wert der erfassten Schenkungen um 4,4 Prozent zulegte. Die Schenkungen weisen gegenüber den Erbschaften regelmäßig eine wesentlich höhere Volatilität auf.

Das im Wege von Erbschaften übertragene Vermögen war, gemessen an seinem Wert, im Wesentlichen soge-

nanntes übriges Vermögen sowie Haus- und Grundvermögen. Dabei dominierte das übrige Vermögen, zu dem vorwiegend Bankguthaben, börsennotierte Wertpapiere sowie Anteile und Genussscheine zählen, mit einem Anteil von 65 Prozent. Das Haus- und Grundvermögen kam auf einen Anteil von 32 Prozent.

Das im Wege von Schenkungen übertragene Vermögen war hauptsächlich übriges Vermögen und Betriebsvermögen. Hier überwog das Betriebsvermögen mit einem Anteil von 68 Prozent. Das übrige Vermögen machte einen Anteil von 23 Prozent aus.

Wirtschaft in der Großregion entwickelt sich im ersten Quartal 2018 günstig



Die Großregion Saarland – Lothringen – Luxemburg – Rheinland-Pfalz – Wallonien verzeichnete auch im ersten Quartal 2018 eine günstige Wirtschaftsentwicklung.

In allen Teilregionen verminderte sich die Zahl der Arbeitslosen. Die Rückgänge im Vergleich zum ersten Quartal 2017 betrugen in Rheinland-

Pfalz 8,6 Prozent, in Wallonien waren es acht Prozent, das Saarland meldete 6,7 Prozent weniger Arbeitslose. Etwas verhaltener war die Entwicklung in Luxemburg und in Lothringen (–3,8 bzw. –0,6 Prozent).

In den Wirtschaftsbereichen „Verarbeitendes Gewerbe“, „Baugewerbe“, „Einzelhandel“ und „Gastgewerbe“ sind die Umsätze im Vergleich zum ersten Quartal 2017 überwiegend gestiegen. Das Verarbeitende Gewerbe schnitt in Rheinland-Pfalz mit einem Plus von 6,7 Prozent am besten ab. Im Baugewerbe erhöhten sich die Umsätze am stärksten in Wallonien mit +3,3 Prozent. Das Gastgewerbe und der Einzelhandel verzeichneten ebenfalls in Wallonien die

höchsten Umsatzzuwächse unter den Teilregionen mit +6,9 bzw. +3,8 Prozent.

Die Einfuhren fielen in Rheinland-Pfalz auffallend hoch aus. Hier wurde gegenüber dem ersten Quartal 2017 ein Plus von 15 Prozent gemessen. Das Saarland steigerte seine Importe um 1,1 Prozent, in Wallonien blieben sie unverändert, in Luxemburg und in Lothringen gingen sie etwas zurück (–0,3 bzw. –0,5 Prozent).

Auch hinsichtlich der Ausfuhren stand Rheinland-Pfalz mit einem kräftigen Plus von 9,8 Prozent deutlich besser da als andere Teilgebiete der Großregion. Lothringen steigerte die Exporte um 4,6 Prozent, Wallonien um 2,3 Prozent. Für Luxemburg waren die Ausfuhren leicht niedriger als im ersten Quartal 2017, das Saarland führte weniger Waren aus (–3,2 Prozent).

Der Anstieg der Verbraucherpreise lag moderat zwischen +1,1 Prozent im Saarland und in Luxemburg, +1,4 Prozent in Rheinland-Pfalz und +1,5 Prozent in Lothringen und Wallonien.

Vertiefende Konjunkturdaten und -indikatoren sowie Kernaussagen und Schaubilder sind der neuen Ausgabe des Konjunkturberichts für die Großregion zu entnehmen. Der Bericht steht zum kostenlosen Download unter www.statistik.rlp.de sowie im gemeinsamen Datenportal der Statistischen Ämter der Großregion (www.grossregion.lu) bereit.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Juli 2018

Die Teuerungsrate ist im Juli 2018 leicht auf 1,9 Prozent gesunken. Im Juni hatte die Inflationsrate zwei Prozent betragen. Die Energiepreise waren wesentlich höher als im Vorjahresmonat (+6,3 Prozent). Der Grund dafür sind starke Preissteigerungen bei Mineralölprodukten (+15 Prozent). Sowohl die Preise für Heizöl als auch die Kraftstoffpreise erhöhten sich deutlich (+30 bzw. +11,5 Prozent). Die Strompreise blieben fast unverändert (+0,1 Prozent). Gas war billiger als im Juli 2017 (-1,3 Prozent). Die Nahrungsmittelpreise lagen im Juli 2018 um 1,8 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Tiefer in die Tasche greifen mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher z. B. beim Kauf von Molkereiprodukten und Eiern (+4,2 Prozent). Leichte Preissenkungen gab es dagegen bei Zucker, Marmelade, Honig und anderen Süßwaren (-0,4 Prozent).

Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, ist im Juli ebenfalls leicht gesunken. Sie belief sich auf 1,4 Prozent.

In zehn der zwölf Hauptgruppen war das Preisniveau höher als im Vorjahresmonat. Die stärkste Steigerung gab es mit +4,3 Prozent im Bereich „Verkehr“, was unter anderem auf den deutlichen Anstieg der Kraftstoffpreise zurückzuführen ist. Bei „Bekleidung und Schuhe“ sowie „Nachrichtenübermittlung“ lagen die Preise unter dem Niveau des Vorjahresmonats (-2,1 bzw. -0,4 Prozent). Gegenüber dem Vormonat ist der Verbraucherpreisindex um 0,3 Prozent gestiegen. Am stärksten waren die Preiserhöhungen in der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+4,5 Prozent, darunter Pauschalreisen +19 Prozent). Merkliche Preisrückgänge gab es bei Bekleidung und Schuhen (-5,8 Prozent).

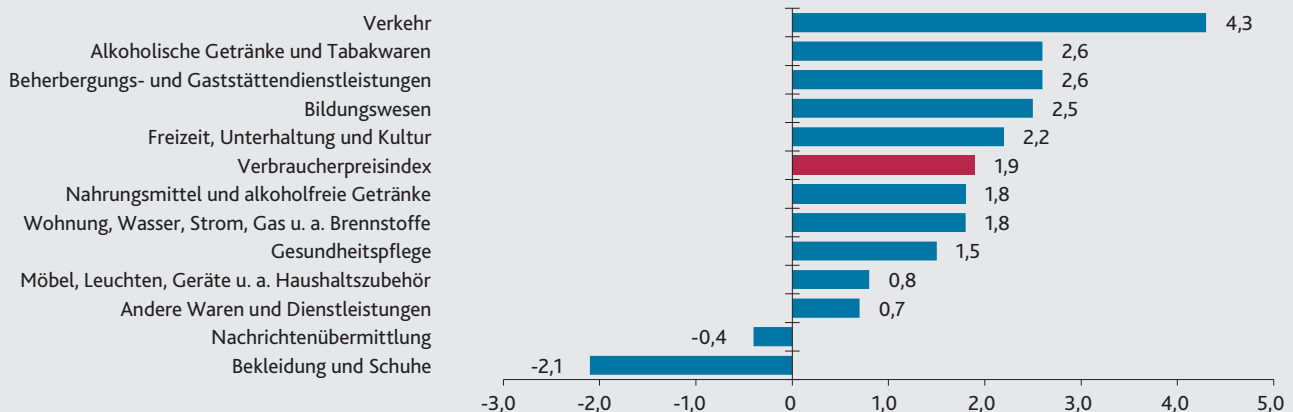
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Juli 2018

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen zu Juli 2017 in %



Veränderung zum Vorjahresmonat in %



Juli 2018

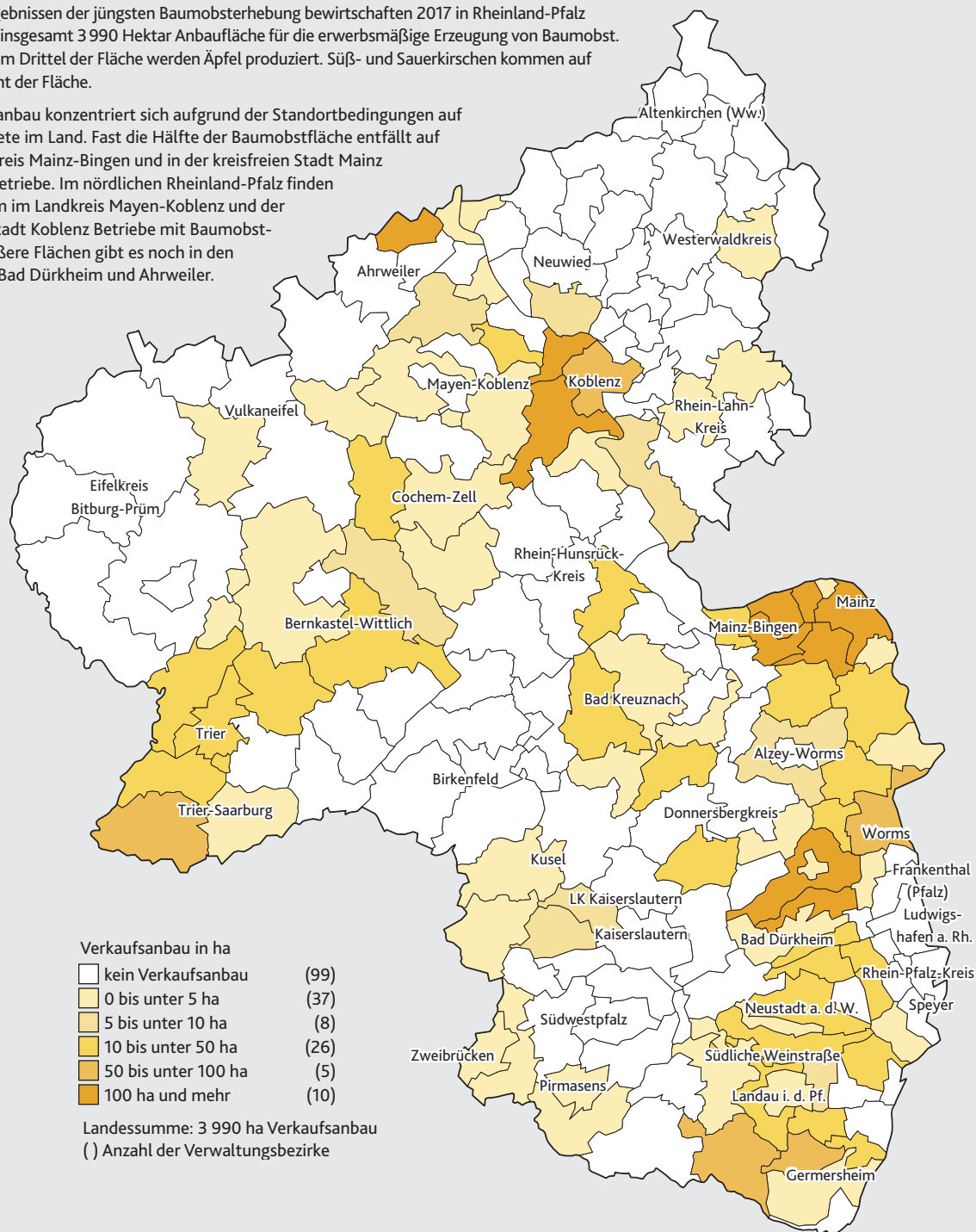
- Verbraucherpreisindex: +1,9%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:
- Äpfel: +16,0%
- Bananen: -4,6%

Baumobstfläche 2017 nach Verwaltungsbezirken

Anbau konzentriert sich auf wenige Gebiete

Nach den Ergebnissen der jüngsten Baumobsterhebung bewirtschaften 2017 in Rheinland-Pfalz 555 Betriebe insgesamt 3 990 Hektar Anbaufläche für die erwerbsmäßige Erzeugung von Baumobst. Auf über einem Drittel der Fläche werden Äpfel produziert. Süß- und Sauerkirschen kommen auf gut 30 Prozent der Fläche.

Der Erwerbsanbau konzentriert sich aufgrund der Standortbedingungen auf wenige Gebiete im Land. Fast die Hälfte der Baumobstfläche entfällt auf die im Landkreis Mainz-Bingen und in der kreisfreien Stadt Mainz ansässigen Betriebe. Im nördlichen Rheinland-Pfalz finden sich vor allem im Landkreis Mayen-Koblenz und der kreisfreien Stadt Koblenz mit Baumobstflächen. Größere Flächen gibt es noch in den Landkreisen Bad Dürkheim und Ahrweiler.



Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischer Wirtschaftsweise

Von Dr. Birgit Hübbers und Tim Leidecker

Den Förderrahmen für den ökologischen Landbau bilden seit 1994 die Programme der Länder für die ländliche Entwicklung. Erklärtes Ziel für Deutschland ist es, mittelfristig einen Anteil von 20 Prozent ökologisch bewirtschafteter Fläche zu erreichen. Auch Rheinland-Pfalz hat sich die kontinuierliche Steigerung des ökologischen Anbaus zum Ziel gesetzt.

In den agrarstatistischen Strukturhebungen wurden ökologisch wirtschaftende Betriebe erstmals 1999 erfasst; daneben enthalten einzelne Spezialstatistiken zu verschiedenen Produktionsbereichen die ökologische Erzeugung als Erhebungsmerkmal.

Ökologischer Landbau 2016 noch unter zehn Prozent

In Rheinland-Pfalz wirtschafteten im Jahr 2016 von den in der Agrarstatistik erfassten landwirtschaftlichen Betrieben 7,1 Prozent (1241 Betriebe) nach den EU-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau. Sie bearbeiteten 8,8 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche (61 266 Hektar). Werden die Ökobetriebe, die ihre Flächen nur teilweise ökologisch bewirtschafteten, außer Acht gelassen, sind diese Anteile nur unwesentlich kleiner (jeweils –0,1 Prozentpunkte). In Deutschland belief sich die Anbaufläche des ökologischen Landbaus auf sieben Prozent und der Anteil der Ökobetriebe auf 7,2 Prozent.

50 Prozent
mehr Öko-
betriebe seit
2010

Im Jahr 2010 hatten die Ökobetriebe in Rheinland-Pfalz erst einen Anteil von vier Prozent (830 Betriebe) und bewirtschafteten 5,4 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche (37 950 Hektar).

Zwischen 2010 und 2016 nahm die Zahl der Ökobetriebe um fast 50 Prozent und die Fläche um 61 Prozent zu. In dieser Zeit ist der Anteil der Betriebe, die ihre Flächen nur teilweise ökologisch bearbeiten, deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2016 waren es lediglich zwölf Betriebe bzw. knapp ein Prozent (2010: 60 Betriebe bzw. 7,2 Prozent). Sie hatten 243 Hektar von insgesamt 615 Hektar nicht umgestellt. Überwiegend handelte es sich bei dieser Fläche um Ackerland, auf dem Winterweizen, Sommer- oder Wintergerste stand; 38 Hektar waren Rebflächen.

Im Durchschnitt bearbeiteten alle Ökobetriebe somit nur 0,4 Prozent ihrer landwirtschaftlich genutzten Fläche konventionell (2010: 5,3 Prozent). In Deutschland war der Anteil nicht umgestellter Flächen deutlich höher (Deutschland: 2,3 Prozent).

Auch der Umfang der in Umstellung befindlichen Flächen der Ökobetriebe war 2016 im Vergleich zu 2010 relativ kleiner: Im Jahr

T 1

**Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2010 und 2016
nach Art der Bewirtschaftung und dem Grad der Umstellung
auf eine ökologische Wirtschaftsweise**

Merkmal	Einheit	2010	2016
Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) insgesamt			
Betriebe	Anzahl	20 564	17 490
und zwar mit			
landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF)	Anzahl	20 533	17 447
Viehhaltung	Anzahl	8 056	6 529
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	ha	705 223	698 763
darunter: Ökobetriebe ¹			
Zusammen	Anzahl	830	1 241
Anteil an insgesamt	%	4,0	7,1
und zwar mit			
landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF)	Anzahl	830	1 240
teilweiser ökologischer Bewirtschaftung	Anzahl	60	12
Viehhaltung ²	Anzahl	.	663
darunter mit ökologischer Bestandsführung	Anzahl	391	597
geschlossener ökologischer Wirtschaftsweise ³	Anzahl	759	1 160
Anteil an insgesamt	%	3,7	6,6
darunter: Landwirtschaftlich genutzte Fläche der Ökobetriebe ¹			
Zusammen	ha	37 950	61 266
Anteil an insgesamt	%	5,4	8,8
und zwar			
umgestellt oder in Umstellung	ha	35 957	61 023
Anteil an insgesamt	%	5,1	8,7
umgestellt	ha	27 841	54 128
in Umstellung	ha	8 116	6 895
der Betriebe mit teilweiser ökologischer Bewirtschaftung	ha	2 977	615
umgestellt/in Umstellung	ha	983	372
nicht umgestellt	ha	1 994	243

¹ Einschließlich Betriebe mit ökologischer Viehhaltung ohne ökologisch genutzte LF. – ² Betriebe mit vollständiger oder teilweise ökologischer Viehhaltung ohne Betriebe, die ihre Viehhaltung nicht umgestellt haben. – ³ Betriebe, in denen die LF und alle gegebenenfalls vorhandenen Viehbestände ökologisch bewirtschaftet werden.

Quelle: Agrarstrukturerhebung, Landwirtschaftszählung

2010 waren 21 Prozent der Fläche in der Umstellungsphase auf die ökologische Wirtschaftsweise; 2016 waren es elf Prozent.

Der Anteil nicht abgeschlossener Umstellungen spiegelt im Grunde wider, in welchem Umfang in den Jahren vor der Erhebung Flächen von Neueinsteigern hinzugekommen sind.

In der Zeit der Umstellung ist noch keine Vermarktung aus ökologischem Anbau erlaubt. Die „Umstellungsförderung“ ist dafür in den Anfangsjahren des ersten fünfjährigen Verpflichtungszeitraums in der Regel

höher als die Förderung für die weitere Beibehaltung.

Die Dauer des Umstellungszeitraums für Flächen ist durch die Durchführungsverordnung zur Ökoverordnung festgelegt. Für Aussaaten oder bei Grünland vor der Verwertung als Futtermittel aus ökologischer Erzeugung sind es mindestens zwei Jahre und vor der Ernte mehrjähriger Kulturen drei Jahre. Tiere und Flächen können gleichzeitig oder getrennt umgestellt werden.

Unter den 1 241 Ökobetrieben gab es 663 Betriebe mit Viehhaltung; davon führ-

Förderung der ökologischen Erzeugung

Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) werden landwirtschaftliche Betriebe durch Direktzahlungen unterstützt („erste Säule“), während die „zweite Säule“ gezielte Förderprogramme über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) bietet. Die Mittel aus diesem Fonds müssen mit nationalen Mitteln von Bund, Ländern und Kommunen kofinanziert werden. Der Bund unterstützt die Länder über Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK). Für einen vierjährigen Zeitraum wird jährlich von Bund und Ländern ein gemeinsamer Rahmenplan erstellt, der u. a. Art und Höhe der Zuwendungen für ökologische Anbauverfahren sowie Gestaltungsspielräume für die Umsetzung durch die Förderprogramme der Länder regelt.

Die Maßnahmen werden von den Bundesländern zu großen Teilen in ihren jeweiligen ELER-Förderprogrammen umgesetzt. In Rheinland-Pfalz erfolgt die Förderung des ökologischen Landbaus über das ELER-Entwicklungsprogramm EULLE im Rahmen des Programms EULLa¹. Das EULLE-Programm wurde für die neue Förderperiode 2014–2020 am 26. Mai 2015 von der EU-Kommission genehmigt. Für den EU-Programmplanungszeitraum 2007–2013 galt das rheinland-pfälzische Entwicklungsprogramm PAUL².

Gefördert werden die Einführung oder Beibehaltung eines ökologischen Anbauverfahrens nach den EU-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau. Mit der Förderung sollen Nachteile während der Umstellung und Produktionsschwernisse bei Beibehaltung der ökologischen Wirtschaftsweise abgefangen werden. Sie ergeben sich u. a. aus dem Verzicht auf chemisch-synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel oder aus höheren Ansprüchen an die Tierhaltung.

Die EU-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau enthält die Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen. In den Geltungsbereich der Basisverordnung fallen alle unverarbeiteten Agrarerzeugnisse (einschließlich Fische aus Aquakultur), verarbeitete Agrarerzeugnisse für den menschlichen Verzehr sowie Futtermittel, die als Bioprodukte vermarktet werden sollen.

Details werden in der Durchführungsverordnung Nr. 889/2008 festgelegt. In den Anhängen der Durchführungsverordnung finden sich Positivlisten oder Maßstabellen, z. B. zu Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln, zur Unterbringung in der Tierhaltung oder zur höchstzulässigen Anzahl von Tieren je Hektar.

Länderspezifische Regelungen

Auf nationaler Ebene gibt der oben genannte Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) den Förderrahmen für die Prämienfestsetzung vor. Die Höhe der Zuwendungen wird getrennt nach Nutzungsarten festgelegt (Ackerfläche, Grünland, Gemüsebau, Dauer- oder Baumschulkulturen). Außerdem unterscheidet sich die Höhe zwischen den Jahren der Einführung im Rahmen des fünfjährigen Verpflichtungszeitraums und der Beibehaltung ab dem sechsten Jahr. Für die endgültige Festsetzung und Ausgestaltung der Prämien haben die Bundesländer in ihren Förderprogrammen Gestaltungsspielräume, um länderspezifische Aspekte berücksichtigen zu können (Subsidiaritätsprinzip). In Abhängigkeit von der politischen Prioritätensetzung und den zur Verfügung stehenden Landeshaushaltsmitteln können die Zahlungen in vorgegebenen Grenzen höher oder niedriger liegen als im Rahmenplan der GAK angesetzt. Daneben unterscheiden sich die Maßnahmen der Bundesländer durch Definitionen der Nutzungsarten sowie durch unterschiedliche Regelungen zu den Zuschüssen für die vorgeschriebenen Kontrollen, zur Kombination mit Förderungen aus anderen Maßnahmen oder zu einem Mindestviehbesatz bei Dauergrünland. Die meisten Bundesländer – wie auch Rheinland-Pfalz – nutzen die durch den GAK-Rahmenplan eingeräumte Möglichkeit, die Zuwendung in einem vorgegebenen Rahmen für die ersten beiden Jahre höher anzusetzen als in den Folgejahren. Hiervon wird auch in Rheinland-Pfalz bezüglich der Fördersätze für Ackerflächen, Grünland und Gemüsebau Gebrauch gemacht. Die Ausgestaltung der Förderung bei Dauerkulturen ist angesichts der unterschiedlichen Bedeutung in den Bundesländern sehr verschieden.

¹ Die Abkürzung EULLE steht für „Entwicklungsprogramm Umweltmaßnahmen, Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährung“ und EULLa für „Entwicklung von Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft“.

² Die Abkürzung PAUL steht für „Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen und Landentwicklung“.

Erhebung des ökologischen Landbaus

Der ökologische Landbau wird seit 1999 in den Agrarstrukturerhebungen (ASE) bzw. Landwirtschaftszählungen (1999 und 2010) berücksichtigt. Ab dem Jahr 2010 wurde der Erhebungszeitraum der ASE von zwei auf drei Jahre erweitert.

Als ökologisch wirtschaftende Betriebe werden landwirtschaftliche Betriebe erfasst, deren gesamte pflanzliche und/oder tierische Erzeugung oder Teile dieser, nach den Grundsätzen der seit dem 1. Januar 2009 geltenden Verordnung (EG) Nr. 834/2007³ produziert werden. Diese Betriebe müssen in einem obligatorischen Kontrollverfahren von einer staatlich zugelassenen Kontrollstelle zertifiziert werden.

Daneben werden in Spezialerhebungen der Agrarstatistik wie der Gemüseerhebung, der Erhebung in Unternehmen zur Legehennenhaltung oder der Erhebung über Strauchbeeren mit unterschiedlicher Periodizität Angaben zur ökologischen Erzeugung im jeweiligen Produktionsbereich erhoben. Die Erfassungsgrenzen weichen teilweise von denen der Agrarstrukturerhebung ab.

Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) veröffentlicht jährlich die Zahl der Betriebe mit ökologischem Landbau und die Anbauflächen aus Verwaltungsdaten, die der Bundesanstalt jährlich von den Kontrollbehörden der Länder gemeldet werden. Betriebsbegriff und auch Erhebungszeitpunkt sind mit den Definitionen der Agrarstatistik nicht vergleichbar. Wegen der anderen Abgrenzung ergibt sich aus den Verwaltungsdaten der BLE eine größere Zahl von Betrieben mit ökologischem Landbau und in den einzelnen Jahren unterschiedliche Abweichungen bei der Fläche.

ten 597 Betriebe (48 Prozent) ihre Bestände nach ökologischen Richtlinien (Deutschland: 70 Prozent).

Nur 6,6 Prozent
wirtschaften
geschlossen
ökologisch

Grundsätzlich ist die Umstellung des gesamten Betriebes im Sinne der Kreislaufwirtschaft des ökologischen Landbaus. Von allen Ökobetrieben mit oder ohne Viehhaltung hatten 1160 ihre gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche und alle gegebenenfalls vorhandenen Viehbestände in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen. Das waren 93 Prozent der Ökobetriebe (Deutschland: 91 Prozent) und – wie in Deutschland – 6,6 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe.

Nach den EU-Rechtsvorschriften kann unter bestimmten Umständen ein Betrieb teilweise umgestellt werden.¹ Im Einklang mit besonderen Bestimmungen, die nach dem in der EG-Ökoverordnung genannten Verfahren (Artikel 37 Absatz 2) festzulegen sind, kann ein Betrieb in deutlich getrennte Produktionseinheiten aufgeteilt werden, die

¹ Artikel 11 der EG-Ökoverordnung 834/2007 bzw. Parallelproduktionen, gemäß Art. 17 und Art. 40 der Durchführungsverordnung (EG) Nr. 889/2008.

nicht alle den Vorschriften für die ökologische/biologische Produktion entsprechen. Bei Tieren muss es sich in der Regel um verschiedene Arten handeln. Kulturen auf Flächen mit unterschiedlichem Umstellungsstatus müssen deutlich unterscheidbar sein.

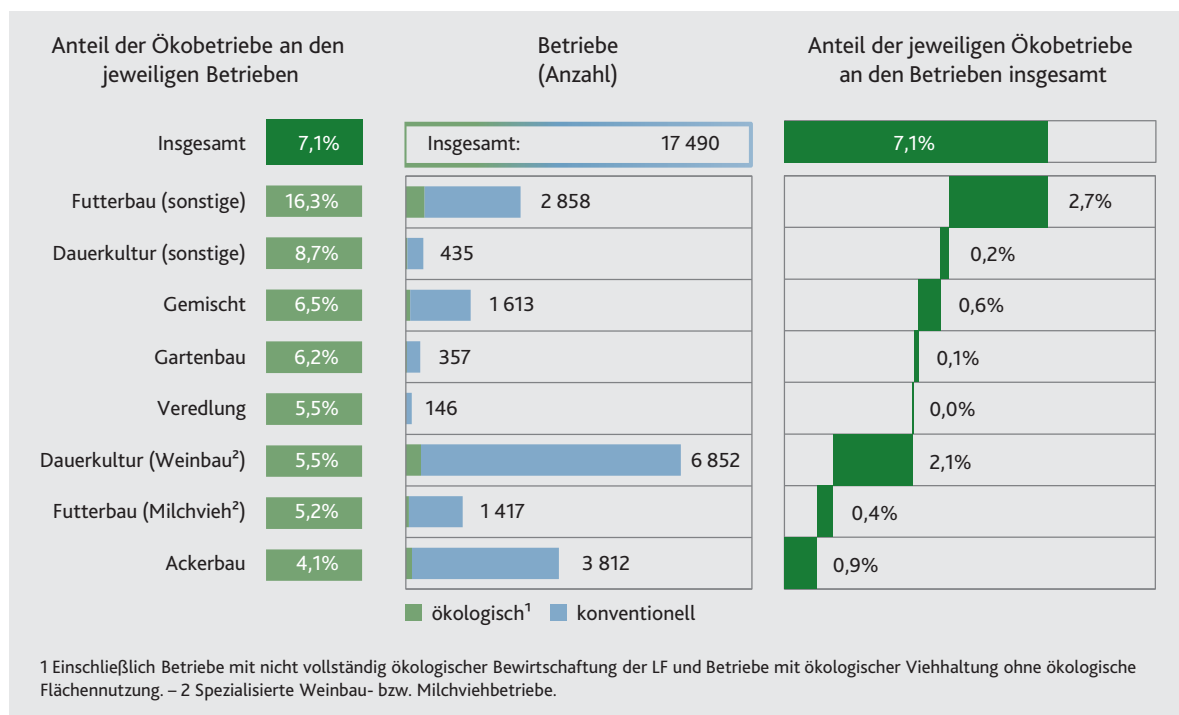
Ökologische Anbauverbände fordern jedoch unter anderem die Gesamtbetriebsumstellung als Voraussetzung für die Mitgliedschaft. Auch bei Inanspruchnahme der Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz im Rahmen des Programms „Entwicklung von Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft“ (EULLa) ist eine Gesamtbetriebsumstellung erforderlich. Die Programmteilnehmer müssen das Unternehmen einschließlich aller Unternehmensteile (dazu zählt z. B. auch eine Pensionspferdehaltung) nach den EU-Vorschriften bewirtschaften.

Futterbaubetriebe stellen häufiger auf ökologischen Landbau um

Bei Futterbaubetrieben, die nicht auf Milcherzeugung spezialisiert sind, ist der Anteil von Ökobetrieben verglichen mit Betrieben

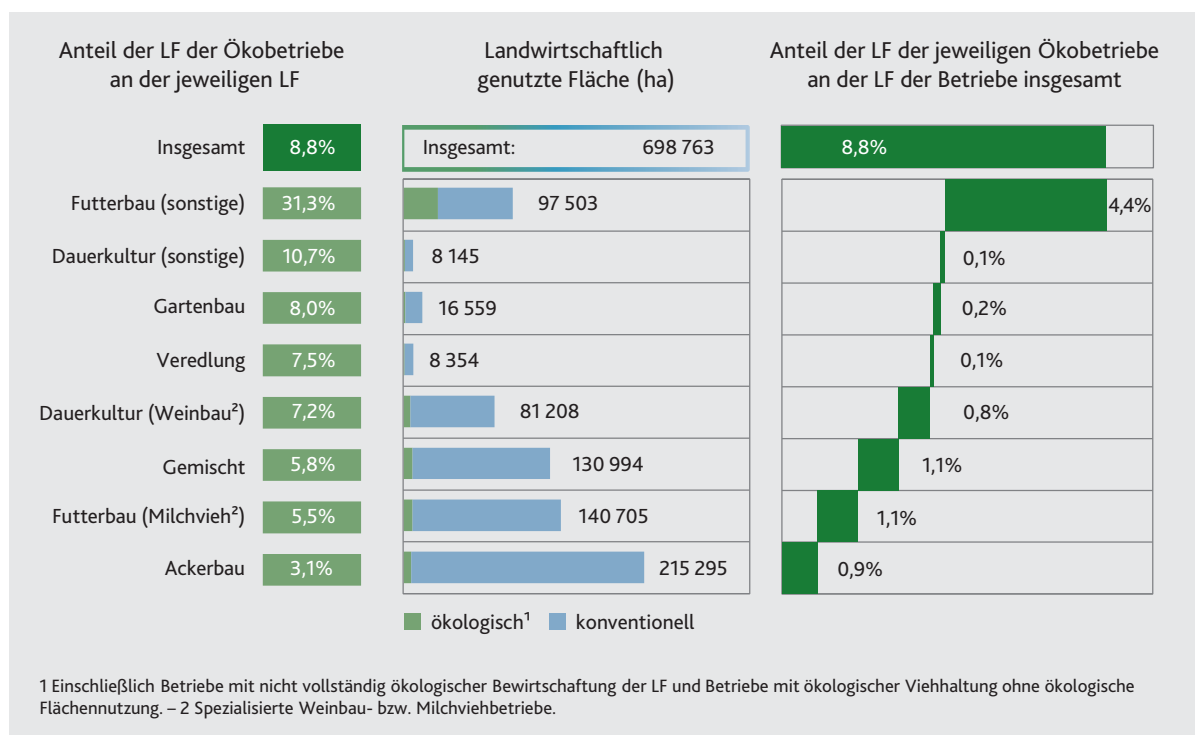
G 1

Landwirtschaftliche Betriebe 2016 nach Art der Bewirtschaftung und betriebswirtschaftlicher Ausrichtung

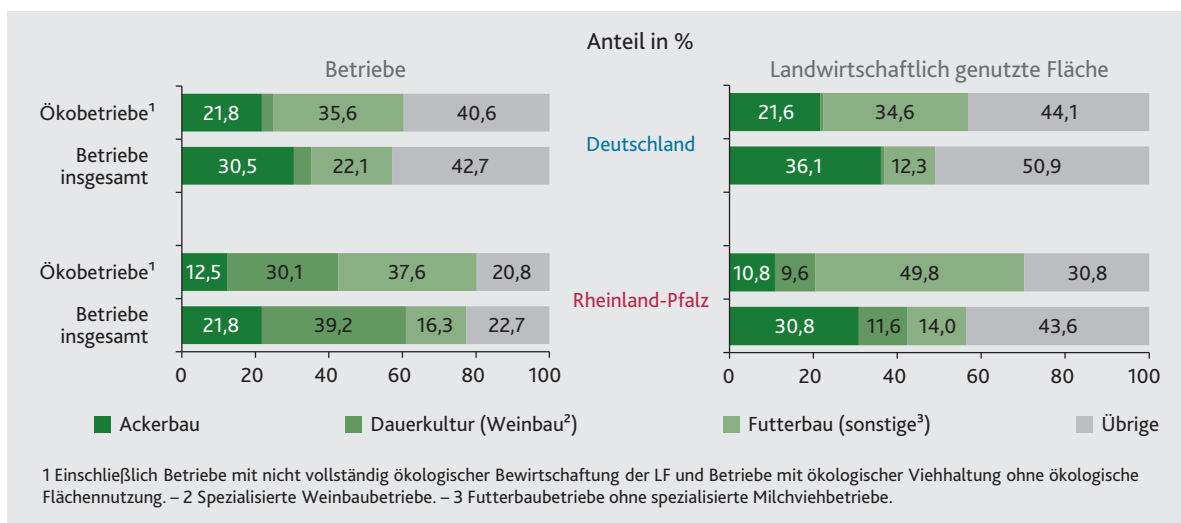


G 2

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) 2016 nach Art der Bewirtschaftung und betriebswirtschaftlicher Ausrichtung der Betriebe



G 3

Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2016 nach Art der Bewirtschaftung und betriebswirtschaftlicher Ausrichtung


Umstellung bei spezialisierten Milcherzeugern seltener

anderer betriebswirtschaftlicher Ausrichtung vergleichsweise hoch. Die Beteiligungsquote beläuft sich hier auf 16 Prozent. Von den 1417 spezialisierten Milcherzeugern zählten dagegen nur 5,2 Prozent zu den Ökobetrieben.

Beteiligungsquote bei Weinbaubetrieben vergleichsweise gering

Der ökologische Landbau scheint auch für spezialisierte Weinbaubetriebe weniger attraktiv zu sein. Von den Dauerkulturbetrieben mit Schwerpunkt Weinbau haben 2016 nur 5,5 Prozent auf ökologischen Landbau umgestellt. Sonstige Dauerkulturbetriebe (hierzu gehören z. B. Obstbaubetriebe und Baumschulen) erreichen eine Beteiligungsquote von fast neun Prozent. Von den Gartenbaubetrieben (unter anderem Betriebe mit Gemüse im Wechsel mit anderen Gartenbaukulturen) und von den Gemischtbetrieben richteten immerhin mehr als sechs Prozent ihre Produktion ökologisch aus. Bei den Gemischtbetrieben waren es vor allem diejenigen mit Viehhaltung.

Von allen landwirtschaftlichen Betrieben sind 2,1 Prozent Ökobetriebe mit Schwerpunkt Weinbau und 2,7 Prozent ökologisch ausgerichtete Futterbaubetriebe (ohne die

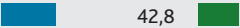

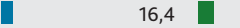
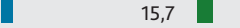
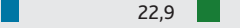


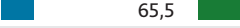
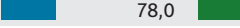



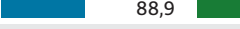
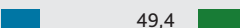
spezialisierten Milchviehhalter). Der Anteil der ökologisch wirtschaftenden Betriebe an den landwirtschaftlichen Betrieben, wird somit überwiegend durch diese beiden Betriebsarten bestimmt (zusammen 4,8 Prozentpunkte von 7,1 Prozent). Es gibt zwar deutlich weniger Futterbaubetriebe (ohne spezialisierte Milcherzeuger) als spezialisierte Weinbaubetriebe in Rheinland-Pfalz, dennoch haben die Futterbaubetriebe aufgrund der hohen Beteiligungsquote am ökologischen Landbau für den Anteil der Ökobetriebe im Land eine höhere Bedeutung.

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung

Die schwerpunktmäßige betriebswirtschaftliche Ausrichtung (BWA) wird im Rahmen der Agrarstrukturerhebung mit Hilfe des sogenannten Standardoutputs ermittelt. Je nach Höhe des Anteils den ein Produktionszweig am Gesamtstandardoutput des Betriebes hat, wird er einem betriebswirtschaftlichen Schwerpunkt zugeordnet. Der Standardoutput ergibt sich aus der Multiplikation der erzeugten Mengen mit dem zugehörigen Ab-Hof-Preis, wobei die Mehrwertsteuer, produktspezifische Steuern und Direktzahlungen nicht berücksichtigt werden. Der prozentuale Anteil einzelner Produktionsverfahren am gesamten Standardoutput des Betriebes ist maßgebend für die Festlegung der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung.

T 2

Betriebe und durchschnittliche Betriebsgröße 2016 nach Art der Bewirtschaftung und betriebswirtschaftlicher Ausrichtung

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung	Betriebe		Durchschnittliche Betriebsgröße (LF je Betrieb)				
	insgesamt	Öko-betriebe ¹	Betriebe insgesamt		Ökobetriebe ¹	Abweichung der Ökobetriebe von Betrieben insgesamt	
	Anzahl		ha			ha	%
Ackerbau	3 812	155	56,5		42,8	-13,7	-24,3
Gartenbau	357	22	46,4		60,4	14,0	30,1
Dauerkultur	7 287	412	12,3		16,4	4,1	33,6
Weinbau	6 852	374	11,9		15,7	3,9	32,6
sonstige	435	38	18,7		22,9	4,2	22,4
Futterbau	4 275	539	55,7		71,0	15,3	27,5
Milchvieh	1 417	73	99,3		106,1	6,8	6,9
sonstige	2 858	466	34,1		65,5	31,4	92,0
Veredlung	146	8	57,2		78,0	20,8	36,3
Gemischt	1 613	105	81,2		72,9	-8,3	-10,2
Pflanzenbauverbund	517	30	73,9		43,9	-30,0	-40,6
Viehhaltungsverbund	85	10	48,1		56,5	8,4	17,5
Pflanzenbau-Viehhaltung	1 011	65	87,7		88,9	1,2	1,3
Insgesamt	17 490	1 241	40,0		49,4	9,4	23,6

¹ Einschließlich Betriebe mit nicht vollständig ökologischer Bewirtschaftung der LF und Betriebe mit ökologischer Viehhaltung ohne ökologische Flächennutzung.
Quellen: Agrarstrukturerhebungen, Landwirtschaftszählungen

Bei der ökologisch bewirtschafteten Fläche ist dies noch deutlicher ausgeprägt. Da Weinbaubetriebe angesichts einer hohen Wertschöpfung je Hektar weniger Fläche als Futterbaubetriebe bewirtschaften, tragen allein die Futterbaubetriebe ohne die spezialisierten Milcherzeuger zur Hälfte zum ökologisch bewirtschafteten Flächenanteil im Land bei (4,4 Prozentpunkte von 8,8 Prozent); spezialisierte Weinbaubetriebe dagegen nur 0,8 Prozentpunkte.

Betrieblicher Schwerpunkt Futterbau hat überdurchschnittlich hohen Anteil

Als Folge der unterschiedlichen Beteiligung der Produktionsausrichtungen am ökologischen Landbau weichen die Anteile der jeweiligen Betriebsarten bei den Ökobetrieben von der Gesamtheit der Betriebe ab. Von den Ökobetrieben sind 38 Prozent Futterbaubetriebe (ohne spezialisierte Milcherzeuger); von den Betrieben insgesamt sind es 16 Prozent. Dagegen ist der Anteil der Weinbaubetriebe an den Ökobetrieben ver-

glichen mit den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt kleiner (30 bzw. 39 Prozent). Noch deutlicher ist der Unterschied bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche: Rund die Hälfte der ökologisch bewirtschafteten Fläche wird von den betrachteten Futterbaubetrieben bewirtschaftet (Betriebe insgesamt: 14 Prozent). Die Unterschiede in den betrieblichen Schwerpunkten bei den Ökobetrieben und den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt sind maßgeblich für Vergleiche von Strukturdaten der Ökobetriebe.

In Deutschland weicht die Struktur der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung der Ökobetriebe weniger deutlich von der Gesamtheit der Betriebe ab.

Ökobetriebe im Durchschnitt größer

Die Betriebe mit ökologischem Anbau bearbeiteten 2016 durchschnittlich 49 Hektar; das waren neun Hektar bzw. 24 Pro-

zent mehr als bei den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt.

Diese Abweichung beruht teilweise auf dem höheren Anteil von flächenstarken Futterbaubetrieben unter den Ökobetrieben. Inwiefern sich zudem von einer bestimmten betriebswirtschaftlichen Ausrichtung eher größere oder kleinere Betriebe beteiligen, kann anhand der Standardauswertungen der Agrarstrukturhebung nur auf der Basis von Durchschnittswerten beantwortet werden.

In den Standardauswertungen werden Ergebnisse nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung der Betriebe (spezialisierte Betriebsarten), Größenklassen der LF, Haupt- und Nebenerwerb oder nach der Bodennutzung (d. h. den angebauten Kulturen auf dem Ackerland, der Grünlandnutzung oder den Flächen für Dauerkulturen wie Reben oder Obstanlagen) aufbereitet. Eine Ausweisung tiefer reichender Strukturdaten wie z. B. Größenklassen der LF in Abhängigkeit von der Spezialisierung erfolgt, anders als bei den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt, nicht. Gründe dafür sind der bislang noch geringe Anteil der Ökobetriebe und die damit verbundenen Geheimhaltungsfälle von Tabellenfeldern bei tiefer gegliederten Auswertungen.

Ein Vergleich der durchschnittlichen Flächenausstattung der sechs Hauptbetriebsarten mit der durchschnittlichen Flächenausstattung aller Betriebe zeigt, dass die ökologisch ausgerichteten Gartenbau-, Dauerkultur-, Futterbau- und Veredlungsbetriebe im Durchschnitt größer sind. Bei den Futterbaubetrieben beträgt die Abweichung +28 Prozent bei den vier anderen Ausrichtungen +30 Prozent und mehr; Ackerbaubetriebe mit ökologischer Wirtschaftsweise sind dagegen im Durchschnitt kleiner (–24 Prozent).

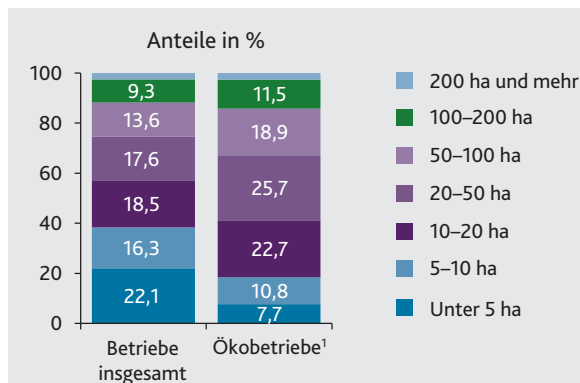
Die weitere Aufgliederung des Spezialisierungsgrades zeigt, dass vor allem die ökologisch ausgerichteten Futterbaubetriebe (ohne die spezialisierten Milchviehalter) deutlich größer sind, nämlich fast doppelt so groß wie die entsprechende Gruppe der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt (+92 Prozent). Diese Futterbaubetriebe heben die durchschnittliche Betriebsgröße der Ökobetriebe, da sie einen hohen Anteil haben. Die spezialisierten ökologisch wirtschaftenden Weinbaubetriebe sind 33 Prozent größer als die Betriebe insgesamt.

Die Abweichung der durchschnittlichen Betriebsgröße aller Ökobetriebe von den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt ist mit +24 Prozent kleiner. Ursächlich hierfür ist, dass bei den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt die Ackerbaubetriebe den Durchschnittswert heben. Sie haben in dieser Gruppe einen deutlich höheren Anteil als bei den Ökobetrieben. Außerdem sind sie überdurchschnittlich groß. Zusätzlich ist der Anteil der Futterbaubetriebe (ohne die spezialisierten Milchviehalter) bei den Betrieben insgesamt kleiner und auch ihre Betriebsgröße ist kleiner als in der Gruppe der Ökobetriebe.

Futterbaubetriebe heben die durchschnittliche Betriebsgröße der Ökobetriebe

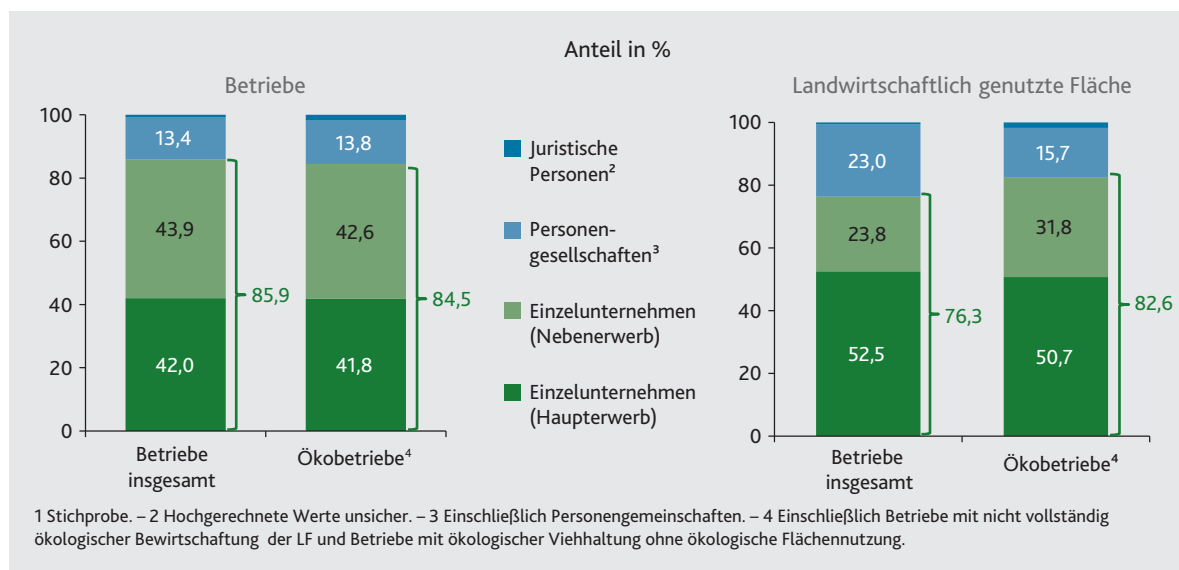
G 4

Betriebe 2016 nach Art der Bewirtschaftung und Größenklassen der LF



¹ Einschließlich Betriebe mit nicht vollständig ökologischer Bewirtschaftung der LF und Betriebe mit ökologischer Viehhaltung ohne ökologische Flächennutzung.

G 5

Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2016¹ nach Art der Bewirtschaftung, Rechtsform und sozialökonomischem Betriebstyp

Ergebnisse nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche liegen aus der allgemeinen Erhebung 2016 nur für die Gesamtheit der Ökobetriebe vor.

Von den Ökobetrieben fallen 67 Prozent der Betriebe in die Klasse 10 bis 100 Hektar (Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt: 50 Prozent). Fast die Hälfte der ökologisch wirtschaftenden Betriebe bearbeiten zehn bis 20 Hektar oder 20 bis 50 Hektar (23 bzw. 26 Prozent), weitere 19 Prozent 50 bis 100 Hektar.

Ein Vergleich mit allen landwirtschaftlichen Betrieben hat wegen des unterschiedlichen Stellenwerts der Weinbau- und Futterbaubetriebe in den beiden Gruppen und der damit verbundenen verschiedenen Größenstruktur nur einen begrenzten Informationswert.

Flächenanteil der Nebenerwerbsbetriebe ist größer

Landwirtschaftliche Betriebe werden danach unterschieden, ob sie in der Rechts-

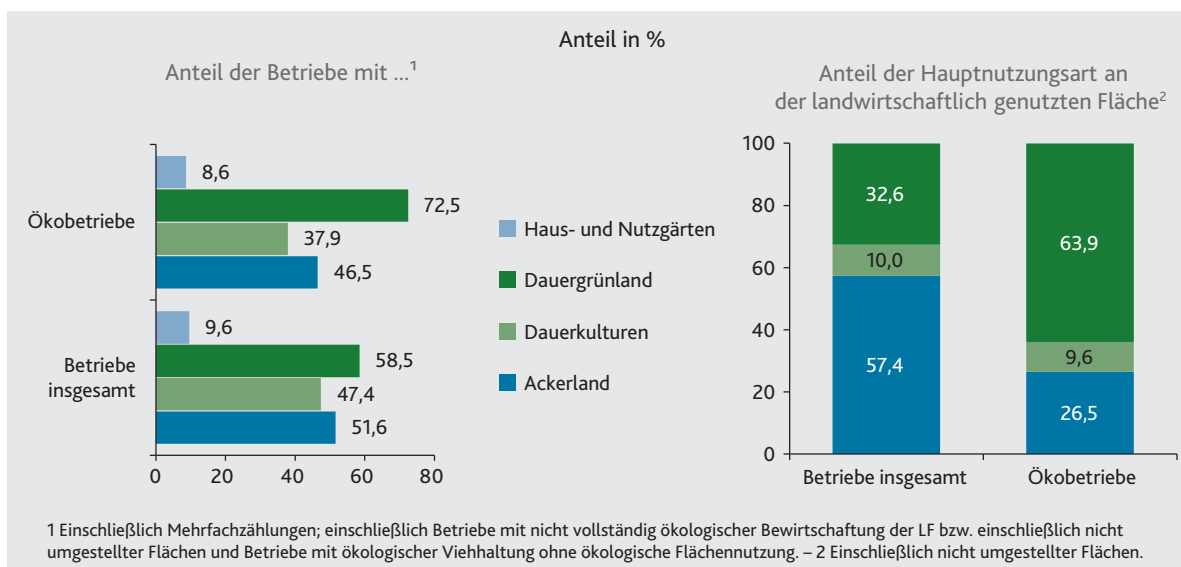
form eines Einzelunternehmens, als juristische Person oder als Personengesellschaft geführt werden. Nur die Einzelunternehmen (sogenannte Familienbetriebe) werden nach ihrem Erwerbscharakter in Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe unterschieden. Bei der Agrarstrukturerhebung 2016 wurde dieser sogenannte sozialökonomische Betriebstyp erstmalig nicht allgemein, sondern im Rahmen einer Stichprobe ermittelt.

Die hochgerechneten Stichprobenergebnisse für die Anteile der Einzelunternehmen insgesamt (85 Prozent der Ökobetriebe) sowie in der Untergliederung nach Haupt- und Nebenerwerb (42 bzw. 43 Prozent der Ökobetriebe) zeigten keine Abweichung von der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Betriebe. Unterschiede gab es in der Verteilung der LF auf die jeweiligen Betriebstypen. Im Nebenerwerb geführte Ökobetriebe bearbeiteten verglichen mit den Nebenerwerbsbetrieben insgesamt einen höheren Flächenanteil. Im Durchschnitt waren es je Betrieb fast 15 Hektar mehr.

Anteil der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe ähnlich

G 6

Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2016 nach Art der Bewirtschaftung und Hauptnutzungsarten der Bodennutzung



Annähernd zwei Drittel der Ökofläche ist Dauergrünland

Von den Ökobetrieben bewirtschaftet ein überdurchschnittlich hoher Anteil Dauergrünland (73 Prozent; Betriebe insgesamt 58 Prozent). Der Dauergrünlandanteil an der LF der Ökobetriebe ist verglichen mit allen landwirtschaftlichen Betrieben wegen der verhältnismäßig vielen Futterbaubetriebe sogar annähernd doppelt so hoch.

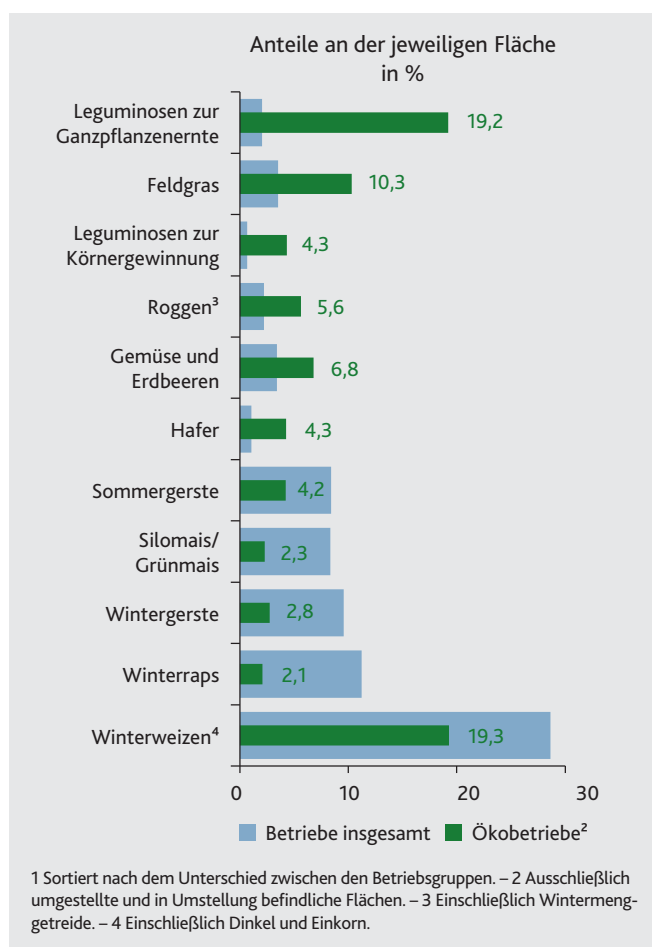
Voraussetzung für die Klassifikation als Futterbaubetrieb ist die Haltung von Raufutterfressern mit oder ohne Weidegang (z. B. von Rindern, Schafen, Ziegen oder Pferden). Es kann zudem davon ausgegangen werden, dass auch die ökologisch ausgerichteten Ackerbau- und Gemischtbetriebe einen höheren Dauergrünlandanteil haben als die landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt. Futterbaubetriebe, die die Viehhaltung aufgegeben haben, fallen häufig, nachdem die Einkünfte daraus entfallen, mit ihren Grünlandflächen in die Gruppe der Ackerbaubetriebe.

Die Anteile der Hauptnutzungsarten Dauergrünland und Ackerland an der LF im ökologischen Anbau zeigen ebenso wie die betrieblichen Schwerpunkte, dass intensiv wirtschaftende Betriebe, wie z. B. spezialisierte Milchviehhalter oder intensiv wirtschaftende Ackerbaubetriebe, seltener auf den ökologischen Landbau umsteigen. Dagegen scheinen die ökonomischen Konsequenzen für extensiv wirtschaftende Betriebsformen (Futterbaubetriebe) durch den Verzicht auf mineralische Düngemittel und chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel oder durch Auflagen für die Tierhaltung weniger nachteilig zu sein.

In der ackerbaulichen Nutzung werden im ökologischen Anbau andere Kulturen betont, um durch Fruchtfolgen auf biologischem Weg die Nährstoffversorgung zu verbessern, der Verunkrautung und dem Krankheits- und Schädlingsdruck entgegenzuwirken und den Humusgehalt des Bodens zu verbessern. Leguminosen (Hülsenfrüchte) nehmen mit ihrem hohen Vorfruchtwert (unter anderem

Andere Kulturen auf dem Ackerland

G 7

Anbau auf dem Ackerland 2016 nach Art der Bewirtschaftung und ausgewählten Kulturen¹

durch ihre Eigenschaft zur Stickstoffbindung) eine Schlüsselstellung ein. Zudem liefern sie aufgrund ihres hohen Eiweißgehaltes wertvolles Tierfutter. Ökobetriebe bauen verglichen mit der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Betriebe relativ gesehen mehr Leguminosen auf dem Ackerland an. Dies zeigt der überdurchschnittlich hohe Anteil des Leguminosenanbaus zur Ganzpflanzenernte. Im Jahr 2016 wurden im Durchschnitt der Ökobetriebe 19 Prozent des Ackerlandes für Leguminosen in dieser Form genutzt (Betriebe insgesamt: zwei Prozent). Aber auch zur Körnergewinnung werden Leguminosen (hierzu zählen unter anderem Ackerbohnen, Erbsen, Lupinen, Sojabohnen) im Reinbau oder in Mischkulturen relativ häufiger angebaut (4,3 Prozent des Ackerlandes in Ökobetrieben bzw. 0,7 Prozent in den Betrieben insgesamt). Neben Leguminosen zur Ganzpflanzenernte (hierzu gehören z. B. Luzerne und Rotklee) wird Ackerland auch häufiger zum Anbau von Gras genutzt.

In der konventionellen Landwirtschaft spielen dagegen Winterweizen, Gerste und Winterraps wegen markt- oder betriebswirtschaftlicher Vorteile eine größere Rolle.

T 3

Betriebe mit Viehhaltung und Viehbestände 2016 nach Art der Bewirtschaftung und Tierarten

Tierart	Insgesamt		Ökobetriebe ¹	
	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Insgesamt ²	6 529	x	567	x
und zwar mit				
Rindern	4 357	343 140	460	30 780
Milchkühen	1 906	115 749	80	3 605
Schweinen	691	188 148	44	1 125
Schafen	832	79 173	93	6 846
Ziegen	395	5 743	61	1 932
Legehennen ³	1 146	945 148	106	28 074
Einhufern	1 956	17 776	223	1 876

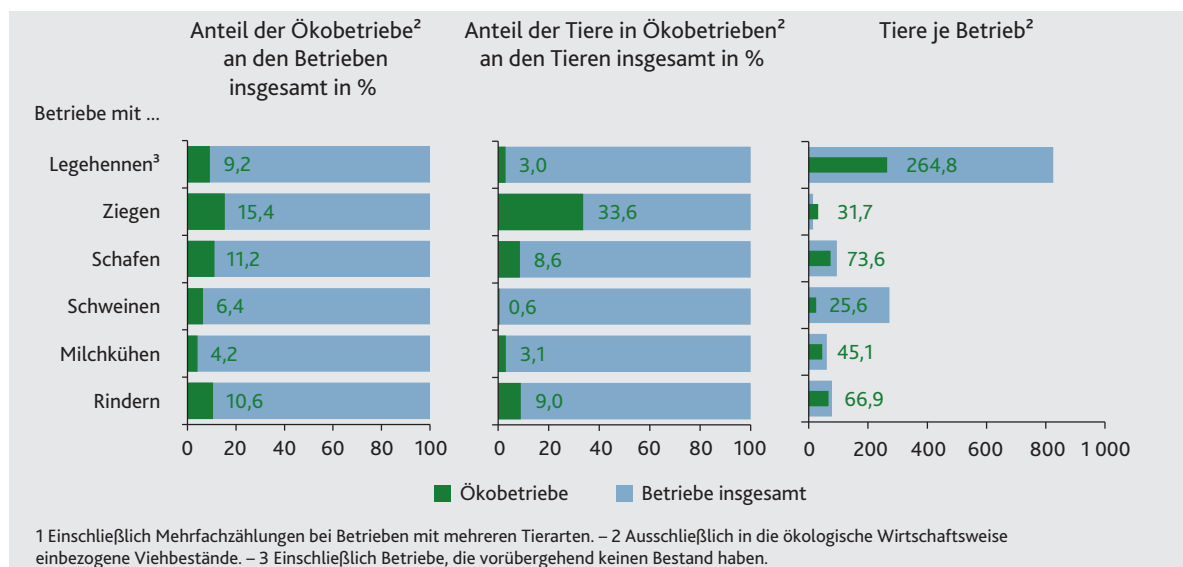
1 Ausschließlich in die ökologische Viehhaltung einbezogene Tierbestände der jeweiligen Tierart. – 2 Einschließlich Mehrfachzählungen bei Betrieben mit mehreren Tierarten. – 3 Einschließlich Betriebe, die vorübergehend keinen Bestand haben.

Etwa jeder zweite Ökobetrieb hält Vieh

Von den 1 241 Ökobetrieben hielten 663 Betriebe Vieh². Davon betrieben 597 eine ökologisch/biologischen Produktion nach den Vorschriften der EG-Öko-Basisverordnung. Danach ist eine Tierhaltung verboten, bei der der Tierhalter keine landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschaftet und keine schriftliche Vereinbarung mit einem anderen Betrieb trifft, der den ökologischen/biologischen Produktionsvorschriften

2 Erfasst werden Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Hühner und Einhufer.

G 8

Betriebe mit Viehhaltung 2016 nach Art der Wirtschaftsweise und Tierarten¹

ten genügt. Auslauf oder Weidegang ist für alle Nutztiere vorgeschrieben. Ställe mit vollständig perforierten Bodenflächen (Vollspaltenböden, Flatdecks, Käfige) sind nicht zugelassen. Der Liegebereich für Säugetiere muss eingestreut sein. In Geflügelbetrieben wird die Boden- oder Volierenhaltung mit Grünauslauf gefordert.

Die Mehrheit der Betriebe mit ökologischer Viehhaltung hält Rinder (460 Betriebe; 77 Prozent). Es werden nur Fallzahlen für einzelne Tierarten oder Nutzungsrichtungen (z. B. Milchkühe bei Rindern) ausgewertet. Informationen darüber, inwieweit ein Betrieb ausschließlich Rinder oder auch andere Tierarten ökologisch hält, liegen nicht vor.

Bezogen auf alle Viehhalter in Rheinland-Pfalz hielten neun Prozent ihre Tiere nach ökologischen Maßstäben; in Deutschland waren es nur 7,5 Prozent. Ursächlich für die abweichenden Anteile dürften Unterschiede in den Produktionszweigen und dem Spezialisierungsgrad der tierischen Erzeugung sein. Wegen der Vielzahl der Weinbaubetriebe entfallen auf

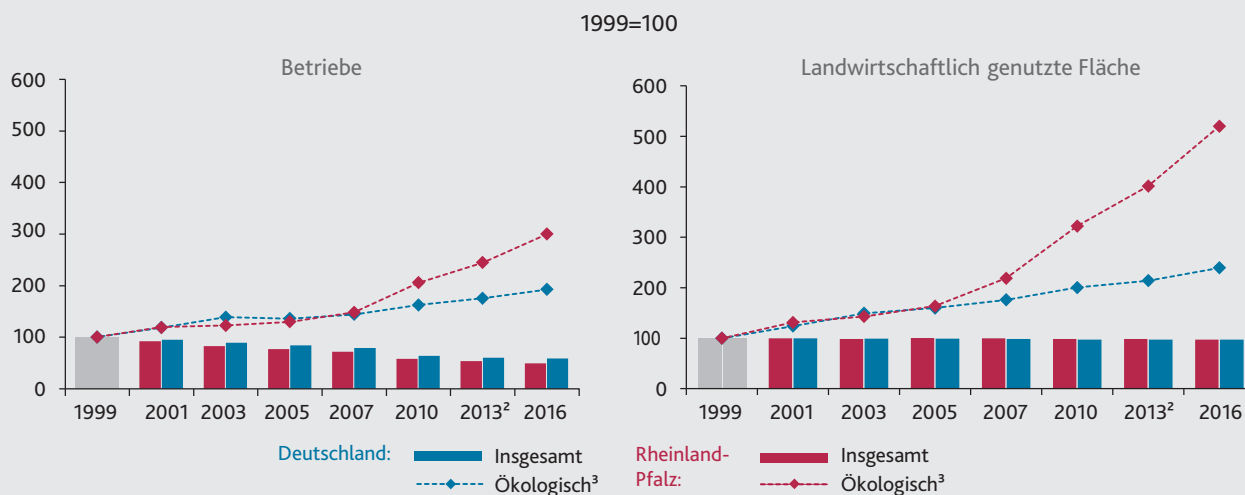
viehhaltende Betriebe in Rheinland-Pfalz nur ein Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe; in Deutschland sind es etwa zwei Drittel mit einer teilweise intensiven Produktion.

Je nach Tierart ist die Häufigkeit der Umstellung auf eine nach den Vorschriften der EG-Öko-Verordnung 834/2007 artgerechte Bestandsführung verschieden. Auch die Größe der Tierbestände unterscheidet sich im Vergleich mit den Betrieben insgesamt.

Den höchsten Anteil an ökologischen Tierhaltungen gab es 2016 unter den 395 rheinland-pfälzischen Betrieben mit Ziegen. Davon hatten 61 Betriebe (15 Prozent) ihre Bestände umgestellt. Sie hielten ein Drittel aller Ziegen. Von den rund 1900 Milcherzeugern im Land produzierten nur 4,2 Prozent unter ökologischen Haltungsbedingungen; in diesen Betrieben standen 3,1 Prozent der Milchkühe.

In der Regel ist bei den wichtigen Nutztierarten die Zahl der im Durchschnitt je Betrieb gehaltenen Tiere in der ökologischen Tierhal-

G 9

Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche in Rheinland-Pfalz und Deutschland 1999–2016
nach Art der Bewirtschaftung¹

¹ Ab 2010 höhere untere Erfassungsgrenzen. – ² Stichprobe. – ³ Einschließlich Betriebe mit nicht vollständig ökologischer Bewirtschaftung der LF und Betriebe mit ökologischer Viehhaltung ohne ökologische Flächennutzung.

tung kleiner als bei den Betrieben insgesamt; nur in der Ziegenhaltung ist der Bestand je Betrieb größer. Möglicherweise werden Ziegen überwiegend in Kleinstbeständen, wohl mehr aus Liebhaberei, gehalten.

Dynamische Entwicklung

Seit der ersten Erhebung im Jahr 1999 hat sich die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe in Rheinland-Pfalz mehr als verdreifacht und die landwirtschaftlich genutzte Fläche in der Hand ökologisch wirtschaftender Betriebe hat auf mehr als das Fünffache zugenommen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt war in diesem Zeitraum rückläufig. In Deutschland zeigt sich in abgeschwächter Form ebenfalls eine positive Entwicklung. Im Vergleich mit Deutschland verlief in Rheinland-Pfalz die Zunahme bei der Fläche deutlich dynamischer.

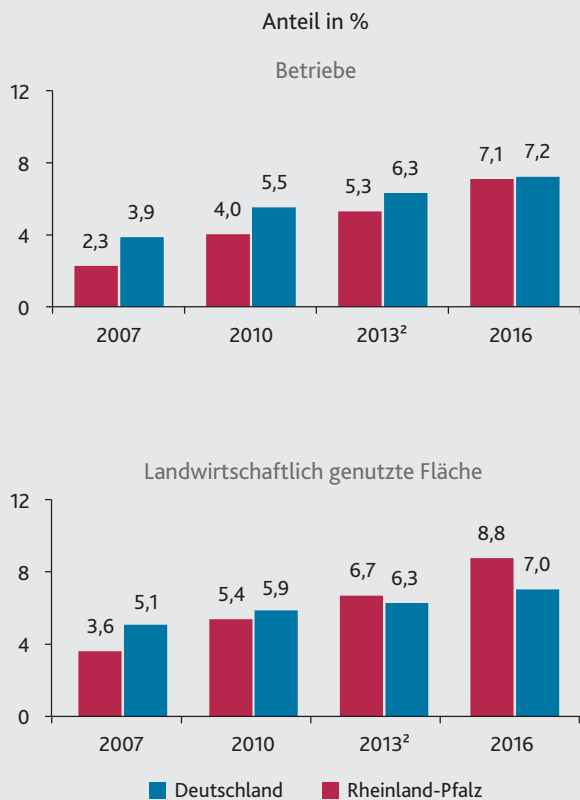
Unterschiede bei der Entwicklung des ökologischen Anbaus in Rheinland-Pfalz und in Deutschland sind vor dem Hintergrund der

verschiedenen Betriebsstrukturen und Produktionsausrichtungen zu werten. Daneben sind die Ausgestaltung der Förderung und die Intensität einer begleitenden Betreuung in den einzelnen Bundesländern zu berücksichtigen.

In den Jahren 2007 bis 2010 ist die Zahl der Betriebe und die Fläche um jeweils mehr als 40 Prozent gestiegen. Hierauf dürften die Rahmenbedingungen für die Förderung einen Einfluss gehabt haben: In den zwei Jahren vor Umstellung auf die Förderperiode 2007 bis 2013 durch das neue Programm-Agrar-Umwelt-Landschaft (PAULa) führten Unsicherheiten bezüglich der Bereitstellung der EU-Mittel zu einer Aussetzung und Einschränkung für die Antragsverfahren. Ab 2010 wurden die Förderprämien für Acker- und Grünlandflächen für Neueinsteiger und auslaufende Verträge erhöht. Ab Dezember 2012 galten in allen Produktionsbereichen um 20 bis 25 Prozent erhöhte Prämiensätze. Im Vergleich der Erhebungsergebnisse der Jahre 2010 und 2013 macht sich dies in einem

Zunahme mit
Beginn der
Förderperiode
2007 bis 2013

G 10

Ökologischer Landbau in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2007–2016¹

¹ Ab 2010 höhere untere Erfassungsgrenzen. – ² Stichprobe.

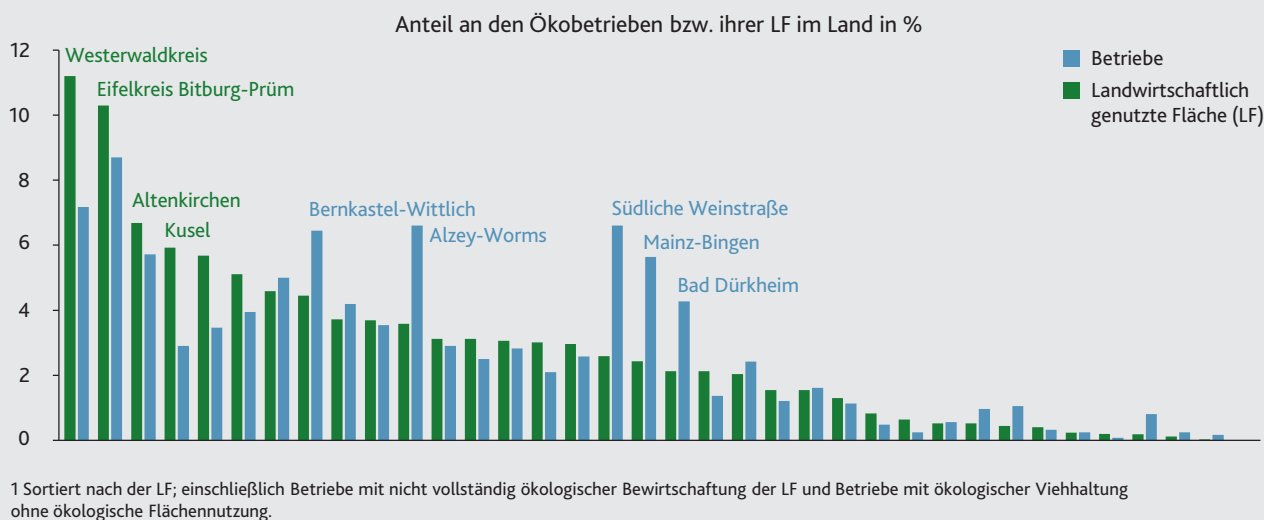
Anstieg der Zahl der Betriebe und der Fläche bemerkbar (+20 bzw. +25 Prozent). Vor dem Hintergrund weiterer Prämienanpassungen ab 2015 belief sich im folgenden Dreijahreszeitraum 2013 bis 2016 die Zunahme bei den Betrieben auf 24 Prozent und bei der Fläche auf 29 Prozent.

Von den 411 Betrieben, die zwischen 2010 und 2016 ihre Ausrichtung umstellten, waren 58 Prozent Futterbaubetriebe, 20 Prozent Ackerbaubetriebe und 16 Prozent Dauerkulturbetriebe. Insgesamt bewirtschafteten sie rund 23 300 Hektar. Gut zwei Drittel der Fläche bearbeiten die Futterbaubetriebe. Im betrachteten Zeitraum hat der Anteil der Betriebe des ökologischen Landbaus um 3,1 Prozentpunkte auf 7,1 Prozent und der Anteil der Fläche um 3,4 Prozentpunkte auf 8,8 Prozent zugenommen.

Ein Drittel der Ökofläche in vier Landkreisen

Der hohe Anteil der flächenstarken Futterbaubetriebe bestimmt auch die Verteilung

G 11

Ökologischer Landbau 2016¹ nach Landkreisen und kreisfreien Städten

des ökologischen Anbaus im Land. Von der LF aller Ökobetriebe entfallen gut elf Prozent auf den Westerwaldkreis, gefolgt vom Eifelkreis Bitburg-Prüm (zehn Prozent) und dem Landkreis Altenkirchen (6,7 Prozent).

Der Eifelkreis Bitburg-Prüm und der Westerwaldkreis rangieren auch bei den beteiligten Betrieben an der Spitze mit 8,7 bzw. 7,2 Prozent. Der Landkreis Altenkirchen steht mit 5,7 Prozent auf Platz sechs. Höhere Anteile haben die Landkreise Alzey-Worms (6,6 Prozent), Südliche Weinstraße (6,6 Prozent) und Bernkastel-Wittlich (6,4 Prozent).

Im Westerwaldkreis und im Kreis Altenkirchen werden von den im Landkreis ansässigen Betrieben mehr als 20 Prozent der LF ökologisch bewirtschaftet. In zehn weiteren Landkreisen in Rheinland-Pfalz liegt der Anteil zwischen zehn und 20 Prozent.

Dr. Birgit Hübbers ist Referentin im Referat „Analysen, Auftragsarbeiten, FDZ“ und Tim Leidecker ist Mitarbeiter im Referat „Landwirtschaft, Weinbau, Landwirtschaft, Umwelt, Energie“.

Einbürgerungen 2017



Von Andrea Heßberger

Im Verlauf des Jahres 2017 erhielten landesweit rund 5 900 ausländische Staatsangehörige oder Staatenlose auf ihren Antrag hin die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung. Die Eingebürgerten stammten aus rund 130 Nationen und verteilten sich über alle Altersgruppen. Die meisten von ihnen lebten bereits seit deutlich mehr als acht Jahren in Deutschland. Im

Regionalvergleich zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen zeigen sich sichtbare Unterschiede in der Zahl der Einbürgerungen.

Rund 5 900 Eingebürgerte im Jahr 2017

Im Jahr 2017 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 5 881 Personen eingebürgert, davon waren 3 339 Frauen und Mädchen sowie 2 542 Männer und Jungen.

Mit der Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit erhalten die eingebürgerten Personen die gleichen Rechte und Pflichten wie diejenigen, die aus anderen Rechtsgründen, beispielsweise durch Geburt als Kind deutscher Eltern, die deutsche Staatsangehörigkeit erlangt haben. Dies sind beispielsweise:

- allgemeines Wahlrecht,
- sogenannte Deutschengrundrechte¹,
- unverwirkbares Aufenthaltsrecht,
- Zugang zum Beamtenstatus,
- EU-Freizügigkeit,
- konsularischer Schutz im Ausland,
- Visafreiheit in vielen Ländern der Welt.

1 Art. 8 GG Versammlungsfreiheit, Art. 9 Abs. 1 GG Vereinigungsfreiheit, Art. 11 GG Freizügigkeit, Art. 12 GG Berufsfreiheit.

Die Zahl der Einbürgerungen lag im vergangenen Jahr rund drei Prozent unter der von 2016, überstieg aber dennoch die jeweiligen Einbürgerungszahlen der Vorjahre. Eine deutlich höhere Anzahl hatte es zuletzt in 2007 gegeben; seinerzeit hatten 6 667 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhalten.

Die diesem Beitrag zugrundeliegenden Zahlen stammen aus der Einbürgerungsstatistik. Basisdaten für diese Statistik werden den Statistischen Landesämtern regelmäßig von den Einbürgerungsbehörden bereitgestellt. In Rheinland-Pfalz sind die Einbürgerungsbehörden Teil der Verwaltungen der kreisfreien Städte und Landkreise. Diese übermitteln für alle im Jahresverlauf Eingebürgerten Angaben zu bisherigen sowie gegebenenfalls – nach der Einbürgerung – fortbestehenden Staatsangehörigkeiten, zum Rechtsgrund der Einbürgerung, zur Aufenthaltsdauer in Deutschland sowie zu Geschlecht, Alter und Familienstand.

Einbürgerungsstatistik liefert Zahlen zum Integrationsgeschehen

G 1

Eingebürgerte 2000–2017 nach Geschlecht



Deutlich mehr Anspruchs- als Ermessenseinbürgerungen

Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an verschiedene Voraussetzungen geknüpft

Ein Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit kann insbesondere durch Geburt in Deutschland, durch Anerkennung des Spätaussiedlerstatus oder durch Einbürgerung erfolgen. Bei Letzterem wird zwischen Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen unterschieden.² Ein Anspruch auf den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung haben hiernach insbesondere Personen, die seit mehreren Jahren in Deutschland leben, wenn sie zusätzliche gesetzlich festgelegte Voraussetzungen erfüllen, die auf eine hinreichende Integration in die deutsche Gesellschaft schließen lassen. Hierzu zählen unter anderem der Nachweis über Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland (Einbürgerungstest), die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts, hinreichende mündliche und schrift-

liche deutsche Sprachkenntnisse, keine Verurteilung wegen einer Straftat sowie das Bekenntnis zu den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten und damit zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Bei einer Ermessenseinbürgerung beruht die Einbürgerung nicht auf einem durch Gesetz eingeräumten Anspruch, sondern auf einer Entscheidung, die der Gesetzgeber in das Ermessen der Einbürgerungsbehörde gestellt hat. Maßgeblich ist auch in diesen Fällen, in denen nicht alle gesetzlichen Voraussetzungen für eine Anspruchseinbürgerung bestehen, dass bestimmte Mindestanforderungen für die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft erfüllt sind und dass zudem beispielsweise ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung besteht.

Im Vorjahr erhielten landesweit mit mehr als 80 Prozent (4 859) die meisten Eingebürgerten die deutsche Staatsangehörigkeit im Zuge einer Anspruchseinbürgerung. Darunter waren 4 499 Personen, die sich im Jahr 2017 seit mindestens acht Jahren in Deutschland aufgehalten und zusätzlich die oben angeführten Integrationskriterien

Gros der Einbürgerungen sind Anspruchs-einbürgerungen

² Gesetzliche Grundlage zur Einbürgerung ausländischer Personen bildet insbesondere das Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG). Das Staatsangehörigkeitsrecht ist im Jahr 2000 grundlegend reformiert worden.

vollständig erfüllt hatten. Im Ermessen der Einbürgerungsbehörden erlangten weitere 1022 Ausländerinnen und Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit. Dies waren insbesondere Ehepartnerinnen und Ehepartner oder minderjährige Kinder von Ausländerinnen und Ausländern, denen eine Anspruchseinbürgerung zuerkannt worden war, sowie Ehe- oder Lebenspartnerinnen und -partner von Deutschen.

Einbürgerung setzt grundsätzlich mehr-jährigen Aufenthalt in Deutschland voraus

Wie bereits dargelegt, ist eine grundlegende Voraussetzung für die Anspruchseinbürgerung, dass sich die Antragsteller seit mehreren Jahren rechtmäßig in Deutschland aufgehalten haben. Als Regeldauer hat der Gesetzgeber eine Frist von acht Jahren vorgegeben. Insgesamt 388 Ausländerinnen und Ausländer (6,6 Prozent), die im Verlauf des Jahres 2017 in Rheinland-Pfalz eingebürgert wurden, erhielten ihre Einbürgerungsurkunde bereits in ihrem achten Aufenthaltsjahr in Deutschland. Weiteren 1004 Personen (17 Prozent) wurde die deutsche Staatsangehörigkeit schon vor Erreichen dieser gesetzlichen Standardfrist zuerkannt. Nach sechs- bzw. siebenjährigem Aufenthalt erhielten 257 bzw. 252 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft, darunter einige, die durch Nachweis bestimmter Integrationsleistungen ihre Frist zum Anspruch auf Einbürgerung verkürzen konnten. Zu diesen Integrationsleistungen zählen beispielsweise die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs oder der Nachweis besonders guter Deutschkenntnisse.

Rund 24 Prozent der Eingebürgerten lebten bereits neun bis unter 15 Jahre in Deutschland. Mehr als 17 Prozent bzw. annähernd

20 Prozent waren vor Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft 15 bis unter 20 bzw. 20 bis unter 30 Jahre hierzulande ansässig gewesen. Fast 15 Prozent der Eingebürgerten hatten sich sogar 30 oder mehr Jahre in Deutschland aufgehalten, bevor sie im Laufe des Jahres 2017 die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Das Gros der Eingebürgerten hatte demnach bereits deutlich mehr als acht Jahre in Deutschland gelebt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag bei 15 Jahren. Diese ist seit 2010 um insgesamt vier Jahre angestiegen. Auch bei Beschränkung auf ausschließlich Volljährige zeigt sich die gleiche Entwicklung. Während 2010 die durchschnittliche Aufenthaltsdauer Erwachsener vor Einbürgerung noch bei zwölf Jahren gelegen hatte, betrug sie im vergangenen Jahr bereits 17 Jahre. Ursächlich für diese Entwicklung könnte unter anderem sein, dass ausländische Staatsangehörige zunehmend erst in höherem Alter einen Einbürgerungsantrag stellen.

Einbürgerungen in allen Altersgruppen

Tatsächlich wurden im vergangenen Jahr Ausländerinnen und Ausländer allen Alters, von Säuglingen bis hin zu Hochbetagten, eingebürgert. Annähernd 15 Prozent der eingebürgerten Personen waren minderjährig, rund 85 Prozent hatten demnach ihr 18. Lebensjahr bereits vollendet.

Unverkennbar ist ein Trend zur Einbürgerung im höheren Lebensalter. Waren im Jahr 2000 noch rund 34 Prozent der Betroffenen unter 20 Jahre alt, lag der entsprechende Anteilswert im Jahr 2017 nur noch bei 19 Prozent. Der Anteil der 20- bis unter 40-Jährigen ist im Vergleich der beiden Jahre mit 44 Prozent in 2017 bzw. 45 Prozent in 2000 fast unverändert geblieben. Hingegen fiel der Anteil

Aufenthaltsdauer vor Einbürgerung merklich angestiegen

T 1

Eingebürgerte 2017 nach Altersgruppen und Familienstand

Alter in Jahren	Insgesamt		Darunter	
	Anzahl	Anteile in %	verheiratet	ledig
Unter 10	323	5,5	-	323
10 – 20	797	13,6	-	797
20 – 30	1 184	20,1	263	906
30 – 40	1 378	23,4	949	327
40 – 50	1 143	19,4	861	111
50 – 60	495	8,4	378	24
60 und älter	561	9,5	438	18
Unter 18	858	14,6	-	858
18 und älter	5 023	85,4	2 889	1 648
Insgesamt	5 881	100	2 889	2 506

der Personen im Alter von 40 bis unter 50 Jahren 2017 mit 19 Prozent rund 6 Prozentpunkte höher aus als noch im Jahr 2000. Auch die darüber liegende Altersgruppe ist inzwischen deutlich stärker besetzt. Im Jahr 2017 hatten annähernd 18 Prozent der Eingebürgerten bereits das 50. Lebensjahr vollendet; dies waren fast elf Prozentpunkte mehr als noch zur Jahrtausendwende.

Gros der
Eingebürgerten
ist verheiratet

Mit 57,5 Prozent waren mehr als die Hälfte der volljährigen Eingebürgerten verheiratet, weitere 33 Prozent waren ledig. Die restlichen rund zehn Prozent derjenigen Erwachsenen, die im vergangenen Jahr die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhielten, entfielen auf Geschiedene (knapp acht Prozent) sowie Verwitwete und einige wenige Personen in einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft (zusammen fast zwei Prozent). Gegenüber der Jahrtausendwende haben damit die Anteile der Eingebürgerten bei ledigen bzw. geschiedenen Erwachsenen deutlich zugenommen (+9 bzw. +4,4 Prozentpunkte), stark abgenommen hat hingegen der Anteil Verheirateter (–14 Prozentpunkte). Bei insgesamt gestiegenem Altersdurchschnitt

zum Zeitpunkt der Einbürgerung ist dies ein Indiz dafür, dass auch die Gruppe der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger vom allgemein zu beobachtenden Wandel der Lebensformen betroffen ist. Inwieweit die stattgefundene Veränderung der Familienstandstruktur mit der veränderten Aufenthaltsdauer in Deutschland, der Altersstruktur sowie gegebenenfalls der nationalitätenspezifischen Zusammensetzung der Gruppe Eingebürgerter zusammenhängt, wurde bislang noch nicht untersucht.

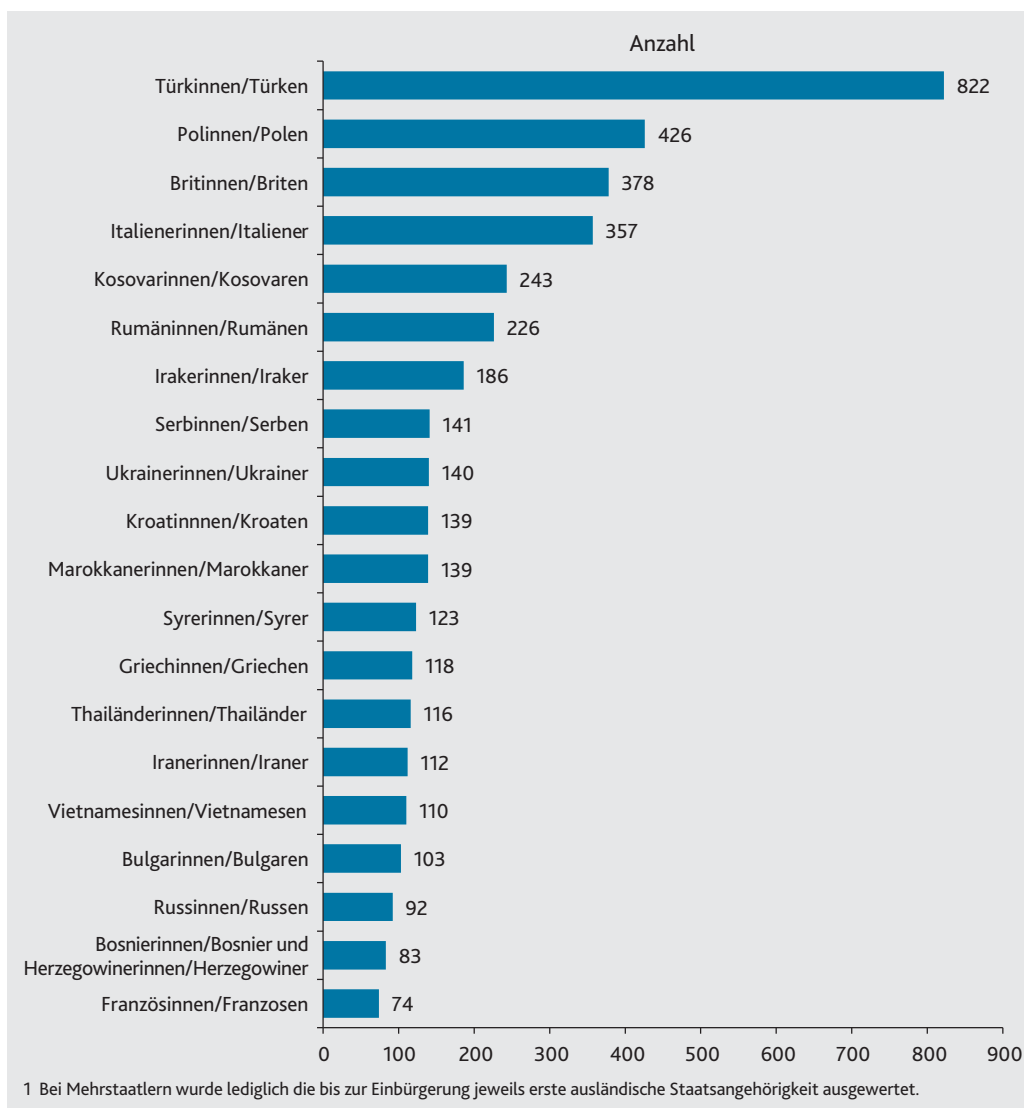
Eingebürgerte entstammen rund 130 unterschiedlichen Nationen

Rund 14 Prozent und damit die meisten der im Jahr 2017 eingebürgerten Personen hatten zuvor die türkische Staatsangehörigkeit (822). In der Rangfolge der am häufigsten eingebürgerten Nationalitäten folgten 426 Polinnen und Polen (7,2 Prozent), 378 Britinnen und Briten (6,4 Prozent), 357 Italienerinnen und Italiener (6,2 Prozent) sowie 243 Kosovarinnen und Kosovaren (4,1 Prozent).³ Die hier dargestellte Rang-

Türkei absolut
häufigste ver-
tretene Nation

³ Bei Mehrstaatlern wurde lediglich die bis zur Einbürgerung jeweils erste ausländische Staatsangehörigkeit ausgewertet.

G 2

Eingebürgerte 2017 nach ausgewählten bisherigen Staatsangehörigkeiten¹

folge wird maßgeblich dadurch beeinflusst, dass Türkinnen und Türken sowie Polinnen und Polen auch im Jahresdurchschnitt 2016 mit deutlichem Abstand die Liste der am häufigsten vertretenen Nationalitäten unter der ausländischen Bevölkerung anführten. Auch Italienerinnen und Italiener sowie Kosovarinnen und Kosovaren lagen mit den Listenplätzen drei und acht relativ weit vorne. Hingegen belegten Britinnen und Briten unter der ausländischen Bevölkerung lediglich Rang 23. Dass im Vergleich zu den

vorhergehenden Jahrzehnten im Verlauf des Jahres 2017 wie schon im Vorjahr auffällig mehr Britinnen und Briten die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten, könnte Folge des im Juni 2016 stattgefundenen Brexit-Referendums sein.

Um eine Einschätzung über die Einbürgerungsneigung nach Nationalitäten zu erhalten, lassen sich sogenannte Einbürgerungsquoten errechnen. In diesen Kennzahlen wird die Zahl der im Laufe eines Jahres

Einbürgerungs-
quote gibt
Hinweise auf
Einbürgerungs-
neigung

Eingebürgerten zur Zahl der hierzulande lebenden Ausländerinnen und Ausländern ins Verhältnis gesetzt. Bezogen auf die Zahl der im Jahresdurchschnitt 2016 im Ausländerzentralregister registrierten Ausländerinnen und Ausländer und dabei beschränkt auf die Nationalitäten, die im Ausländerzentralregister mit mindestens 100 Personen vertreten waren, ergaben sich die höchsten Einbürgerungsquoten bei Britinnen und Briten (8,6 Prozent), Kamerunerinnen und Kamerunern (7,4 Prozent), Togoerinnen und Togoern (sieben Prozent), Irakerinnen und Irakern (6,9 Prozent) sowie Kongolesinnen und Kongolesen (6,6 Prozent). Türkinnen und Türken belegten – bei Bezugnahme auf die jeweilige Zahl der hier lebenden Landsleute – mit 1,4 Prozent lediglich den Rang 52. Trotz hoher Absolutzahlen entsprach die Einbürgerungsquote der türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger damit etwa dem sich nationalitätenübergreifend ergebenden Landeswert.

Zahl der Einbürgerungen variiert im Regionalvergleich

In Ludwigshafen wie in Vorjahren höchste Zahl an Einbürgerungen

Die absolut gesehen meisten Einbürgerungen erfolgten im Jahr 2017 in den kreisfreien Städten Ludwigshafen am Rhein (866), Mainz (570) und Koblenz (278). Die wenigsten Einbürgerungen wurden im Landkreis Cochem-Zell (13), in der kreisfreien Stadt Zweibrücken (16) sowie in der Südpfalz (23) sowie vollzogen.

In den kreisfreien Städten von Rheinland-Pfalz gab es – gemessen an der Zahl der im Jahresdurchschnitt 2016 im Ausländerzentralregister registrierten Ausländerinnen und Ausländer – mit 1,7 Prozent relativ gesehen mehr Einbürgerungen als in den Landkreisen (1,2 Prozent). Die Spanne der regionalen Ein-

bürgerungsquoten reichte in den kreisfreien Städten von zwei Prozent in Ludwigshafen am Rhein bis zu rund 0,5 Prozent in Zweibrücken. Vergleicht man die Landkreise, so erhielten in Ahrweiler 2,1 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer eine Einbürgerungsurkunde, in Cochem-Zell waren es nur 0,3 Prozent.

Somit zeigen sich sowohl in den kreisfreien Städten als auch in den Landkreisen deutliche Unterschiede in der Zahl der Einbürgerungen. Inwieweit diese Differenzen beispielsweise mit einer unterschiedlichen Zahl sowie der jeweiligen demografischen und sozioökonomischen Struktur der regional ansässigen Ausländerinnen und Ausländern zusammenhängt und gegebenenfalls zusätzlich durch Bearbeitungskapazitäten in den Einbürgerungsbehörden beeinflusst wird, ist bislang offen.

Fazit

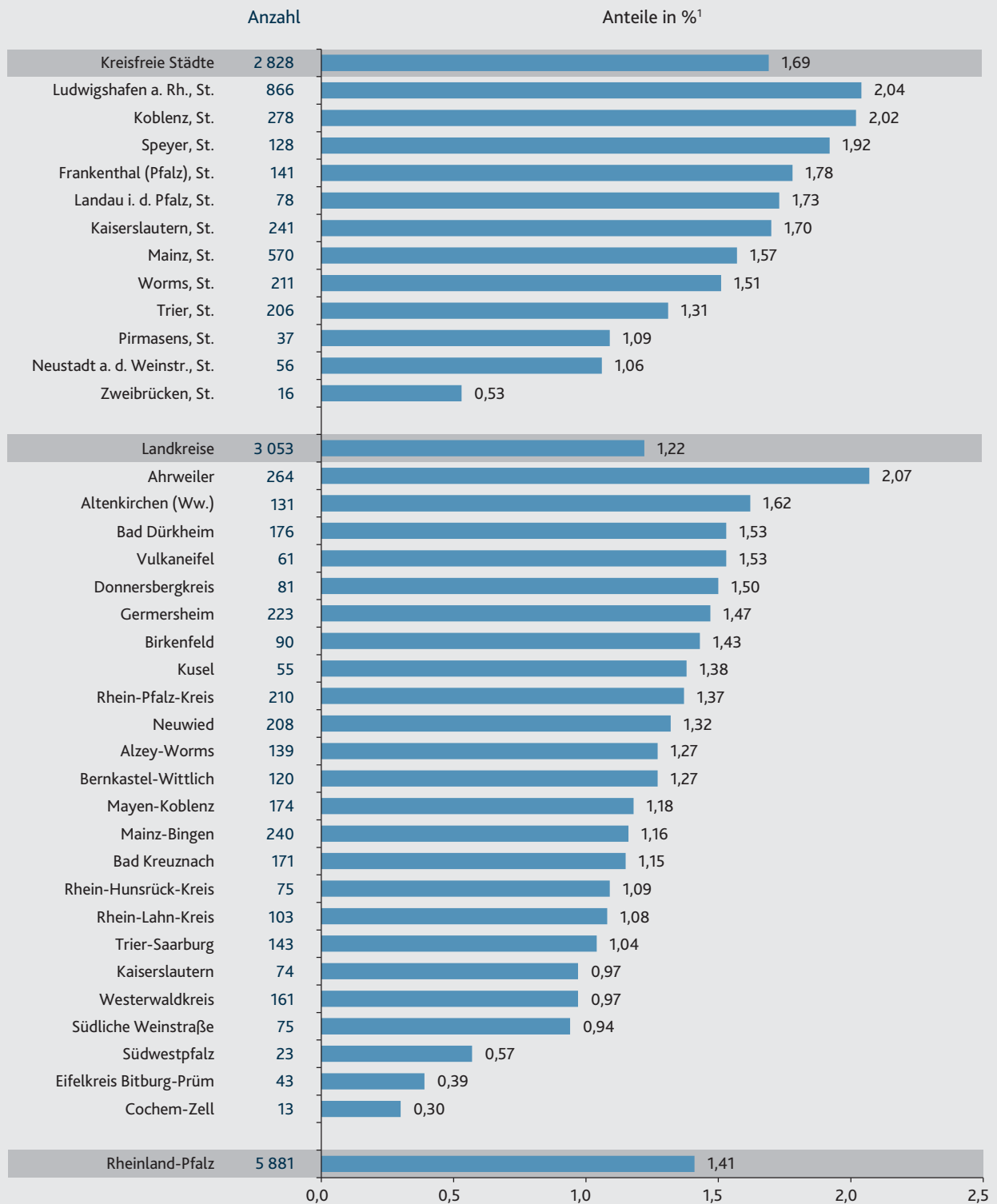
In Rheinland-Pfalz erhielten im vergangenen Jahr Ausländerinnen und Ausländer aus rund 130 Nationen die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung. Die meisten von ihnen lebten bereits deutlich länger als acht Jahre in Deutschland. Von Einbürgerungen betroffen waren Personen aller Altersgruppen, wobei sich ein Trend zur Einbürgerung in höherem Lebensalter andeutet. Die Ergebnisse zeigen, dass die Zahl der Einbürgerungen von einer Vielzahl von Faktoren abhängt. Ein Antrag auf Einbürgerung wird von den Betroffenen aus unterschiedlichsten Gründen gestellt und die Einbürgerung je nach individuellen Voraussetzungen vollzogen.

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass sich die Zahl der Eingebürgerten regional deutlich unterscheidet. Hierfür könnten auch temporär schwankende Bearbeitungskapazitäten in

Einbürgerungsquote in kreisfreien Städten höher als in Landkreisen

G 3

Eingebürgerte 2017 nach Verwaltungsbezirken



¹ Bezogen auf die ausländische Bevölkerung im Jahresdurchschnitt 2016 gemäß Ausländerzentralregister.

den kommunalen Stellen zur Bearbeitung der Einbürgerungsanträge ursächlich sein. Das Ausmaß von Einbürgerungen dürfte zudem mit der Anzahl und der regionalen Verteilung der hierzulande lebenden Ausländerinnen und Ausländern zusammenhängen, die – gegebenenfalls aktuell oder künftig unter Erfüllung von Aufenthaltsfristen und sonstiger notwendiger Integrationskriterien – Potenzial zur Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit haben. Demnach bleibt –

auch unter Berücksichtigung des aktuellen Geschehens der Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern – abzuwarten, wie sich die Zahl der Einbürgerungen langfristig entwickeln wird.

Andrea Heßberger ist Referentin im Referat „Bevölkerung, Gebiet, Zensus“.

Nachwachskräfte im Gesundheitssektor

Entwicklung der Zahlen der Auszubildenden und Studierenden



Von Dr. Marco Schröder

Eine alternde Bevölkerung, wachsende gesundheitsbezogene Bedürfnisse, zuverlässigere und umfangreichere Möglichkeiten der Diagnostik, die Anerkennung psychosozialer Erkrankungen, Bewegungsmangel sowie veränderte Belastungen am Arbeitsplatz erfordern ein Gesundheitssystem, das eine adäquate Betreuung, eine fortschrittliche medizintechnische Entwicklung, präventive gesundheitsfördernde Maßnahmen und flächendeckende kurative Behandlungsmöglichkeiten anbietet. Um dies zu gewährleisten, ist es erforderlich, dass die den Tätigkeiten entsprechend qualifizierte personelle Ausstattung des Gesundheitssektors in den Bereichen Medizin, Pharmazie, Therapie, Medizintechnik und Gesundheitswirtschaft sichergestellt ist. Dazu gehört insbesondere die Nachwuchsförderung in medizinischen und gesundheitsbezogenen Berufen. Hierzu stellt das Statistische Landesamt umfangreiche Daten zur beruflichen und akademischen Ausbildung zur Verfügung.

Kategorisierung der Gesundheitsberufe

Differenzierung der Gesundheitsberufe

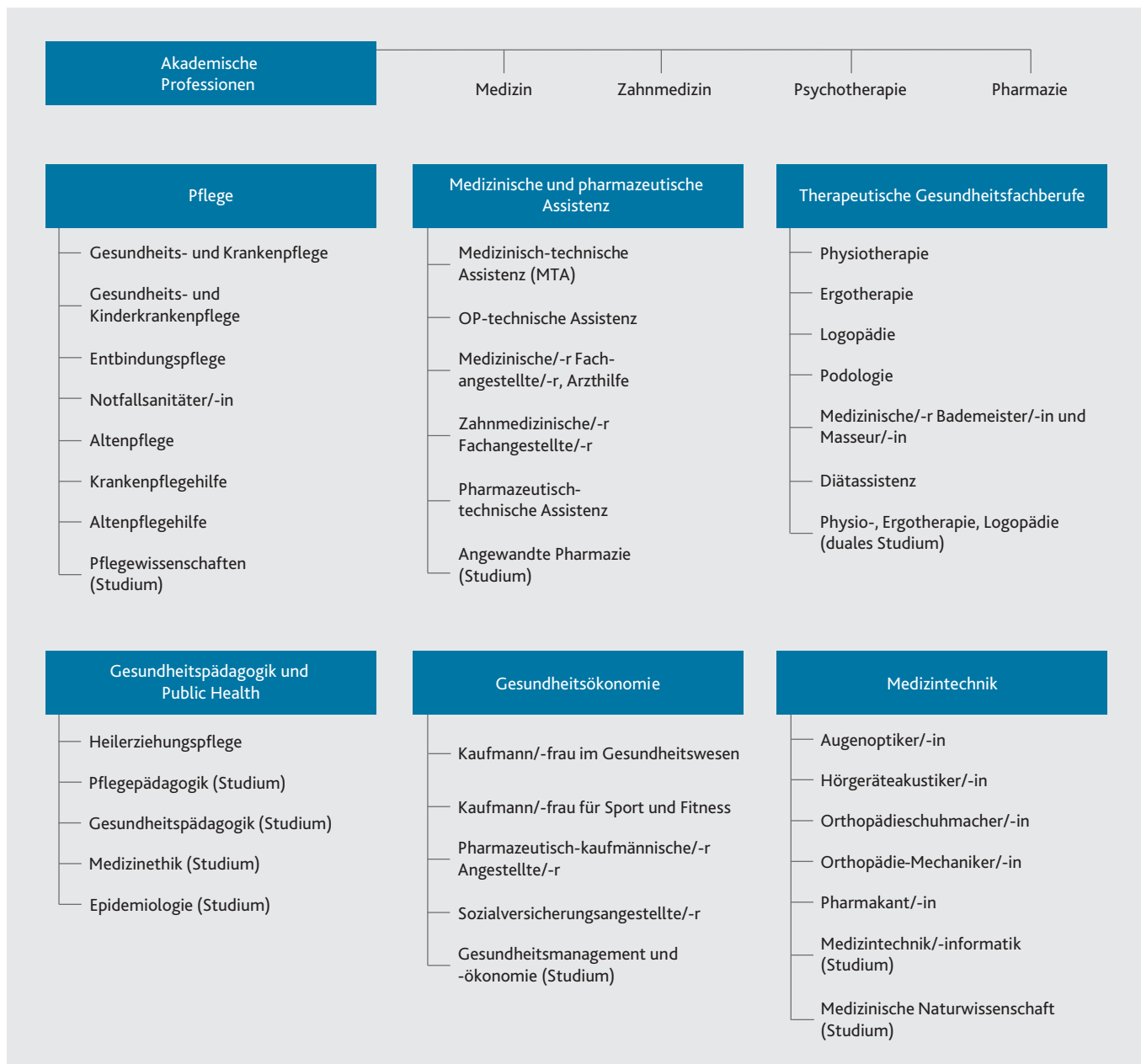
Durch die zunehmende Differenzierung und Hybridisierung, die rasante Entwicklung und unterschiedliche landesspezifische Regelungen der Berufe im Gesundheitswesen wird eine eindeutige Berufsklassifikation erschwert. Nach dem Bundesministerium für Gesundheit gibt es keine Definition des Begriffs der Gesundheitsberufe. „Allgemein werden darunter all die Berufe zusammengefasst, die im weitesten Sinne mit der Gesundheit zu tun haben“.¹ Auf der ande-

ren Seite bieten Institutionen wie die Bundesärztekammer, Gesundheitshochschulen oder die Bundesagentur für Arbeit Klassifikationen der Gesundheitsberufe an. Auffällig dabei ist, dass die strukturbildenden Zuordnungen zu unterschiedlichen Systematiken geführt haben. Dies begründet sich einerseits in den ungleichen Intentionen der Institutionen und andererseits in der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes. Hinzu kommt, dass sich aufgrund der zunehmenden Akademisierung des Gesundheitssektors die zu kategorisierenden Bereiche nicht durchgehend hierarchisch nach Ausbildungsgrad unterscheiden lassen.

¹ Bundesministerium für Gesundheit: Was sind Gesundheitsberufe? Berlin 2018.

Ü 1

Systematisierung der Ausbildungen und Studiengänge im Gesundheitswesen



Klassifikation der Gesundheitsberufe

Aufgrund der Besonderheiten des rheinland-pfälzischen Berufsbildungssystems und der Heterogenität der etablierten Definitionen ist es zweckmäßig, unter Einbeziehung der Vorkenntnisse eine Klassifikation und Kategorisierung induktiv aus der Materie selbst zu entwickeln. Dazu wurde auf Basis der in Rheinland-Pfalz angebotenen Ausbil-

dungsberufe, berufsbildenden Bildungsgänge und Studiengänge eine kategorial-induktive qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt.² Dabei wurden die Bildungsgang- und Studiengangbezeichnungen unter Einbeziehung

² Vgl. u. a. Mayring, P.: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim 1995, S. 55.

der Beschreibungen Kategorien zugeordnet, die sich im Wesentlichen aus dem Material selbst entwickelten. Im Ergebnis ließen sich alle gesundheitsbezogenen Bildungsgänge, Ausbildungsberufe und Studiengänge in folgende Gruppen unterteilen:

- Akademische Professionen
- Pflegeberufe
- Medizinische und pharmazeutische Assistenz
- Therapeutische Gesundheitsfachberufe
- Gesundheitspädagogik und Public Health
- Gesundheitsökonomie
- Medizintechnik

Diese Kategorisierung soll im Folgenden die Grundlage zu einer differenzierten Beschreibung der Entwicklungen der Zahl der Nachwuchskräfte im Gesundheitssektor bilden.

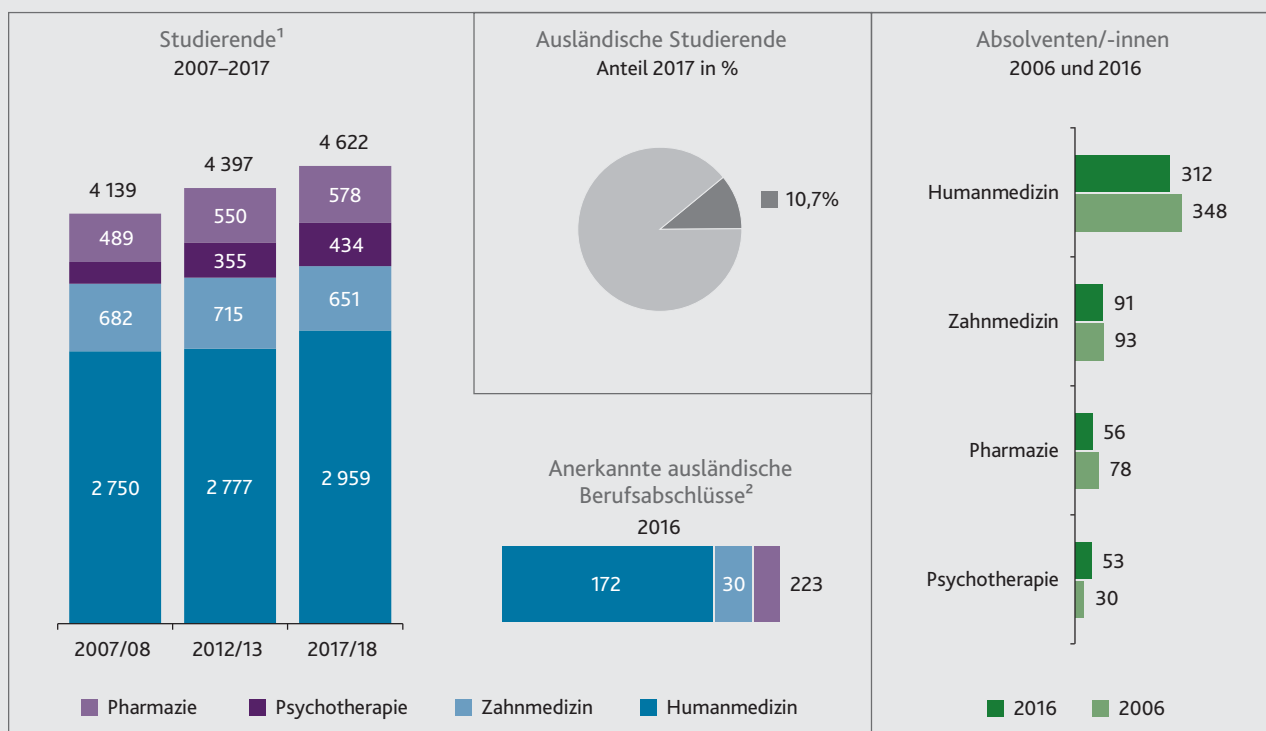
Akademische Professionen: Medizin, Zahnmedizin, Pharmazie und Psychotherapie

Zu den Nachwuchskräften in den akademischen Professionen zählen die Studierenden sowie Absolventinnen und Absolventen der Humanmedizin, Zahnmedizin, Pharmazie und Psychotherapie. Der Professionsbegriff wird für akademische Berufe verwendet, die durch einen herausragenden gesellschaftlichen Status, hohe Fachkompetenzen und ein Handlungsmandat gekennzeichnet sind. Mit einem Handlungsmandat ist gemeint, dass ausschließlich die in der Profession ausgebildeten Personen Zugang zu dem Berufsfeld haben. So ist es beispielsweise nicht zulässig, dass ein Ingenieur oder eine Ökonomin eine medizinische Operation durchführt.

Professionen
als akademische Berufe
mit hohem
Status

G 1

Studierende und Absolventen/-innen in akademischen Professionen des Gesundheitswesens 2007–2017 nach ausgewählten Merkmalen



1 Jeweils im Wintersemester. – 2 Nach Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG).

3 000 Studentinnen und Studenten der Medizin

Im Wintersemester 2017/18 studierten rund 3 000 Menschen Humanmedizin, gefolgt von Zahnmedizin (700), Pharmazie (600) und Psychotherapie (400). Rund 500 junge angehende Akademikerinnen und Akademiker bzw. elf Prozent der Studierenden einer medizinischen oder pharmazeutischen Profession hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit. Zwischen 2007/08 und 2017/18 stieg die Zahl der Studierenden in den medizinischen Professionen um zwölf Prozent. Dies ist besonders auf die gestiegene Zahl der angehenden Psychotherapeutinnen und -therapeuten (+99 Prozent) sowie der studierenden Medizinerinnen und Mediziner (+7,6 Prozent) und Pharmazeutinnen und Pharmazeuten (+18 Prozent) zurückzuführen. Die Zahl der Zahnmedizinistudenten ging hingegen leicht zurück (-4,5 Prozent). Die besonders positive Entwicklung der Studierendenzahl in der Psychotherapie begründet sich in der zunehmenden gesellschaftlichen Anerkennung psychosozialer Erkrankungen sowie im Fortschritt bei der Entwicklung verlässlicher diagnostischer Instrumente.

Rund 300 Medizinabsolventinnen und -absolventen

Im Jahr 2016 schlossen 312 Studierende das Medizinstudium in Rheinland-Pfalz erfolgreich mit dem ersten Staatsexamen ab. Hinzu kamen 172 Personen, deren im Ausland erworbener Medizinabschluss nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) vollständig anerkannt wurde und damit zur beruflichen Tätigkeit in Rheinland-Pfalz qualifizierte. Während die Studierendenzahl in der Medizin in den letzten zehn Jahren stieg, ging die Zahl der Medizinabsolventinnen und -absolventen zwischen 2006 und 2016 um zehn Prozent zurück. Noch deutlicher war der Rückgang bei den angehenden Pharmazeutinnen und Pharmazeuten: Ihre Absolventenzahl sank

um 28 Prozent. Dies ist möglicherweise auf die sinkende Attraktivität des Apothekerberufs zurückzuführen, da Apotheken zunehmend in Konkurrenz zum Versandhandel stehen und für die Tätigkeit in einem Pharmaunternehmen auch andere, weniger reglementierte Studiengänge qualifizieren, z. B. Chemie oder Biologie.

Pflegeberufe

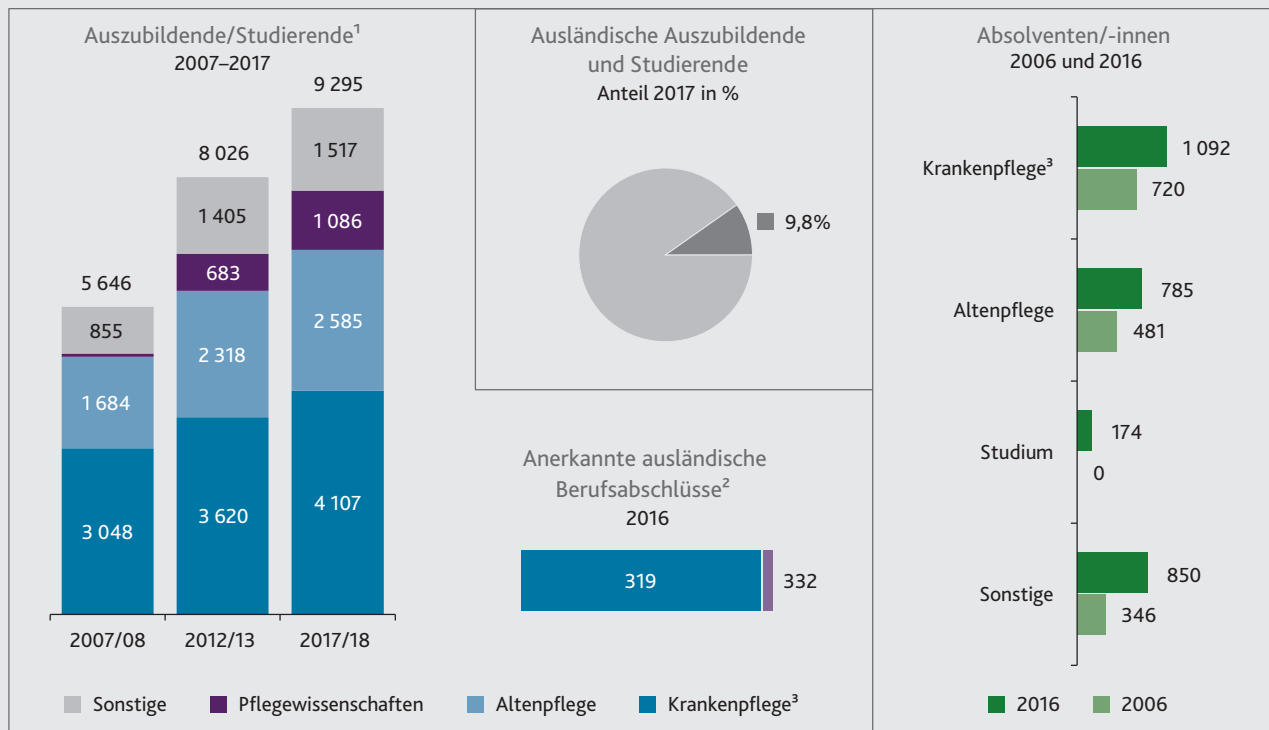
Mit zunehmendem Alter nimmt das Risiko einer Pflegebedürftigkeit oder einer schweren Erkrankung zu.³ In der Folge steigt bei einer alternden Bevölkerung auch die Nachfrage nach Pflegefachkräften. Dazu zählen neben Altenpflegerinnen und -pflegern auch Notfallsanitäterinnen und -sanitäter, Fachkräfte in der Gesundheits- und Krankenpflege, Entbindungspflege sowie Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Daneben sind auch noch die einjährigen Ausbildungen zur Krankenpflegehilfe und zur Altenpflegehilfe zu nennen. In Rheinland-Pfalz besteht die Besonderheit, dass Alten- und Krankenpflege in unterschiedlichen Schulsystemen ausgebildet werden. Während die Altenpflege- bzw. Altenpflegehilfeausbildung an Fachschulen erfolgt, die dem Bildungsministerium unterstellt sind, werden alle anderen Pflegeausbildungen an Schulen des Gesundheitswesens durchgeführt, deren Dienstaufsicht das Gesundheitsministerium ist.

Zunehmen-
der Bedarf
an Pflege-
fachkräften

Obwohl auch weiterhin eine hohe Nachfrage nach Altenpflegekräften besteht, kann eine positive Entwicklung der Auszubildendenzahl verzeichnet werden. Im Schuljahr 2017/18 besuchten in Rheinland-Pfalz 2 600 Schülerinnen und Schüler den Bildungsgang „Altenpflege“. Das waren 900 junge Erwachsene

Steigende Zahl
der Auszubil-
denden in der
Altenpflege

³ Vgl. Bundesministerium für Gesundheit: Beschäftigte in der Pflege. Berlin 2018.

**Auszubildende, Studierende und Absolventen/-innen in Pflegeberufen 2007–2017
nach ausgewählten Merkmalen**


1 Jeweils im Wintersemester. – 2 Nach Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG). – 3 Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege.

bzw. 54 Prozent mehr als 2007/08. Die Absolventenzahl stieg zwischen 2007 und 2017 um 63 Prozent. Dies ist vermutlich auf die hohe Nachfrage, die politisch unterstützte Förderung und die gesellschaftlich zunehmend positive Bewertung des Berufs zurückzuführen.

Zunehmende Auszubildendenzahl in der Gesundheits- und Krankenpflege

Dem Fachkräftenachwuchs der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege kann eine ähnlich positive Entwicklung wie in der Altenpflege attestiert werden. Im Zehnjahresvergleich stieg die Zahl der Auszubildenden von 3 000 auf 4 100 und die Absolventenzahl von 700 auf 1 100 an. Obwohl die Daten vor 2009 nur auf freiwilligen Angaben der Gesundheitsschulen beruhen, zeigen sich auch in neueren Vollerhebungen steigende Auszubildenden- und Absolventenzahlen.

Aufgrund des demografischen Wandels und konkurrierender beruflicher Werdegänge und Qualifikationen besteht auch Potenzial, mehr ausländische Nachwuchskräfte in Pflegeberufen zu gewinnen. Im Jahr 2017 hatte in Rheinland-Pfalz nur jede zehnte auszubildende Pflegefachkraft eine ausländische Staatsangehörigkeit. Mit dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) wird die Gewinnung weiterer ausländischer Fachkräfte gefördert. So konnten neben den Absolventinnen und Absolventen in den Pflegeberufen auch durch die Anerkennung ausländischer Abschlüsse Pflegefachkräfte gewonnen werden. Im Jahr 2016 wurden 332 Anträge zur Berufsqualifikationsfeststellung eines im Ausland erworbenen pflegeberuflichen Abschlusses in Rheinland-Pfalz als gleichwertig anerkannt.

Nur zehn Prozent mit ausländischer Staatsangehörigkeit

Beginnende
Akademisie-
rung der
Pflegerberufe

Bedingt durch steigende berufliche Anforderungen und die Professionalisierung der Gesundheitsberufe erfahren Pflegeberufe eine zunehmende Akademisierung. Um nicht nur für Managementaufgaben im Pflegebereich vorzubereiten, werden häufig duale Studiengänge angeboten, die sowohl zu einem Bachelor- als auch zu einem beruflichen Abschluss führen. Ziel der Akademisierung und Professionalisierung ist es, den Status der Berufstätigkeit zu erhöhen und damit einhergehend die Eingruppierung in eine höhere Entgeltgruppe zu ermöglichen, um die Attraktivität des Berufs zu verbessern.

Während in Rheinland-Pfalz im Wintersemester 2007/08 nur 59 Studierende in einen pflegewissenschaftlichen Studiengang eingeschrieben waren, studierten 2017/18 mehr als 1000 junge Menschen einen solchen Studiengang, davon 181 einen dualen Studiengang im Fach Pflege/Pflegewissenschaften bzw. Hebammenwesen. Rund 160 Studierende schlossen 2016 mit einem Bachelorabschluss und zehn mit einem Masterabschluss ihr Studium ab.

Reform der
Pflegerberufe:
Einführung der
Pflegefachfrau
und des Pflege-
fachmanns

Mit dem Gesetz zur Reform der Pflegeberufe wird künftig die grundständige Pflegeausbildung reformiert, entdifferenziert und weiter akademisiert. Dabei werden die Ausbildungen der Alten-, Gesundheits- und Kranken- sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege in einer dreijährigen Ausbildung zur „Pflegefachfrau“ bzw. zum „Pflegefachmann“ zusammengefasst.⁴ Im Rahmen einer Vertiefung können sich Auszubildende auf einen der bisherigen Bereiche spezialisieren. Die Ausbildung ist sowohl als berufliche Ausbildung an Pflegeschulen (mit praktischem Teil in Krankenhäusern) als auch als akade-

mische Ausbildung an Hochschulen (mit staatlichem Abschluss) gesetzlich verankert.

Assistenzberufe in der Medizin und Pharmazie

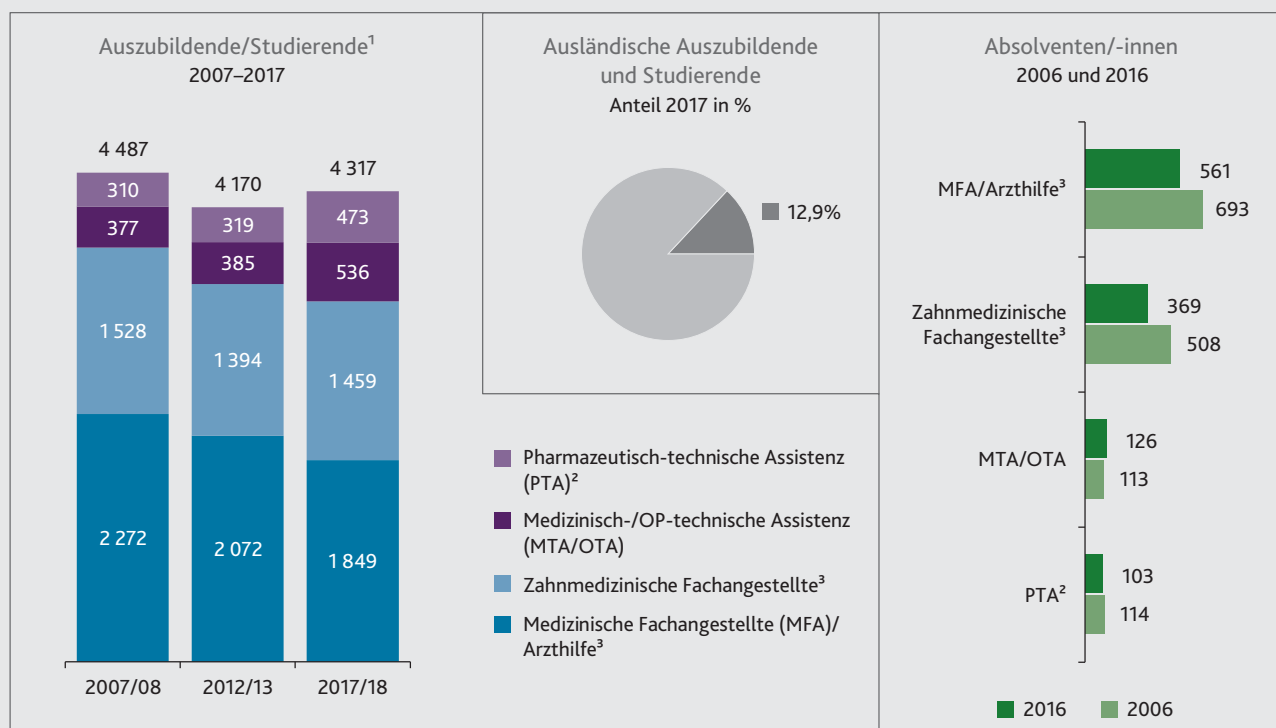
Um medizinische, pharmazeutische und pflegerische Aufgaben zu bewältigen, bedarf es assistierender Berufe, die unterstützende Leistungen in der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung erbringen. Zu den Assistenzberufen gehören zum einen die technischen Assistentinnen und Assistenten, die in Rheinland-Pfalz an den Schulen des Gesundheitswesens ausgebildet werden, und zum anderen die medizinischen bzw. zahnmedizinischen Fachangestellten (früher: Arzthilfe), die nach einer dualen Ausbildung bei den Ärztekammern und Zahnärztekammern mit einer Prüfung abschließen. Medizin-technische Assistentinnen und Assistenten (MTA) sind in der Funktionsdiagnostik, im Labor oder in der Röntgendiagnostik tätig, die operationstechnische Assistenz (OTA) unterstützt Ärztinnen und Ärzte z. B. in der Chirurgie, die Ausbildung zur pharmazeutisch-technischen Assistenz bereitet auf die Tätigkeit in Apotheken vor. Medizinische und zahnmedizinische Fachangestellte erwerben neben medizinisch-technischem Fachwissen kaufmännische Kenntnisse, um auch Verwaltungsaufgaben in einer Praxis oder einem Krankenhaus zu übernehmen.

Seit zehn Jahren sanken die Zahlen der Auszubildenden und der Absolventinnen und Absolventen der medizinischen Fachangestellten (früher: Arzthilfe) kontinuierlich: Sie gingen jeweils um 19 Prozent zurück. Dies begründet sich einerseits durch die Reform der Ausbildung im Rahmen der Einstellung der Ausbildung zur Arzthilfe. Andererseits ist der Rückgang auf den demografischen Wandel, die zunehmende Studierbereit-

Bedeutung und
Berufsfelder
assistierender
Gesundheits-
fachberufe

Medizinische
Fachangestell-
te, Arzthilfe:
Weniger Aus-
zubildende

⁴ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Weiterentwicklung der Pflegeberufe. Berlin 2018.

Auszubildende, Studierende und Absolventen/-innen in medizinischen und pharmazeutischen Assistenzberufen 2007–2017 nach ausgewählten Merkmalen


1 Jeweils im Wintersemester. – 2 Einschließlich Angewandte Pharmazie (Bachelorstudiengang). – 3 Daten der Ausbildungsberufe von 2006–2016.

schaft und die konkurrierenden Angebote der Schulen des Gesundheitswesens und Fachschulen zurückzuführen.

Mehr Auszubildende in der medizinisch-technischen Assistenz

Demgegenüber ist die Zahl der Auszubildenden in medizintechnischen Assistenzberufen in den vergangenen zehn Jahren gestiegen. Zwar sind die Daten der Schulen des Gesundheitswesens aus dem Jahr 2007/08 aufgrund der damals noch freiwilligen Angaben nur begrenzt interpretierbar. Doch der deutlichste Anstieg der Auszubildendenzahlen zeigte sich erst nach 2012, als die Erhebung bereits eine verpflichtende Vollerhebung war.

Bei der pharmazeutisch-technischen Assistenz ist dies zudem auf die ersten Züge der Akademisierung des Berufs zurückzuführen: Neben der Ausbildung an der Schule des Gesundheitswesens wird an der Hochschule

Kaiserslautern der Studiengang „Angewandte Pharmazie“ angeboten, der als Fachhochschulstudiengang auf Bachelorniveau zwischen der beruflichen Ausbildung und dem universitären und staatlich geprüften Studium der Pharmazie einzuordnen ist. Im Wintersemester 2017/18 waren bereits mehr als 200 Studierende in den Studiengang eingeschrieben. Ziel ist es, die zuletzt rückläufigen Absolventenzahlen in der pharmazeutisch-technischen Assistenz mittelfristig durch akademische Fachkräfte anzureichern, um die Fachkräftenachfrage zu bedienen.

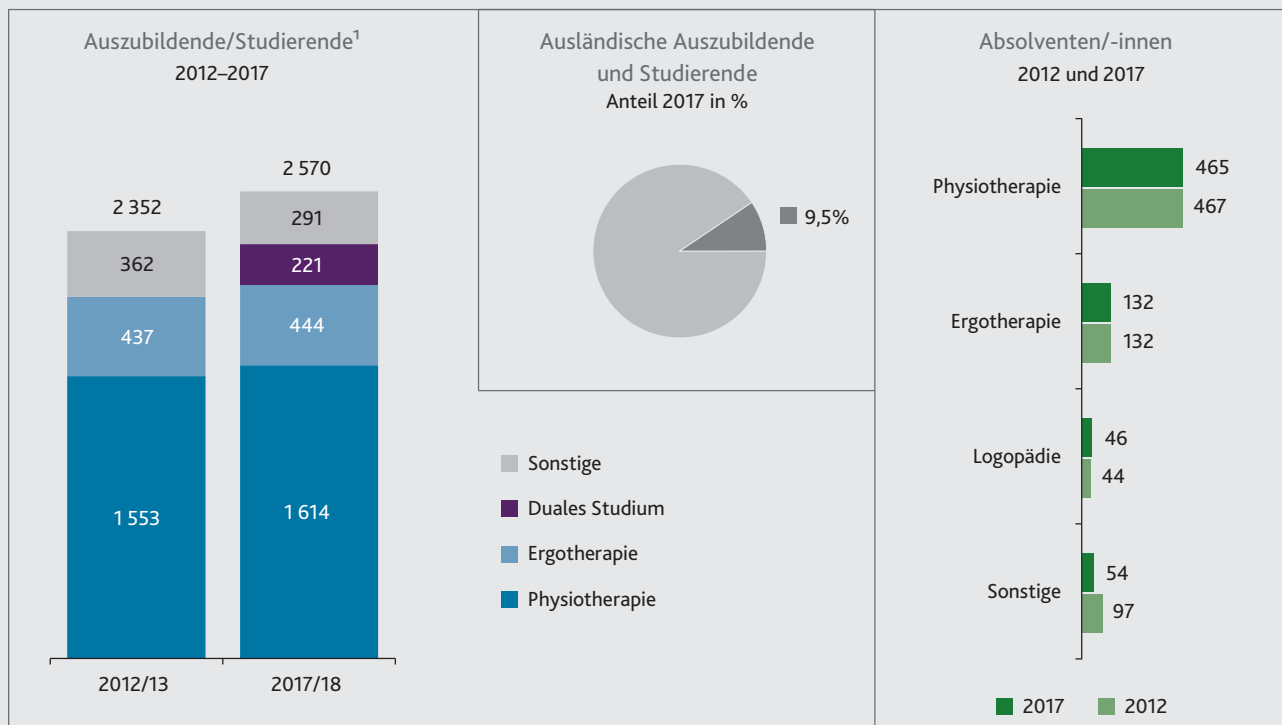
Akademisierung der pharmazeutischen Assistenz

Therapeutische Gesundheitsfachberufe

Die Tätigkeiten und Aufgabenfelder therapeutischer Gesundheitsfachberufe umfassen Angebote zur Erlangung der Selbstständig-

G 4

Auszubildende, Studierende und Absolventen/-innen in therapeutischen Gesundheitsfachberufen 2012–2017 nach ausgewählten Merkmalen



¹ Jeweils im Wintersemester. – 2 Duales Studium: Studium parallel zur Ausbildung.

Bewegungs-, Sprach-, physikalische, fußpflegerische und Diättherapie

keit (Ergotherapie), bewegungstherapeutische Maßnahmen (Physiotherapie), sprachtherapeutische Behandlungen (Logopädie), Diättherapien (Diätassistenz), medizinische Fußpflege (Podologie) und physikalische Therapien (medizinische Massage).⁵

Deutlicher Rückgang der medizinischen Masseurinnen und Masseur

Die Zahl der Auszubildenden in therapeutischen Gesundheitsfachberufen sank zwischen 2012 und 2017 um rund fünf Prozent. Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Auszubildenden im Bildungsgang „Medizinische/r Bademeister/in und Masseur/in“ (–57 Prozent) zurückzuführen. Trotz hoher Nachfrage nach therapeutischen Gesundheitsfachkräften konnte die Zahl der Absolventinnen und Absolventen nicht erhöht werden.

⁵ Vgl. Bundesagentur für Arbeit: BERUFENET. Nürnberg 2018.

Der Rückgang der Auszubildenden ist auch damit zu begründen, dass Deutschland eines der wenigen Länder in der EU ist, in dem die dreijährigen Ausbildungen zu therapeutischen Gesundheitsfachberufen kaum akademisiert sind.⁶ Im Wintersemester 2012/13 gab es in Rheinland-Pfalz keine Studierenden im Bereich Physio-, Ergo- oder Logopädie. Durch die in der Vergangenheit fehlende Akademisierung war der gesellschaftliche Status des Berufs vergleichsweise niedrig. Daneben bestehen insbesondere im öffentlichen Dienst Hürden, eine attraktive Entlohnung zu bieten. Um dem entgegenzuwirken und damit einhergehend mehr Fachkräfte zu gewinnen, werden in Rheinland-Pfalz

Späte Akademisierung der therapeutischen Gesundheitsfachberufe in Deutschland

⁶ Vgl. Kemper, C.: Medizinökonomie 2. Unternehmerische Praxis und Methodik. 2. Auflage, Wiesbaden 2017, S. 166.

inzwischen duale Studiengänge in der Physio-, Ergo- oder Logopädie angeboten, die zu einem akademischen und einem beruflichen Abschluss führen. Rund 220 junge Erwachsene waren 2017/18 in einen dieser Studiengänge eingeschrieben.

Methodische
Grenzen der
Ergebnisinter-
pretation

Aus der Grafik G4 darf nicht der Schluss gezogen werden, dass die Gesamtzahl der Auszubildenden durch die Ergänzung der dual Studierenden in den therapeutischen Gesundheitsfachberufen leicht gestiegen ist. Dies ist nicht belegbar, da die Studierenden der dualen Studiengänge gleichzeitig auch Auszubildende sind. Auf der anderen Seite ist es möglich, dass dual Studierende an einer rheinland-pfälzischen Hochschule eingeschrieben sind, die begleitende berufliche bzw. schulische Ausbildung aber in einem

anderen Bundesland absolvieren. Methodisch und aus datenschutztechnischen Gründen lässt sich keine personenbezogene Verbindung zwischen den Auszubildenden der Statistik der Schulen des Gesundheitswesens und den Studierenden der Studenten- und Prüfungsstatistik herstellen.

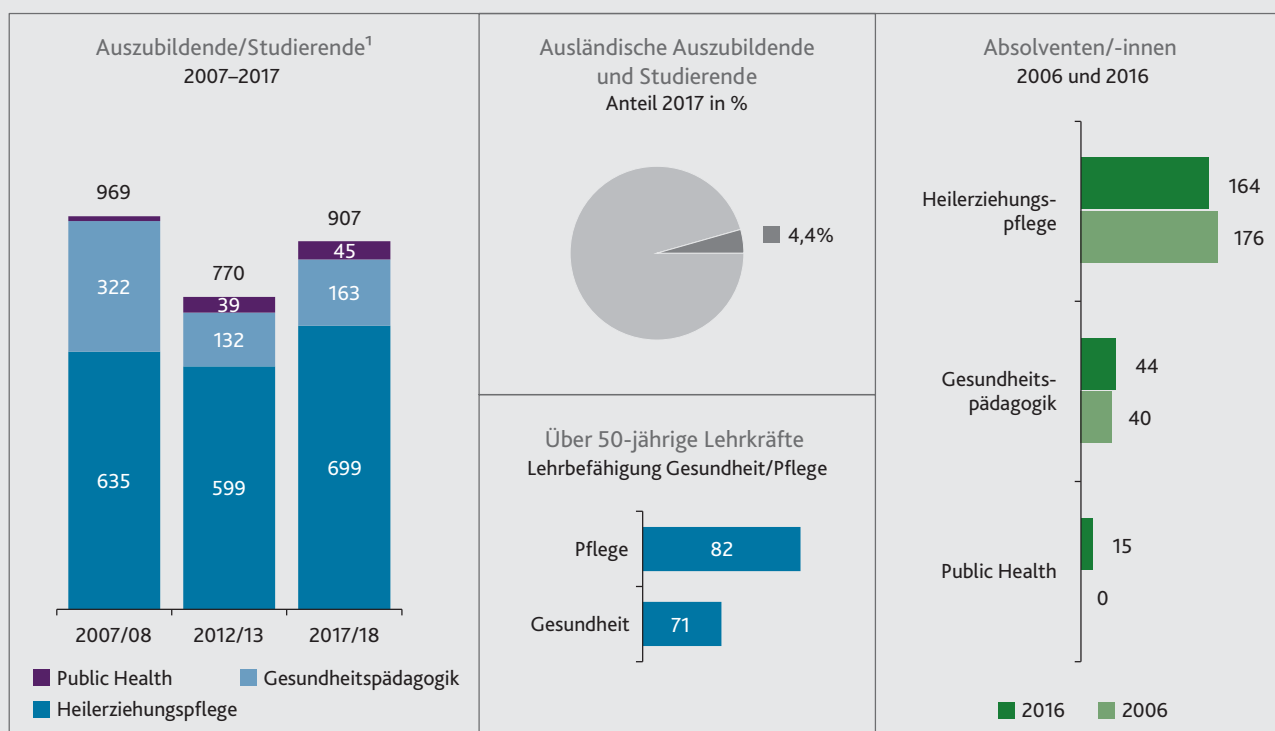
Gesundheitspädagogik und Public Health

Die Bereiche „Gesundheitspädagogik“ und „Public Health“ umfassen sonderpädagogisch-pflegerische Tätigkeiten (Heilerziehungspflege), didaktische und unterrichtende Aufgaben (Lehramt/Gesundheitspädagogik) und eine gesellschaftlich-wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Gesundheit (Public Health). Während die Heilerziehungspflege an beruflichen Fachschulen ausgebildet wird, erfolgt die Qualifikation für die Lehrtätig-

Sonderpädagogisch-pflegerische, unterrichtende und gesellschaftswissenschaftliche Aufgaben im Gesundheitswesen

G 5

Auszubildende, Studierende und Absolventen/-innen im Bereich Gesundheitspädagogik und Public Health 2007–2017 nach ausgewählten Merkmalen



keit und die gesellschaftswissenschaftliche Berufstätigkeit in der Regel an Hochschulen.

Lehrkräfte-
bedarf im
Gesundheits-
wesen

Da mehr Pflegefachkräfte und mehr medizintechnisches Personal ausgebildet werden soll, bedarf es mehr Lehrerinnen und Lehrer mit den Lehrbefähigungen Gesundheit und/oder Pflege (Fachtheorie/Fachpraxis). Außerdem müssen in den nächsten zehn bis 15 Jahren rund 80 Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung Pflege und 70 Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung Gesundheit an berufsbildenden Schulen ersetzt werden, da diese in Rente bzw. in den Ruhestand gehen.

Rückgang der
Studierenden
im Haupt-
fach Pflege-
pädagogik

Gegenüber 2007/08 ging die Zahl der Studierenden in einem gesundheits- oder pflegepädagogischen Hauptfach von 322 auf 163 zurück. Der Rückgang ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Evangelische Fachhochschule Ludwigshafen, die ein großes pflegepädagogisches Studienangebot hatte, 2007 in die eher betriebswirtschaftlich-technisch ausgerichtete Hochschule Ludwigshafen eingegliedert wurde. In der Folge wurden einzelne Studiengänge eingestellt oder durch andere ersetzt. Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen hat sich zwischen 2006 und 2016 jedoch kaum verändert. Dies begründet sich darin, dass die Studiengänge eine Strukturreform erlebten: Während 2006 und 2011 ausschließlich Diplom- und Masterabschlüsse erlangt wurden (40 bzw. 58), lag 2016 die Zahl der Bachelorabsolventinnen und -absolventen (25) über der Zahl der Masterabschlüsse (19). Die Ursache hierfür ist die Ablösung der Diplomabschlüsse im Rahmen der Bologna-Reform.

Seit 2007
Absolventen-
rückgang der
Heilerziehungs-
pflegerinnen
und -pfleger

In der eher sonderpädagogisch-pflegerischen Ausbildung zur Heilerziehungspflegerin bzw. zum Heilerziehungspfleger schwankte die Schülerzahl zwischen 2007/08 und 2017/18. Während sie zunächst sank, stieg die Zahl in

den vergangenen fünf Jahren um 17 Prozent. Demgegenüber ging die Zahl der Absolventinnen und Absolventen seit 2007 um sieben Prozent zurück. Diese Entwicklung ist bedenklich, da aus anderen Statistiken ersichtlich wird, dass der sonderpädagogische Förderbedarf steigt: An allgemeinbildenden Schulen stieg die Zahl der förderbedürftigen Schülerinnen und Schüler im gleichen Zeitraum um neun Prozent. Zudem ist davon auszugehen, dass mit einer alternden Bevölkerung auch sonderpädagogisch-pflegerische Tätigkeiten zunehmen, beispielsweise nach schweren Erkrankungen, die eine ganzheitliche Nachversorgung erfordern.

Nachwachskräfte im Bereich „Public Health“ sind insbesondere für den wissenschaftlich-forschenden Sektor von Bedeutung. Sie setzen sich mit medizinethischen oder epidemiologischen Fragestellungen auseinander und bewerten die Folgen von Präventionsmaßnahmen, Krankheiten und Behandlungen für die Gesellschaft. Der Forschungsbereich ist vergleichsweise jung, gewinnt aber aufgrund der Stärkung präventiver Maßnahmen an Bedeutung. Während eher spezialisierte Studiengänge wie die Medizinethik rückläufige Studierendenzahlen aufweisen, verdoppelte sich die Zahl der Studierenden der Epidemiologie in den letzten fünf Jahren.

Aufgrund des niedrigen Ausländeranteils in den gesundheitspädagogischen Berufen besteht ein hohes Potenzial, qualifizierte nicht deutsche Jugendliche und junge Erwachsene zu fördern und für eine gesundheits-, pflege- oder sonderpädagogische Ausbildung zu gewinnen. Der Ausländeranteil lag 2017/18 bei nur 4,4 Prozent.

Öffentliche
Gesundheit als
Forschungs-
gegenstand

Geringer Aus-
länderanteil in
der Gesund-
heitspädagogik

Kaufmännische Gesundheitsberufe

Beschäftigte in kaufmännischen Gesundheitsberufen übernehmen Aufgaben im Ver-

Betriebswirtschaftliche, ökonomische und verwaltungstechnische Aufgaben im Gesundheitssektor

kauf, in der Verwaltung, im Management, im betrieblichen Gesundheitsmanagement, im Versicherungswesen oder in der gesundheitsökonomischen Forschung. Eine Qualifikation erfolgt über eine kaufmännische Ausbildung oder das Studium im Bereich der Gesundheitsökonomie oder des Gesundheitsmanagements.

Rückgang der pharmazeutisch-kaufmännischen und Sozialversicherungsangestellten

In der kaufmännischen Ausbildung im Kontext des Gesundheitsbereichs gingen die Auszubildendenzahlen der pharmazeutisch-kaufmännisch Angestellten (–44 Prozent) und der Sozialversicherungsangestellten (–20 Prozent) zwischen 2006 und 2016 deutlich zurück. Dies ist im Wesentlichen auf den demografischen Wandel, die stärkere Studienorientierung und konkurrierende Ausbildungsangebote, beispielsweise an Schulen des Gesundheitswesens, zurückzuführen.

Die 2001 neu eingeführte Ausbildung „Kaufmann/-frau im Gesundheitswesen“ war von dem allgemein im Ausbildungssektor zu beobachtenden Rückgang nicht betroffen: Ihre Auszubildendenzahlen stiegen zwischen 2006 bis 2016 um 130 Prozent.

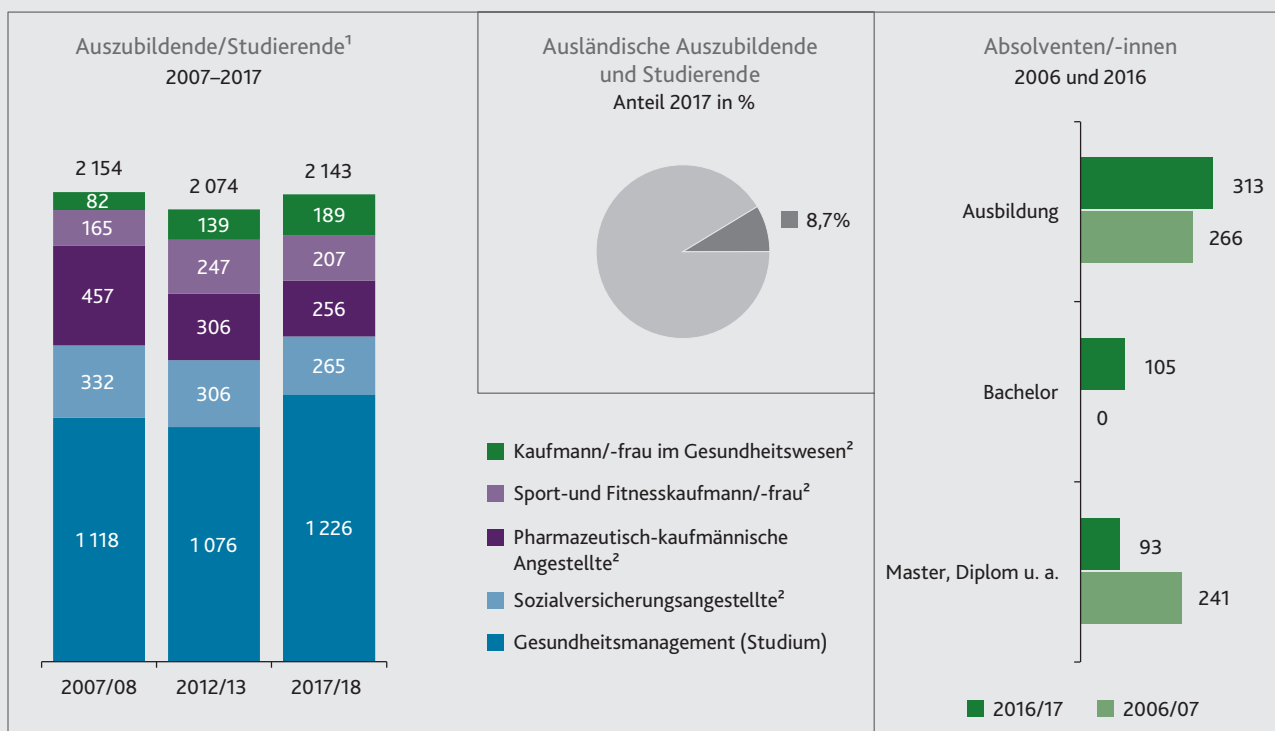
Steigende Auszubildendenzahl des bzw. der „Kaufmann/-frau im Gesundheitswesen“

Die Gesundheitsmanagementstudiengänge erfahren gegenwärtig hohe Beliebtheit. Im Wintersemester 2017/18 waren rund 1200 junge Erwachsene eingeschrieben. Gegenüber 2007/08 zeigt sich eine leicht zunehmende Studierendenzahl (+10 Prozent). Die Absolventenzahlen verdeutlichen, dass die akademische Ausbildung einen Strukturwandel erlebt hat: Während 2006 keine Absolventin bzw. kein Absolvent mit einem Bachelor abschloss, waren es 2016 bereits mehr als 100. Hingegen war die Zahl der Diplom- und Masterabsolven-

Hohe Beliebtheit gesundheitsökonomischer Studiengänge

G 6

Auszubildende, Studierende und Absolventen/-innen in kaufmännischen Gesundheitsfachberufen 2007–2017 nach ausgewählten Merkmalen



tinnen und -absolventen in der Vergangenheit (241) deutlich höher als 2016 (93). Das ist auf den Bologna-Prozess und die damit einhergehende Einstellung der Diplom- und Magisterstudiengänge zurückzuführen.

Anteil der ausländischen Studierenden ist vergleichsweise niedrig

Obwohl kaufmännisch-ökonomische Studiengänge im internationalen Kontext vielfältig vernetzt sind, häufig englische Vorlesungen anbieten und die Bildungsmobilität der Studierenden fördern, ist der Ausländeranteil in Studiengängen des Gesundheitsmanagements mit 6,8 Prozent vergleichsweise niedrig. Bei den dualen Ausbildungsberufen lag er etwas höher.

Medizintechnische Berufe

Gesellschaftliche und individuelle Bedeutung der Medizintechnik

Die Bedeutung und Möglichkeiten der Medizintechnik stiegen in den vergangenen Jahren deutlich: Menschliche Gelenke, Zähne, Knochen etc. werden durch künstliche Materialien ersetzt, um schmerzfrei und mobil zu leben, kardiologische Implantate ermöglichen die Funktionsfähigkeit schwacher Herzen, künstliche Linsen, Sehhilfen und Hörgeräte erhalten die Seh- und Hörfähigkeit und damit die gesellschaftliche Teilhabe vieler Menschen. Um diese Entwicklung und diesen Fortschritt auch weiter zu ermöglichen, bedarf es qualifizierter Fachkräfte in den medizinischen Naturwissenschaften, der ingenieurwissenschaftlichen Medizintechnik und im medizintechnischen Handwerk.

Medizintechnisches Handwerk: Mehr Auszubildende in der Hörgeräteakustik und Augenoptik, weniger in der Zahntechnik

Den medizintechnischen Handwerksberufen werden die dualen Ausbildungen „Augenoptik“, „Hörgeräteakustik“, „Orthopädienschuhmacher/-in“, „Orthopädie-Mechanik“, „Pharmakant/-in“ und „Zahntechnik“ zugeordnet. Insgesamt befanden sich 2016 rund 880 Jugendliche und junge Erwachsene in einer medizintechnisch-handwerklichen Berufsausbildung. Entgegen der Entwicklung vieler ande-

rer Ausbildungsberufe stieg die Gesamtzahl der Auszubildenden in medizintechnischen Handwerksberufen zwischen 2006 und 2016 um knapp drei Prozent und die der Absolventinnen und Absolventen sogar um 21 Prozent. Im Detail verlief die Entwicklung der Ausbildungszahlen jedoch sehr heterogen: Während sie in der Hörgeräteakustik (+85 Prozent) und der Augenoptik (+38 Prozent) deutlich stiegen, sank die Zahl der angehenden Zahntechnikerinnen und -techniker um 33 Prozent.

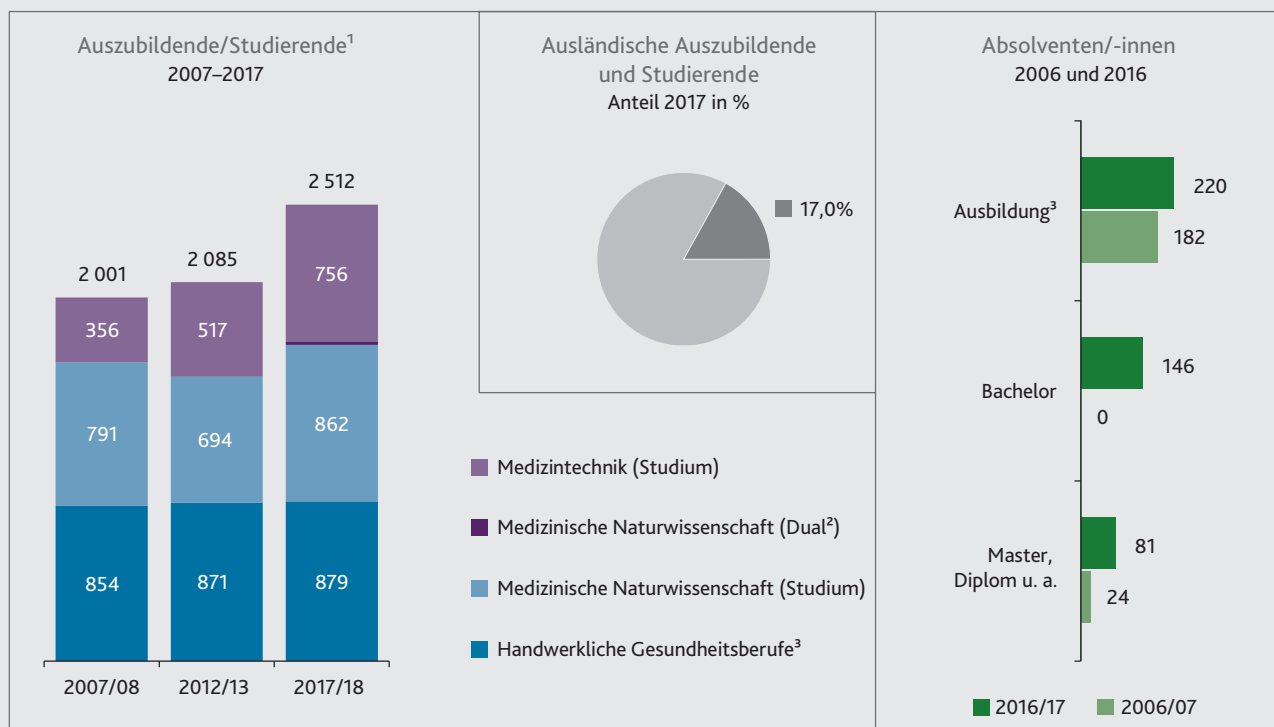
Neben den Auszubildenden in den medizintechnischen Handwerksberufen waren im Wintersemester 2017/18 rund 760 in einen medizintechnischen und 860 in einen medizinisch-naturwissenschaftlichen Studiengang eingeschrieben. Weitere 15 Studierende belegten den dualen Studiengang Bio- und Pharmatechnik, der parallel mit einer Ausbildung (z. B. zur Pharmakantin bzw. zum Pharmakanten) absolviert wird. Die Zahl der in Rheinland-Pfalz eingeschriebenen Medizintechnikstudierenden nahm seit 2007/08 deutlich zu (+112 Prozent). Auch die Zahl der jungen Erwachsenen in einem medizinisch-naturwissenschaftlichen Studiengang stieg im selben Zeitraum, wenn auch nur um neun Prozent. Die meisten Absolventinnen und Absolventen (146) schlossen 2016 mit einem Bachelorabschluss ab. Einen Master- oder Diplomabschluss erwarben weitere 81 Studierende.

Steigende Zahl der Studierenden in einem medizintechnischen Hauptfach

Eine Besonderheit der medizintechnischen, medizinisch-naturwissenschaften und medizintechnisch-handwerklichen Auszubildenden und Studierenden ist, dass der Ausländeranteil gegenüber anderen gesundheitsbezogenen Berufsgruppen vergleichsweise hoch ausfällt: 17 Prozent hatten eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit. Der hohe Anteil angehender Fachkräfte mit Migrationshintergrund ist auf den hohen Anteil ausländischer Medizintechnikstudierenden zurückzuführen. Mehr als

Anteil der ausländischen Studierenden ist vergleichsweise hoch

G 7

**Auszubildende, Studierende und Absolventen/-innen in medizintechnischen Berufen 2007–2017
nach ausgewählten Merkmalen**


1 Jeweils im Wintersemester. – 2 Dual: Studium parallel zur Ausbildung. – 3 Daten der Ausbildungsberufe von 2006–2016.

jeder bzw. jede Dritte gab in diesem Bereich eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit an. Hingegen lag der Ausländeranteil der Auszubildenden im medizintechnischen Handwerk bei nur 5,7 Prozent.

Ausblick

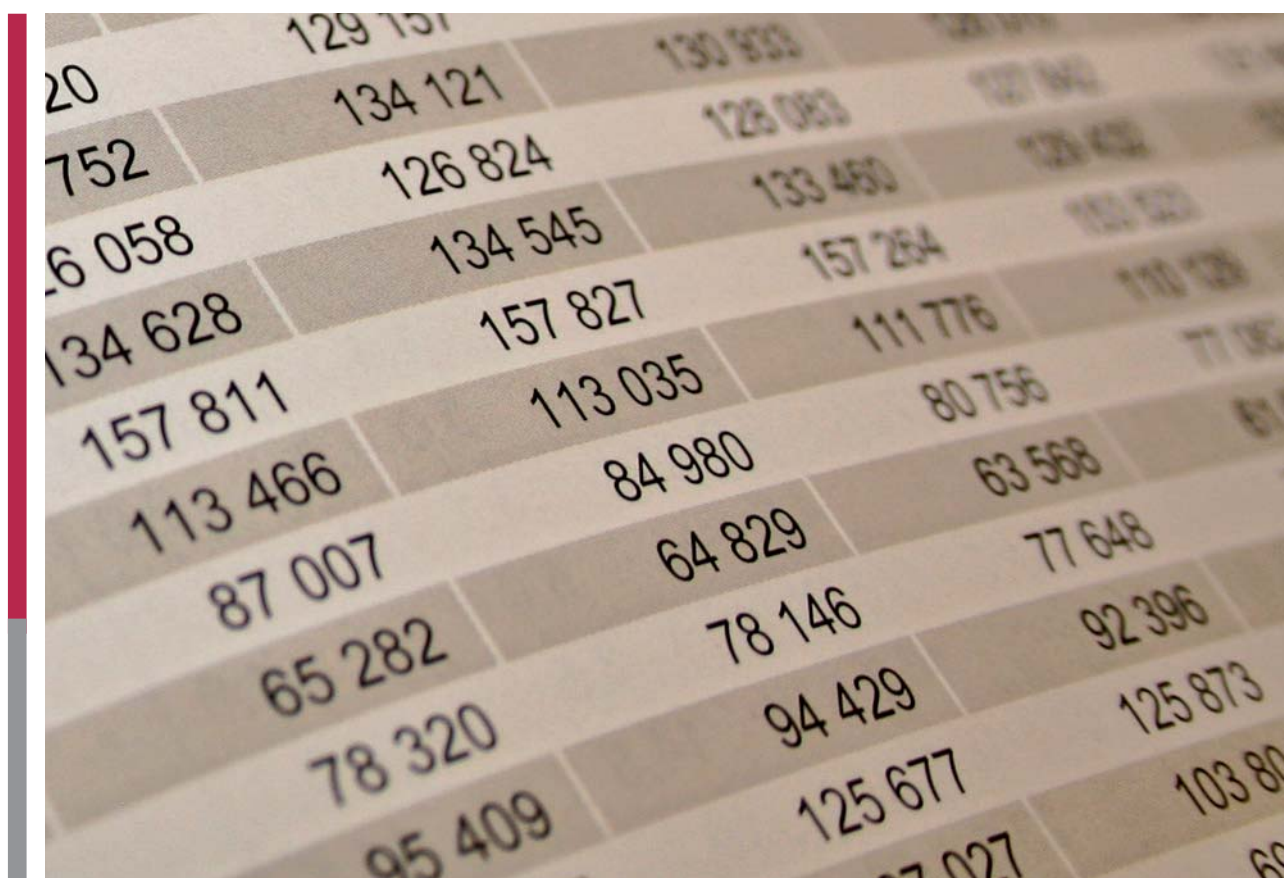
**Zukunfts-
aufgabe: Gewinn-
ung angehen-
der Fachkräfte**

Unter erschwerten Voraussetzungen wird es auch künftig Aufgabe der Politik und Gesellschaft sein, eine adäquate und professionelle Gesundheitsversorgung, inner- und außerfamiliäre Pflegeangebote und eine präventionsorientierte Gesundheitsbildung sicherzustellen sowie die medizintechnische Entwicklung und gesundheitswissenschaftliche Forschung zu fördern. Um dies zu gewährleisten, bedarf es der Gewinnung und Ausbildung eines qualifizierten pflegerischen und medizinischen Personals. Hierzu

bietet das rheinland-pfälzische Berufsbildungssystem und die gesetzlich geregelte Anerkennung ausländischer Abschlüsse das Fundament. Mit der Reform der Pflegefachberufe und damit einhergehender Entdifferenzierung der Pflegeausbildung ist ein erster Schritt gemacht, um flexibler auf gesellschaftliche Anforderungen zu reagieren. Sofern die Ausbildung zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann in Rheinland-Pfalz umgesetzt wird, stellt das Statistische Landesamt zum reformierten Pflegeberuf entsprechende Daten bereit.

Dr. Marco Schröder leitet das Referat „Schulen, Hochschulen und Berufsbildung“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	128 942
752	134 121	128 093	127 842
6 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	153 523
157 811	157 827	111 776	110 128
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 801	69 111
	27 027		

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2016	2017				2018		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ^{1,2}	...	4 066	4 066	4 067
darunter Ausländer ³	1 000	397 ^{1,2}	...	413	415	417

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 768	...	421	613	1 023
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 126	...	2 997	2 820	3 067
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,2	...	8,7	9,0	8,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 819	...	4 754	4 686	4 171
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,3	...	13,8	15,0	12,1
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	...	14	6	17
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	...	4,7	2,1	5,5
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-693	...	-1757	-1866	-1104
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	...	- 5,1	- 6,0	- 3,2

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	13 487	...	11 018	9 592	12 090
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	7 137	...	5 778	5 061	6 109
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 595	...	9 312	8 201	9 507
* darunter in das Ausland	Anzahl	5 399	...	3 743	3 566	4 207
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 892	...	1 706	1 391	2 583
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	16 131	...	14 404	11 928	14 427

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2014	2015	2016				2017		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 322	1 345	1 354	1 365	1 388	1 377	1 379	1 389	1 416
* Frauen	1 000	611	627	634	637	648	646	646	648	659

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1, 2, 3}**

	Einheit	2014	2015	2016				2017		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Ausländer/-innen	1 000	106	117	121	128	131	127	134	141	148
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	353	373	380	386	390	391	394	400	404
* darunter Frauen	1 000	295	309	314	318	321	323	324	328	331
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	12	13	14	11	13	13	14
* produzierendes Gewerbe	1 000	422	422	422	424	431	426	427	430	437
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	285	294	295	299	304	302	301	304	311
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	206	213	213	216	219	217	218	221	227
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	396	403	412	413	420	421	420	420	427

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli		April	Mai	Juni	Juli
* Arbeitslose	Anzahl	111 436	106 299	104 884	104 019	107 939	100 232	97 960	97 808	101 644
* Frauen	Anzahl	50 458	48 166	47 527	47 500	50 103	45 202	44 392	44 699	46 871
* Männer	Anzahl	60 978	58 132	57 357	56 519	57 836	55 030	53 568	53 109	54 773
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	41 185	42 178	39 603	39 591	43 443	39 885	38 158	38 384	41 449
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	70 250	64 121	65 281	64 428	64 496	60 347	59 802	59 424	60 195
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,1	4,8	4,8	4,7	4,9	4,6	4,4	4,4	4,5
* Frauen	%	4,9	4,7	4,6	4,6	4,8	4,4	4,2	4,2	4,4
* Männer	%	5,3	5,0	4,9	4,8	5,0	4,7	4,5	4,5	4,6
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,7	4,6	4,4	4,5	5,4	4,0	3,9	4,2	5,0
* Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,4	3,2	3,0	2,9	4,0	2,7	2,7	2,8	3,7
* Ältere von 50–65 Jahren	%	5,1	4,7	4,6	4,6	4,5	4,5	4,3	4,3	4,3
* Ältere von 55–65 Jahren	%	5,6	5,2	5,1	5,0	5,0	5,0	4,7	4,7	4,7
* Ausländer/-innen	%	13,4	13,4	13,0	12,8	13,1	12,6	11,1	11,1	11,6
* Deutsche	%	4,3	4,0	3,9	3,9	4,1	3,7	3,6	3,6	3,7
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	5 357	4 888	1 227	865	802
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	32 997	37 936	36 897	37 762	39 063	39 856	40 594	40 743	41 058

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹¹**

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	März	April	Mai		Febr.	März	April	Mai
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	235 916	248 947	251 579	251 603	251 440	247 427	246 945	245 517	...
* darunter Frauen	Anzahl	117 850	122 480	123 443	123 425	123 416	121 550	121 347	120 726	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	160 493	169 173	171 901	171 692	171 522	166 837	166 625	165 483	...
* nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	61 917	68 036	67 913	68 193	68 307	67 729	67 663	67 335	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	59 870	66 032	65 914	66 166	66 294	65 734	65 671	65 337	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	587	...	599	606	596	405	548	564	552
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	520	...	541	544	527	363	477	510	492
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	...	-	2	2	2	5	4	4
Unternehmen	Anzahl	92	...	36	113	50	68	65	53	46
private Haushalte	Anzahl	491	...	563	491	544	335	478	507	502
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 231	...	1 163	1 175	1 287	802	1 260	900	998
* Umbauter Raum	1 000 m ³	760	...	729	741	781	546	743	622	658
* Wohnfläche	1 000 m ²	141	...	134	139	143	96	139	117	125
Wohnräume	Anzahl	5 635	...	5 403	5 587	5 617	3 726	5 464	4 704	5 744
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	231	...	236	241	244	161	240	205	218

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	138	...	150	134	141	104	131	124	123
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	...	15	16	17	12	18	17	14
Unternehmen	Anzahl	82	...	83	64	80	74	76	81	92
private Haushalte	Anzahl	42	...	52	54	44	18	37	26	17
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	25	...	12	8	19	9	2	7	113
* Umbauter Raum	1 000 m ³	764	...	820	697	869	817	1 519	609	728
* Nutzfläche	1 000 m ²	110	...	124	96	127	131	172	81	103
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	104	...	100	84	100	133	152	87	112

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 447	...	1 322	1 403	1 628	955	1 417	1 006	1 256
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	6 395	...	5 977	6 437	6 702	4 325	6 123	5 227	6 699

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2016	2017			2018				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 564	11 599	12 461	10 738	11 997	10 921	12 318	11 669	10 887
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 945	1 853	2 065	1 615	1 706	1 669	2 144	1 796	1 711
darunter										
* Kälber	t	7	8	6	9	6	6	11	4	6
* Jungrinder	t	8	8	8	5	6	10	12	4	10
* Schweine	t	9 570	9 695	10 343	9 061	10 245	9 204	10 118	9 823	9 131
* Eierzeugung ²	1 000	16 571	17 285	19 800	18 593	18 517	17 420	17 742	15 383	16 148

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	1 002	1 017	1 018	1 021	1 022	1 032	1 046	1 047	1 047
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	253 227	255 468	253 167	253 912	254 183	257 415	259 216	259 427	259 621
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 292	32 402	36 004	30 199	33 540	31 945	33 786	32 833	31 932
* Entgelte	Mill. EUR	1 078	1 102	1 035	1 132	1 307	1 016	1 066	1 153	1 439
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 223	7 820	8 947	7 388	8 301	7 968	9 110	8 500	8 241
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 813	4 253	4 874	3 999	4 477	4 244	4 714	4 389	4 479
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 098	2 181	2 633	2 081	2 363	2 146	2 572	2 328	2 126
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	101	94	115	94	97	84	98	90	87
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 211	1 293	1 325	1 213	1 364	1 494	1 725	1 692	1 548
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 140	2 433	2 884	2 317	2 538	2 448	2 720	2 452	2 553
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 086	1 046	1 255	977	1 092	975	1 244	1 072	900
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 003	4 368	5 036	4 232	4 675	4 669	5 295	4 943	4 672
Exportquote ⁶	%	55,4	55,9	56,3	57,3	56,3	58,6	58,1	58,2	56,7
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	102,9	112,4	130,4	108,2	115,5	123,0	133,0	120,2	123,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	102,8	113,6	130,2	107,0	116,0	115,8	123,8	116,4	118,8
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	101,2	107,6	129,5	99,6	110,5	114,3	129,0	108,9	120,1

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2016	2017			2018				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	162,6	161,8	196,7	132,4	146,8	131,9	176,7	157,1	172,8
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	105,7	122,0	130,3	142,8	130,0	183,0	181,4	175,3	150,3
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	101,8	114,7	135,4	109,5	116,0	114,8	122,9	118,3	122,0
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	99,5	102,6	132,6	100,5	110,3	114,4	133,0	108,9	131,0

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	179	173	173	173	173	173	173	173	173
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 376	9 531	9 445	9 427	9 469	9 757	9 747	9 744	9 726
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 146	1 141	1 257	1 078	1 155	1 163	1 177	1 184	1 137
* Entgelte ³	Mill. EUR	42	43	40	48	42	41	40	49	44
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	343	323	403	250	251	348	330	209	177
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	330	309	389	236	240	334	316	198	166

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	19 046	19 910	19 579	19 801	19 912	20 042	20 174	20 396	20 488
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 945	2 012	2 244	2 063	2 306	1 331	1 882	2 193	2 172
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	320	340	376	335	379	250	331	370	384
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	633	650	731	646	724	512	631	704	683
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	992	1 022	1 136	1 083	1 203	569	920	1 119	1 105
darunter Straßenbau	1 000 h	531	561	563	606	671	266	467	621	613
* Entgelte	Mill. EUR	61	65	62	64	68	54	61	68	71

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

Bauhauptgewerbe ¹		Einheit	2016	2017				2018			
			Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	256	286	268	268	298	185	244	293	304
davon											
*	Wohnungsbau	Mill. EUR	45	53	54	53	55	44	52	58	53
*	gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	87	97	97	90	99	68	93	96	106
*	öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	124	136	116	125	144	73	100	139	144
	darunter Straßenbau	Mill. EUR	64	72	53	67	76	30	48	68	82

Ausbaugewerbe

(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

	Einheit	2016	2017	2016		2017				2018
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Betriebe ⁴	Anzahl	421	438	420	419	440	438	437	436	384
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 051	16 825	16 231	16 152	16 637	16 619	17 084	16 958	16 028
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 007	5 210	5 116	5 020	5 125	5 185	5 314	5 214	4 894
* Entgelte	Mill. EUR	128	138	127	138	130	136	137	149	130
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	457	485	451	593	378	484	478	600	360

Handel⁵Großhandel^{6, 6}

Großhandel ^{p. 6}	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Beschäftigte	2015=100	100,2	99,9	98,7	99,0	99,4	101,6	101,8	102,1	102,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	97,6	96,1	95,1	95,8	96,3	96,1	96,2	96,6	96,6
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	97,6	98,1	109,5	93,7	100,7	92,8	109,5	102,9	106,6
* Umsatz real ⁷	2015=100	97,7	96,5	107,8	92,0	99,3	90,2	106,4	99,6	102,8

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	101,4	102,5	101,8	101,8	102,1	102,6	102,9	102,8	102,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	101,7	102,4	101,6	101,3	101,8	102,6	103,1	103,1	103,5
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	102,5	105,7	110,1	107,1	109,0	92,8	111,9	108,3	109,0
* Umsatz real ⁷	2015=100	102,1	103,4	107,8	104,7	106,6	90,0	107,9	104,1	104,5

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{1,2}

Kfz-Handel^{p,2}

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Beschäftigte	2015=100	102,3	104,1	103,3	103,2	103,2	104,7	104,8	104,9	104,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	102,9	105,8	104,6	105,3	105,7	106,8	106,7	107,4	107,9
* Umsatz nominal ³	2015=100	104,9	109,3	131,6	107,8	117,9	98,1	121,2	120,6	117,4
* Umsatz real ³	2015=100	103,9	107,0	129,2	105,6	115,7	95,6	117,8	117,2	113,9

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2015=100	99,4	100,4	96,7	102,5	102,3	93,2	96,9	101,1	103,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	100,9	102,1	98,0	103,2	103,9	94,2	99,1	102,8	106,1
* Umsatz nominal ³	2015=100	102,8	108,6	93,8	106,2	119,5	78,4	95,7	117,5	127,9
* Umsatz real ³	2015=100	100,7	104,3	90,9	102,9	115,1	74,5	90,6	110,9	120,5

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	722	739	550	744	901	406	575	751	995
* darunter von Auslandsgästen	1 000	155	157	92	156	189	76	96	157	200
* Gästeübernachtungen	1 000	1 824	1 852	1 270	1 872	2 183	1 002	1 385	1 822	2 464
* darunter von Auslandsgästen	1 000	441	437	226	412	498	188	222	402	535

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 820	1 835	1 398	1 761	1 714	1 521	1 508	1 579	1 796
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 266	1 234	877	1 197	1 216	975	892	925	1 266
* Getötete Personen	Anzahl	13	15	5	19	14	14	5	14	11
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	7	3	7	8	9	4	9	4
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	4	-	8	3	-	-	1	4
Radfahrer	Anzahl	1	1	-	-	-	-	-	1	1
Fußgänger	Anzahl	2	2	2	2	3	5	-	2	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 638	1 594	1 145	1 540	1 543	1 256	1 176	1 241	1 678

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
schwer verletzte Personen	Anzahl	301	297	211	283	258	191	175	227	327
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	135	129	125	131	96	114	108	139	124
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	74	83	22	76	85	21	10	31	103
Radfahrer	Anzahl	48	44	27	44	44	16	17	17	56
Fußgänger	Anzahl	30	29	26	25	26	36	22	27	31

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 160	13 081	16 951	12 723	14 750	11 973	16 871	14 772	14 545
darunter										
Krafträder	Anzahl	755	622	1 329	993	896	388	1 256	1 187	1 028
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 944	10 959	13 757	10 344	12 257	10 324	13 958	11 947	11 988
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 024	1 036	1 255	916	1 111	963	1 215	1 083	1 025
Zugmaschinen	Anzahl	343	373	500	378	394	248	365	454	386

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2016	2017	2016		2017				2018
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	59 894	70 419	50 936	65 441	71 078	68 304	69 098	73 192	70 901
Personenkilometer ³	Mill.	621	717	543	665	709	684	740	734	760

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Güterempfang	1 000 t	1 024	943	835	1 032	897	947	1 042	1 198	1 083
* Güterversand	1 000 t	776	776	708	896	725	639	846	821	884

Außenhandel⁴Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	4 368	4 578	4 401	4 991	4 479	4 889	4 846	5 384	5 135
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	322	318	302	339	313	291	327	317	312
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 988	4 190	4 038	4 583	4 099	4 506	4 419	4 946	4 680

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2016	2017				2018			
			Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
*	Rohstoffe	Mill. EUR	23	25	27	28	25	21	23	23	27
*	Halbwaren	Mill. EUR	144	150	129	161	145	156	167	168	168
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 821	4 016	3 882	4 395	3 929	4 328	4 228	4 755	4 485
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	951	1 024	974	1 106	981	1 138	1 014	1 088	1 026
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 871	2 992	2 909	3 289	2 948	3 190	3 215	3 666	3 459
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	3 065	3 212	3 090	3 476	3 213	3 449	3 565	3 872	3 742
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 749	2 871	2 768	3 088	2 882	3 106	3 211	3 478	3 359
	Belgien	Mill. EUR	198	206	203	232	206	219	208	218	229
	Luxemburg	Mill. EUR	54	56	48	55	65	48	51	57	58
	Dänemark	Mill. EUR	45	51	51	59	48	54	47	54	49
	Finnland	Mill. EUR	30	35	35	34	35	30	40	44	36
	Frankreich	Mill. EUR	446	442	451	507	438	496	472	496	487
	Griechenland	Mill. EUR	29	33	28	33	24	32	32	34	27
	Großbritannien	Mill. EUR	302	296	296	331	302	284	275	303	289
	Irland	Mill. EUR	19	77	16	37	123	233	370	472	446
	Italien	Mill. EUR	265	273	262	284	260	272	305	304	300
	Niederlande	Mill. EUR	314	328	306	353	289	322	340	360	349
	Österreich	Mill. EUR	165	172	166	179	174	183	173	191	177
	Schweden	Mill. EUR	79	84	88	97	96	86	87	88	93
	Spanien	Mill. EUR	216	225	227	238	215	249	228	227	228
	Portugal	Mill. EUR	41	43	39	42	42	48	38	41	38
*	Afrika	Mill. EUR	117	113	92	128	105	109	96	131	109
*	Amerika	Mill. EUR	551	571	564	623	505	628	552	655	612
	darunter nach USA	Mill. EUR	380	392	390	419	336	443	372	459	414
*	Asien	Mill. EUR	596	630	609	717	602	648	588	678	624
	darunter nach China	Mill. EUR	142	164	159	169	151	197	169	201	178
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	39	52	46	46	53	54	45	48	47

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 877	3 365	3 253	3 417	3 310	3 818	3 588	3 675	3 844
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	240	268	232	317	249	296	254	262	271
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 483	2 917	2 851	2 918	2 891	3 280	3 085	3 108	3 244
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	36	37	37	49	34	37	37	32	34
* Halbwaren	Mill. EUR	217	289	268	302	271	407	287	244	262
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 230	2 591	2 547	2 567	2 587	2 837	2 762	2 831	2 948

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2016	2017				2018			
			Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	517	701	664	748	784	829	953	734	957
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 714	1 890	1 882	1 819	1 803	2 008	1 808	2 097	1 991
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 155	2 508	2 445	2 484	2 445	2 851	2 692	2 768	2 874
*	darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 964	2 282	2 194	2 247	2 216	2 596	2 480	2 449	2 640
	Belgien	Mill. EUR	253	290	292	330	304	294	282	296	295
	Luxemburg	Mill. EUR	52	56	53	60	54	49	52	54	55
	Dänemark	Mill. EUR	21	31	19	44	22	16	27	28	17
	Finnland	Mill. EUR	12	15	15	15	13	15	18	19	12
	Frankreich	Mill. EUR	242	275	235	280	256	277	312	335	330
	Griechenland	Mill. EUR	8	8	8	10	7	9	8	9	12
	Großbritannien	Mill. EUR	100	120	103	118	133	116	123	135	130
	Irland	Mill. EUR	137	110	120	107	123	84	130	97	216
	Italien	Mill. EUR	175	219	205	204	209	302	435	206	335
	Niederlande	Mill. EUR	299	329	328	354	319	520	325	281	288
	Österreich	Mill. EUR	118	106	89	102	109	116	115	137	115
	Schweden	Mill. EUR	52	69	52	82	62	74	53	68	53
	Spanien	Mill. EUR	129	213	255	131	119	274	143	286	283
	Portugal	Mill. EUR	18	22	20	20	20	21	22	24	25
*	Afrika	Mill. EUR	47	52	57	62	40	55	49	56	48
*	Amerika	Mill. EUR	254	276	276	294	259	389	271	298	290
	darunter aus USA	Mill. EUR	198	217	229	233	206	319	225	244	232
*	Asien	Mill. EUR	415	524	470	572	562	512	564	544	620
	darunter aus China	Mill. EUR	183	210	187	195	187	267	229	244	217
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	5	5	4	6	6	3	5

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 760	2 638	3 243	2 064	2 672	2 674	2 956	2 618	2 627
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	468	442	532	356	459	511	517	461	484
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 774	1 732	2 155	1 343	1 784	1 707	1 870	1 728	1 706
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 788	2 678	2 930	1 860	2 377	2 660	2 910	2 288	2 325
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	402	385	398	215	296	383	416	316	314
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 895	1 815	1 958	1 263	1 650	1 766	1 985	1 499	1 601

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Insgesamt	Anzahl	462	...	520	437	494	400	451	411	449
davon										
* Unternehmen	Anzahl	65	...	72	68	57	65	69	70	75
* Verbraucher	Anzahl	276	...	291	261	308	237	261	217	246
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	102	...	134	95	104	83	99	106	110
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	19	...	23	13	25	15	22	18	18
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	66	...	62	47	62	66	63	52	47

Handwerk²

	Einheit	2016	2017	2016		2017				2018
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,8	99,0	100,5	99,0	98,3	98,3	100,8	99,0	98,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	107,4	110,3	110,8	119,1	94,0	111,0	113,9	121,9	96,7

Preise

Preise	Einheit	2016	2017			2018				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Verbraucherpreisindex										
(Gesamtindex)	2010=100	107,6	109,3	108,9	109,0	109,4	110,6	111,1	111,2	111,5
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	107,6	109,1	108,9	109,1	109,2	110,4	110,5	110,6	110,7

Verdienste⁷

	Einheit	2016	2017	2016		2017				2018
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Brutton Monatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 996	3 999	3 669	3 704	3 619	3 668	3 688	3 703	3 694
* Frauen	EUR	3 469	3 483	3 222	3 247	3 202	3 237	3 254	3 257	3 279
* Männer	EUR	4 207	4 215	3 849	3 889	3 793	3 848	3 870	3 891	3 864
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 483	7 557	6 646	6 733	6 627	6 711	6 782	6 750	6 773
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 580	4 610	4 232	4 266	4 182	4 233	4 291	4 297	4 330
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 390	3 439	3 139	3 167	3 126	3 174	3 188	3 220	3 210
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 815	2 773	2 643	2 654	2 562	2 611	2 593	2 614	2 634
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 277	2 307	2 159	2 156	2 131	2 183	2 196	2 196	2 199

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2016	2017	2016		2017				2018
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 300	4 336	3 854	3 894	3 792	3 875	3 901	3 933	3 877
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 031	3 910	3 662	3 672	3 497	3 515	3 603	3 663	3 544
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 485	4 512	3 966	4 021	3 923	4 001	4 005	4 062	4 016
* Energieversorgung	EUR	5 154	5 296	4 598	4 592	4 632	4 679	4 729	4 742	4 739
* Wasserversorgung ²	EUR	3 467	3 411	3 261	3 262	3 179	3 190	3 200	3 231	3 193
* Baugewerbe	EUR	3 316	3 465	3 230	3 198	3 118	3 260	3 342	3 285	3 199
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 798	3 800	3 549	3 582	3 516	3 546	3 563	3 569	3 585
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 601	3 621	3 293	3 367	3 300	3 342	3 320	3 363	3 390
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 024	3 017	2 845	2 849	2 808	2 827	2 833	2 875	2 745
* Gastgewerbe	EUR	2 277	2 367	2 147	2 161	2 241	2 238	2 229	2 303	2 247
* Information und Kommunikation	EUR	5 276	5 175	4 892	4 894	4 755	4 792	4 780	4 806	4 982
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 252	5 272	4 469	4 465	4 399	4 416	4 450	4 437	4 440
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 963)	/	(3 622)	(3 601)	(3 566)	(3 595)	(3 701)	(3 782)	(3 594)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 172	5 008	4 522	4 576	4 374	4 425	4 431	4 390	4 559
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 482	2 539	2 368	2 364	2 381	2 446	2 405	2 434	(2 498)
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 730	3 832	3 644	3 677	3 670	3 706	3 782	3 724	3 742
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 304	4 212	4 239	4 222	4 036	4 059	4 187	4 103	4 270
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 804	3 916	3 606	3 620	3 638	3 683	3 697	3 728	3 669
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 846	3 842	3 577	3 615	3 698	3 539	3 495	3 553	3 553
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 385	3 486	3 152	3 220	3 257	3 276	3 274	3 293	3 280

Geld und Kredit³

Geld und Kredit ³	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	122 284	125 291	124 745	125 831	125 740	122 870	123 794	124 344	123 201
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 371	10 512	10 468	10 363	10 808	10 271	10 433	10 357	10 002

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2015	2016		2017				2018
	Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 456	11 874	11 693	11 548	11 288	11 036	10 570	10 811	10 449
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	100 457	102 905	102 584	103 920	103 644	101 563	102 791	103 176	102 750
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	116 191	119 667	119 131	120 240	120 253	118 551	119 374	119 627	118 484
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	105 382	108 875	108 336	109 595	109 823	109 064	110 068	110 574	109 523
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 809	10 799	10 795	10 675	10 430	9 487	9 306	9 053	8 961
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 093	5 624	5 614	5 591	5 487	4 319	4 420	4 717	4 717

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	115 850	117 277	115 669	119 059	117 784	116 127	117 956	121 458	117 262
Sichteinlagen	Mill. EUR	60 249	65 568	66 064	69 254	69 127	70 771	72 496	75 495	72 256
Termineinlagen	Mill. EUR	23 065	20 740	18 880	18 863	18 182	14 874	15 283	15 906	15 795
Sparbriefe	Mill. EUR	5 078	3 658	3 589	3 415	3 154	3 037	2 910	2 821	2 719
Spareinlagen	Mill. EUR	27 460	27 311	27 136	27 527	27 321	27 445	27 267	27 236	26 492
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	113 579	115 318	114 000	117 372	116 084	114 419	116 267	119 780	115 460
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	110 920	112 677	111 446	114 321	113 626	111 982	113 653	116 689	112 573
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 659	2 640	2 554	3 051	2 485	2 437	2 614	3 091	2 887
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 271	1 960	1 669	1 687	1 700	1 708	1 689	1 678	1 802

Steuern

Einheit	2016	2017			2018			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftssteuern	Mill. EUR	4 051	4 415	3 947	4 140	4 982	4 713	3 812	4 684	5 379
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 250	1 340	803	1 359	1 813	1 859	797	1 503	2 162
Lohnsteuer	Mill. EUR	853	888	668	1 211	804	645	695	1 291	858
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	169	172	-	497	-	-	-	518	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	147	189	22	-2	549	636	19	30	519
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	98	102	79	62	135	43	30	90	484

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2016	2017			2018			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	20	25	7	78	4	3	5	92	1
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	17	-	73	-	-	-	88	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	131	136	28	10	321	533	47	1	300
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-1	-18	-	-21	-	-	-	-57	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 801	3 075	3 144	2 781	3 169	2 854	3 015	3 181	3 217
Umsatzsteuer	Mill. EUR	480	558	458	374	520	437	526	600	592
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 321	2 517	2 685	2 407	2 649	2 417	2 489	2 581	2 625

Zölle

Mill. EUR	219	220	227	189	231	212	213	190	202
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	84	88	68	73	124	131	71	81	132
-----------	----	----	----	----	-----	-----	----	----	-----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	29	30	29	32	34	36	32	35	38
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	55	58	39	41	90	94	39	46	94

Landessteuern

Mill. EUR	77	83	69	111	92	100	82	92	86
-----------	----	----	----	-----	----	-----	----	----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	20	21	17	44	25	31	21	28	24
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	38	44	37	46	45	41	46	43	37
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	14	14	11	16	18	18	11	18	20
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	2	1	8	2	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	2	3	2	2	2	3

Einheit	2016	2017	2016		2017				2018
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	700	718	666	760	689	754	706	723	794
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	6	4	5	5	6	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	137	140	151	127	132	144	155	130	134
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	535	549	485	609	530	580	518	566	630
sonstige Gemeinde Steuern ¹	Mill. EUR	23	24	24	20	22	26	27	23	25

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

noch: Steuern	Einheit	2016	2017	2016		2017				2018
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände										
	Mill. EUR	1 039	1 119	1 041	1 391	727	1 159	1 080	1 509	783
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	443	449	384	442	502	486	416	393	605
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	382	438	379	700	64	441	415	832	14
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	49	62	48	98	2	58	61	127	-0

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	999	1 066	801	944	1 293	984	805	1 092	1 580
Landessteuern	Mill. EUR	77	83	69	111	92	100	82	92	86
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	483	520	287	466	738	767	276	531	914
Lohnsteuer	Mill. EUR	299	313	223	400	281	211	232	433	302
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	63	80	9	-1	233	270	8	13	221
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	46	47	37	28	62	17	10	45	241
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	9	11	3	34	2	1	2	40	1
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	66	68	14	5	160	266	24	0	150
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	416	436	376	361	463	108	376	448	580
Umsatzsteuer	Mill. EUR	300	329	285	232	364	-40	295	337	456
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	116	107	91	129	99	148	81	112	123
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	7	18	2	-	3	19	5	-
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	6	0	-	1	6	2	-
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	13	15	37	3	-	6	38	11	-
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	8	1	-	1	8	2	-
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 028	2 114	1 912	1 982	2 418	2 331	1 866	2 237	2 832
Bundessteuern	Mill. EUR	84	88	68	73	124	131	71	81	132
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	548	586	336	583	804	833	344	646	977
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 389	1 433	1 490	1 325	1 489	1 365	1 432	1 504	1 523
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	7	18	2	-	3	19	5	-

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Juli 2018

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Lebensformen – Ergebnisse des Mikrozensus 2016
Kennziffer: A1203 201600

Erwerbstätigkeit – Ergebnisse des Mikrozensus 2016
Kennziffer: A6093 201600

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2017 – Lehrerausbildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen (Stand: 1. Oktober 2017)
Kennziffer: B3023 201722

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernteberichterstattung über Obst im Juni 2018
Kennziffer: C2033 201801

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Mai 2018 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201805

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Mai 2018
Kennziffer: E1033 201805

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Mai 2018
Kennziffer: E1113 201805

Bauhauptgewerbe im April 2018 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201804

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Mai 2018
Kennziffer: F2033 201805

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im April 2018
Kennziffer: G1023 201804

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Mai 2018
Kennziffer: G4023 201805

Verkehr

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 1. Vierteljahr 2018
Kennziffer: H1073 201841

Binnenschiffahrt im März 2018
Kennziffer: H2023 201803

Sozialleistungen

Ausgaben und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2017
Kennziffer: K1133 201700

Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2017
Kennziffer: K3013 201701

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Personal im öffentlichen Dienst 2017
Kennziffer: L3023 201700

Erbschaft- und Schenkungsteuer 2017
Kennziffer: L4093 201700

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Juni 2018
Kennziffer: M1013 201806

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im Mai 2018
Kennziffer: M1043 201842

Finanzen und Vermögen privater Haushalte

Privathaushalte – Ergebnisse des Mikrozensus 2016
Kennziffer: O2023 201600

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im April 2018
Kennziffer: Z1013 201804

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Juli 2018
Kennziffer: Z2201 201807

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Iris Stadler

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte